Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1930

19.12.1930 (No. 346)

Visual Library

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.80 Mk. frei ins Haus, 2.70 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt, Mk. 2.60 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg., Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsschluß. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeitung
Beilagen: Kunst u. Wissen, Frauenrundschau, Blätter für den Familientisch, Aus der kathol. Welt, Sportbeilage Deutsche Jugendkraft, Illustr. Tiefdruckbeilage „Illustrierte Woche". Geschäftsstelle, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21 Fernspr.. Geschäftsstelle 6235, Redaktion 6236, Verlag 6237. Drahtadresse: Beobachter. Postscheckkonto Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg. die 3 gesp. 87 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 60 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, zwangsweiser Eintreibung oder Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 5½ Uhr — Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe

Nr. 346 (12 Seiten) **Karlsruhe, Freitag, den 19. Dezember 1930** **68. Jahrgang**

Die Regierungserklärung des Kabinetts Steegs

Eine Politik europäischer Aussöhnung

Paris, 18. Dez. Die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Steeg heute nachmittag in der Kammer und Justizminister Chéron gleichzeitig im Senat verlesen, verweist zunächst auf die Schwierigkeiten und Zwischenfälle, die sich der Kabinettsbildung in den Weg stellten, und fährt dann u. a. fort:

Wir sind überzeugt, daß in schwierigen Stunden das Heilmittel im normalen Funktionieren des parlamentarischen Regimes liegt. Wir haben den Willen, den Fortschritt und die Verteidigung der Demokratie durch Arbeit und in Frieden zu gewährleisten. Das Land wendet sich gegen die Einmischung der Finanz in die Politik, denn dadurch würden die Unabhängigkeit des Staates und das Prestige der Vertreter der Nationen beeinträchtigt. Die Regierung wird ohne Zaudern und nur um die Sorge um die unparteiische Gerechtigkeit eingreifen. Die Erinnerung an den tragischen Weltkonflikt lebt noch schmerzlich unter uns. Sie diktiert uns gegenüber den ehemaligen Frontkämpfern und Kriegsopfern Pflichten, die wir nicht verabsäumen werden. Der außenpolitische Friede entspricht den heißen Wünschen aller Franzosen. Aber wir wissen auch, daß es nicht genügt, den Frieden zu wünschen, damit er endgültig Einlaß findet. Interessen und Vorurteile bringen die Völker noch immer in Gegensatz zueinander. Eine organische internationale Aktion auf wirtschaftlichem und moralischem Gebiet, eine gemeinsame gleichzeitige Bemühung um Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung können allein eines Tages alle Rachegelüste und Mißverständnisse beseitigen. Diese Politik europäischer Aussöhnung verfolgen wir nachdrücklich und mit Wachsamkeit, nicht aus Furcht oder Schwäche, sondern weil sie in ihrem menschlichen Idealismus die realistischste aller Arten von Politik ist.

Die Friedensaufrichtigkeit Frankreichs erscheint um so deutlicher, als Frankreich den anderen Ländern eine starke, nicht aber eine schwächliche Hand hinstreckt.

Der Landesverteidigung gilt unsere erste Sorge. Wir werden die loyale Anwendung der Einjährigendienstzeit unter voller Ausnutzung dieses Systems sicherstellen. Frankreich, dem die Depression in der Welt lange erspart war, verspürt seit einigen Monaten ihre Wirkungen. Diese Krisis verlangt ein um so energischeres Aufraffen, als sie mit einer Steigerung der Preise und der Lebenshaltungskosten zusammenfällt. An den Versuchen zu gemeinschaftlicher Lösung der Weltwirtschaftsprobleme, die in Genf unternommen werden, wollen wir aktiv teilnehmen. Wir werden so handeln, daß wir den Weltmarkt kräftigen, ohne der französischen Produktion die Auslandsmärkte zu verschließen. — Die Regierungserklärung widmet alsdann der Industrie, dem Handwerk, den Landarbeitern, der Landwirtschaft und dem Weinbau ermutigende Worte und betont, daß das neue Kabinett vor allem auch die Auswertung und Förderung der Kolonien, sowie die Besserung der materiellen und moralischen Lebensbedingungen der kolonialen Bevölkerung sich zur Aufgabe macht.

Die Regierungserklärung stellt weiter Maßnahmen zum Schutz der Sparer gegen Spekulationsmanöver in Aussicht und betont die Notwendigkeit der Sparsamkeit im Staatshaushalt. Der Kredit Frankreichs sei immer noch erstklassig, aber nur mit dem festen Willen zu einer Sparsamkeit könne Frankreich auch die Finanzsicherheit aufrechterhalten, auf der dieser Kredit beruht.

Bereits drei Demissionen im Kabinett Steeg

Paris, 18. Dez. Kurz vor Zusammentritt des Parlaments wird bekanntgegeben, daß die Unterstaatssekretäre Cantru (Landwirtschaft), Coty (Inneres) und Thoumyre (Pensionen) nach dem heute vormittag abgehaltenen Ministerrat, der die Regierungserklärung billigte und sich mit der vor der Kammer einzunehmenden Taktik beschäftigte, Ministerpräsident Steeg ihre Demission gegeben haben. Steeg setzte sofort den Präsidenten der Republik in Kenntnis, erklärte jedoch, daß nichtsdestoweniger die Regierung vor das Parlament trete. Als Grund sollen die ausgeschiedenen Kabinettsmitglieder angegeben haben, sie könnten nicht einer Regierung angehören, die die Unterstützung der Sozialisten haben würde. Abg. Cantru steht der Marin-Gruppe nahe, Coty und Thoumyre sind Linksrepublikaner, also Fraktionsgenossen Tardieus.

Weitere Besserung im Befinden Poincaré's

Paris, 18. Dez. Nach seiner Untersuchung hat der Hausarzt Poincarés in einem um 10 Uhr ausgegebenen Krankheitsbericht ausdrücklich bestätigt, daß die Besserung im Befinden des Kranken anhält. Vor der Untersuchung, die morgen vormittag unter Hinzuziehung des Professors Guillain stattfindet, wird kein weiterer Bericht ausgegeben.

Polnische Opposition gegen die Vorgänge von Brest-Litowsk

Warschau, 18. Dez. 44 Professoren der Krakauer Universität haben an ihren Kollegen, den Abgeordneten des Regierungsblockes Professor Krzyzanowski, einen offenen Brief gerichtet, in dem die Zwischenfälle von Brest-Litowsk als Schmach des 20. Jahrhunderts bezeichnet werden. Brest schände den polnischen Namen und verbreite Fäulnis im öffentlichen Leben der Nation. Die unterzeichneten Professoren sprechen ihre Ueberzeugung aus, daß Professor Krzyzanowski alles tun werde, was in seiner Macht stehe, damit die Schuldigen bestraft werden. Wenn auch der Kampf um das Recht schwierig sein werde, so habe Krzyzanowski trotzdem die moralische Pflicht, ihn zu führen. Er möge deshalb die Unterzeichneten verständigen, ob er die Vorfälle von Brest-Litowsk in der Oeffentlichkeit erörtern wolle.

Deutschland am Scheidewege

Der Redakteur für Außenpolitik an der Germania, Herr Dr. Walter Hagemann, wird in den nächsten Tagen in der von Prälat Georg Schreiber herausgegebenen Sammlung „Schriften zur deutschen Politik" (Verlag Herder, Freiburg i. Br.) ein Buch erscheinen lassen „Deutschland am Scheidewege. Gedanken zur Außenpolitik." Diesem Werke gibt Herr Prälat Dr. Kaas die nachfolgende Einführung bei, die als eine bedeutsame Kundgebung des Zentrumsführers angesehen werden kann.

Die Redaktion.

Die drängenden Tagesfragen der deutschen Finanzpolitik und Wirtschaft beanspruchen heute die Aufmerksamkeit der deutschen Oeffentlichkeit in nie gekannter Stärke. Die Lösung der ökonomischen Probleme beherrscht den Vordergrund der politischen Bühne. Darüber aber sollte nicht vergessen werden, daß Deutschlands unlösbare Verknüpfung mit der Weltwirtsachft wie auch mit der Weltpolitik das Schicksal des Einzelnen wie der Gesamtheit grundlegend beeinflußt. Der Primat der außenpolitischen Entscheidungen mag vorübergehend weniger fühlbar sein. Sachlich bleibt seine axiomatische Bedeutung in voller und unverminderter Geltung. Der zehnjährige Kampf um Sanktionen, Kontrollen, Rheinlandräumung und Reparationen hat die Außenpolitik in weitesten Kreisen des Volkes aktuell und populär gemacht, hat dem einzelnen Staatsbürger das Bewußtsein wach-

Gesandter Rauscher gestorben

St. Blasien, 18. Dez. Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher ist heute nacht in St. Blasien, wo er sich zur Heilung seines Leidens aufhielt, im Alter von 46 Jahren gestorben.

In der heutigen Direktorenbesprechung des Auswärtigen Amtes gedachte Staatssekretär v. Bülow des Verstorbenen mit herzlichen Worten und würdigte die großen Verdienste des so früh dahingeschiedenen Diplomaten.

Ulrich Rauscher hat nur ein Alter von 46 Jahren erreicht. Seit Mai 22 hat er das Reich in Warschau vertreten, nachdem er zuvor auf dem Wege über eine journalistische Laufbahn in den Revolutionstagen als Sekretär Scheidemanns in die Politik eingetreten war.

Sein Ableben kommt der weiteren Oeffentlichkeit vollkommen überraschend. In der Tat haben sich erst vor drei bis vier Wochen in Warschau die ersten Anzeichen einer Erkrankung bemerkbar gemacht, die mit den Symthomen einer Kehlkopfentzündung auftrat und mit Fieberzuständen verbunden war. Vor etwa 10 Tagen kam Rauscher deshalb nach Berlin, um verschiedene namhafte Aerzte zu konsultieren und Röntgenaufnahmen machen zu lassen. Er lag hier drei Tage zu Bett und wurde dann von den Aerzten nach St. Blasien im Schwarzwald geschickt, was sehr zu Unrecht in einzelnen Blättern unter der Marke einer „diplomatischen Krankheit" registriert wurde. Seine Gattin, die ihn begleitet hatte, verließ auf ärztliches Anraten das Sanatorium nach drei Tagen wieder, da der Patient nicht sprechen und auch mit dem Pflegepersonal nur schriftlich verkehren durfte. Sie wurde vorgestern wegen einer ernsten Verschlimmerung des Zustandes von Warschau wieder abgerufen, da sich die Krankheit als eine Kehlkopf- und Lungentuberkulose akutester Art herausgestellt hatte, die auch keinen operativen Eingriff mehr zuließ, und da die Herztätigkeit nachzulassen begann. Im Beisein seiner Gattin verschied Ulrich Rauscher heute früh, ohne sich seines Zustandes bewußt zu werden.

Durch den Tod Rauschers verliert die deutsche Diplomatie einen ihrer fähigsten Vertreter, der das schwierige Gebiet der deutsch-polnischen Beziehungen bis ins Kleinste beherrschte und in den letzten Jahren häufig für andere leitende Posten im deutschen Außendienst genannt worden war. Sein liebenswürdiges Wesen, seine glänzenden Allgemeinkenntnisse, seine Beherrschung fremder Sprachen, Ergebnisse eines vielseitigen Bildungsganges, der den Stuttgarter Juristen, Heidelberger Korpsstudenten, Roman- und Theaterschriftsteller und Uebersetzer französischer Werke über Verwaltungskosten im Kriege in die Politik und die hohe Diplomatie geführt hatte, sicherten ihm Wertschätzung und Anerkennung in allen politischen Lagern.

Beisetzung in St. Blasien

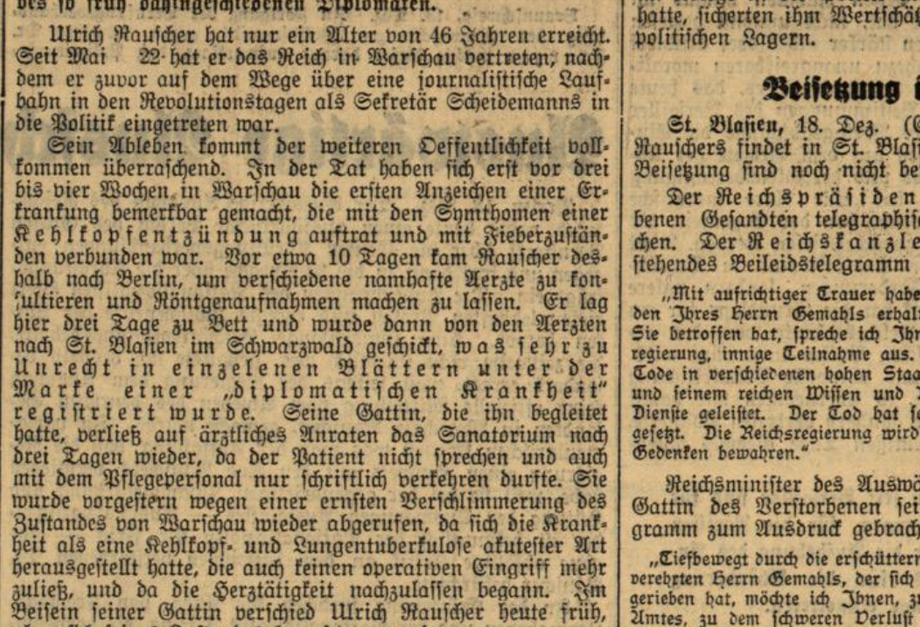
St. Blasien, 18. Dez. (Eig Meldung.) Die Beisetzung Rauschers findet in St. Blasien statt. Tag und Stunde der Beisetzung sind noch nicht bestimmt.

Der Reichspräsident hat der Gattin des verstorbenen Gesandten telegraphisch seine Teilnahme ausgesprochen. Der Reichskanzler hat an Frau Rauscher nachstehendes Beileidstelegramm gerichtet:

„Mit aufrichtiger Trauer habe ich die Nachricht von dem Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls erhalten. Zu dem schweren Verlust, der Sie betroffen hat, spreche ich Ihnen, zugleich im Namen der Reichsregierung, innige Teilnahme aus. Der Verstorbene hat bis zu seinem Tode in verschiedenen hohen Staatsstellungen mit seiner ganzen Kraft und seinem reichen Wissen und Können dem Vaterlande erfolgreiche Dienste geleistet. Der Tod hat seinem Wirken viel zu früh ein Ziel gesetzt. Die Reichsregierung wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren."

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius hat der Gattin des Verstorbenen sein Beileid in folgendem Telegramm zum Ausdruck gebracht:

„Tiefbewegt durch die erschütternde Nachricht von dem Ableben Ihres verehrten Herrn Gemahls, der sich im Dienste um unser Vaterland aufgerieben hat, möchte ich Ihnen, zugleich im Namen des Auswärtigen Amtes, zu dem schweren Verlust meine herzlichste Anteilnahme aussprechen. Das Auswärtige Amt wird dem Verstorbenen in dankbarer Erinnerung an seine wertvolle Mitarbeit stets ein ehrendes Gedenken bewahren."



Die Eröffnung des Germanischen Instituts in Paris

Als zweiter von links hinter dem Präsidententisch der deutsche Botschafter v. Hösch. Im Kreis: Prof. Henri Lichtenberger, der Direktor des neuen Germanischen Instituts.

In der Sorbonne in Paris fand, wie gemeldet, die Eröffnungsfeier des neuen Germanischen Instituts statt. Den Vorsitz führte anstelle des schwerkranken Poincaré der Direktor des neuen Instituts, der Pariser Germanist Prof. Henri Lichtenberger.

Die Kirche und die Not

Ein Aufruf des Berliner Bischofs.

Dr. Sch. Berlin, 18. Dez. (Eig. Drahtber.)

Der Berliner Bischof Dr. Schreiber hat einen Aufruf zur Linderung der gegenwärtigen Not weitester Kreise erlassen. Er weist auf die schwere wirtschaftliche Notlage, die auf dem gesamten deutschen Vaterlande lastet, hin und ruft alle Geistlichen der Diözese auf, sich seines notleidenden Mitbruders und seiner hungernden Mitschwester anzunehmen. Die s. H. Geistlichen bittet der Bischof, für die bedürftigen Pfarrkinder nach Möglichkeit zu sorgen. Zu diesem Zweck empfiehlt er an den kollektenfreien Sonntagen an erster Stelle für die Bedürftigen der eigenen Gemeinde zu sammeln. Ebenso bittet der Bischof, die Gläubigen auf die Opferstöcke hinzuweisen. Außerdem soll eine Sammelstelle für Kleider und Schuhwerk eingerichtet werden. In dem Aufruf stellt der hochwürdigste Herr Bischof auch der Erwägung anheim, mit zunehmender Kälte Gemeinderäume als Wärmestuben und Leseräume zur Verfügung zu stellen. „Da die Not in vielen Fällen ganz unverschuldet ist", schließt der Aufruf, „möge unsere Hilfe in einer Form geschehen, die in sorgsamster Weise das Selbstgefühl und Selbstachtung der in Not Geratenen schont."

gerütelt, daß es um seine unmittelbarsten Lebensinteressen ging, deren Wahrung — zumal in einem demokratischen Staatsgebilde — nicht lediglich der Bürokratie der Ressorts und den Kanzleien der Berufsdiplomatie überlassen bleiben kann. Heute droht die Außenpolitik wieder eine Sonderangelegenheit der damit beruflich verknüpften Kreise zu werden und jenen vernunftpolitisch orientierten, zu gleicher Zeit jedoch auf Aktivität drängenden Widerhall in weitesten Kreisen zu verlieren, welchen eine zielbewußte Staatsführung zur Verfolgung politischer Pläne braucht. Diese Entwicklung müßte um so bedenklicher werden, als sich heute radikale Gruppen mit nationalen Parolen vordrängen, deren Suggestivwirkung auf die Massen eine ersichtlich ansteigende Kurve zeigt. Sowohl der Nationalsozialismus wie der Kommunismus hat sich die Konjunktur einer gewissen außenpolitischen Stagnation, ja Rückwärtsentwicklung zunutze gemacht, um ein radikales Aktionsprogramm zu propagieren, welches zwar der Wirklichkeit nie standhalten würde, aber bei urteilslosen Mitläufern den Eindruck der Ernsthaftigkeit und Aufrichtigkeit macht. Der Gegensatz zwischen den Anhängern einer revolutionistischen Verständigungspolitik und den Wortführern der Gewalt, ein Gegensatz, welcher sich durch das ganze letzte Jahrzehnt deutscher Befreiungskämpfe hindurchzieht, hat nie so schroffe Fronten geschaffen wie heute. Niemals war die Gefahr größer, daß die Megaphone der Demagogie die Stimmen der Vernunft übertönen und daß eine einseitige gefühlspolitische Einstellung der öffentlichen Meinung in tragischer Verkennung der harten Wirklichkeiten Deutschland in eine Politik des Abenteuers abgleiten läßt.

In solcher Lage besteht aller Anlaß zur Besinnung auf die realen Grundlagen, auf welchen die bisher von uns verfolgte Politik des Friedensgeistes aufgebaut ist. Sie allein führt zur Aufdeckung der Trugschlüsse, mit denen der extreme Nationalismus und Bolschewismus das deutsche Volk in neue, verhängnisvolle internationale Konflikte hineinzerren wollen. Sollen die zahlreichen reparationspolitischen und vertragsbedingten Opfer, welche Deutschland nach Versailles und teilweise über dessen Rahmen hinaus im Interesse des Friedens gebracht hat, nicht umsonst gewesen sein, so müssen die Möglichkeiten stärker als bisher aktiviert werden, welche aus unserer nahezu unangreifbaren moralischen Position entspringen. Deutschland ist es, das heute seinerseits unter Hinweis auf Bestimmungen des Versailler Vertrages und zahlreiche spätere Vertragsabschlüsse die Einlösung bindender Verpflichtungen auf dem Gebiete der Abrüstung, des Minderheitenschutzes und der Gleichberechtigung verlangen kann. Deutschland hat eine klare moralische Grundlage für Forderungen, welche von der Gegenseite als angebliche Friedensgefährdung zurückgewiesen werden. Nicht das Vordringen des politischen Radikalismus in Deutschland mit seinen lärmenden Forderungen, sondern unsere opferreiche Verständigungspolitik hat die Grundlage für ein Aktionsprogramm geschaffen, welches heute von der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes unterstützt wird. Wenn wir an die stufenweise und planvolle Verwirklichung dieses Programms herantreten, so übernehmen wir damit nicht die Kampfparolen anderer, sondern vertreten Postulate, die wir von 1919 bis zum heutigen Tage niemals fallengelassen haben.

Alle deutschen Regierungen seit Versailles sind für die Angleichung der Rüstungen, für die Revision der Grenzen im Osten, für die Aufhebung des Anschlußverbotes Oesterreichs, für die Abänderung ungleicher Verträge eingetreten.

Dieses Evolutionsprogramm vertreten wir auch unabhängig davon, daß sich inzwischen eine Front der revisionistischen Staaten Südost Europas unter Führung Italiens gebildet hat, mit welcher wir zwar in vielen Fragen zusammengehen können, der gegenüber wir uns aber nicht des selbstverständlichen Rechts begeben können, Richtung, Methode und Tempo unserer Aktionen nach den Grundsätzen und Gegebenheiten unseres Landes und Volkes zu bestimmen.

Auch bei den radikalen Flügelparteien in Deutschland regt sich die Einsicht, daß eine deutsch französische Verständigung die Kernfrage des europäischen Friedens bildet. Wir unterscheiden uns von ihnen nur in den Methoden, mit welchen wir sie erstreben. Die „Heiligkeit" und Unwandelbarkeit der Verträge ist eine egoistische Fiktion der beati possidentes, gegen die jede geschichtliche Erfahrung Zeugnis ablegt. Wir selbst erstreben aber insofern eine Ueberwindung der bisher üblichen Korrektive, als wir die Evolution nicht mit Mitteln der Gewalt, sondern der Verständigung erstreben und unsere außenpolitische Initiative bewußt auf dieses Ziel konzentrieren.

Der Erfolg dieser friedlichen Evolutionspolitik hängt nicht von Deutschland allein ab, sondern in viel entscheidenerem Maße von der staatsmännischen Einsicht der Gegenseite. Bisher ist die Selbstbesinnung auf dieser Seite leider nur eine Angelegenheit vereinzelter führender Köpfe, ohne daß die amtliche Politik und die öffentliche Meinung ihren mahnenden Stimmen hinreichend Gehör schenkt. Wer Augen hat zu sehen, und Ohren zu hören, der weiß, daß „Gefahr im Verzuge" ist. Noch hofft das deutsche Volk, hoffen wenigstens die Kreise, die bisher der Verständigungspolitik ihre Unterstützung liehen und noch heute die verantwortliche Mehrheit darstellen. Die kritische Phase für Europa wird dann beginnen, wenn Deutschland zu hoffen aufhört. Unser außenpolitisches Mühen galt bisher dem Ziel, diese tragische Möglichkeit zu bannen. Wir bleiben dieser Politik treu, weil wir sie allein mit unserem deutschen, unserem europäischen, unserem christlichen Gewissen vereinbaren können. Aber eines ist für uns und jedem Einsichtigen klar: Die physische und psychische Belastungsfähigkeit eines jeden Volkes hat ihre Grenze. Der deutsche Samson wird sich nicht auf Lebenszeit an die Tretmühle Versailles binden lassen. Wenn die Verbohrtheit und Verständnislosigkeit seiner Bedränger ihn zur Verzweiflung trieben, würde die Zeit kommen können, wo die Samsontragödie sich im Politischen wiederholt und wo die Wächter des status quo unter den splitternden Balken ihres eigenen Hauses begraben werden.

Noch gehört der Hoffnung auf den gerechten Frieden und dem Willen zum Frieden die Stunde. Diese Hoffnung und diesen Willen zu stärken und aus dem Willen Tat werden zu lassen, ist die Absicht, welche dem Schreiber dieses Buches die Feder führte. Er sieht die Dinge mit eigenen Augen. Aber ich bin gewiß, daß auch solche, die nicht in allen Einzelheiten seine Thesen sich zu eigen machen können, der Grundidee ihre Zustimmung nicht versagen werden, aus der diese von Ernst und Verantwortungsgefühl getragene Studie erwachsen ist.

Dr. Ludwig Kaas, M. d. R.

„Von einer Nachahmung des Faschismus nichts zu erhoffen"

Professor Ludwig Bernhard, Staatswissenschaftler der Universität Berlin, hat eine Broschüre „Der Staatsgedanke des Faschismus" geschrieben, die in der weitesten Oeffentlichkeit überrascht. Professor Bernhard, der als politischer Vertrauter Hugenbergs, des Führers der Deutschnationalen Partei, bekannt ist, kommt nach einer streng wissenschaftlichen Untersuchung des faschistischen Systems in Italien zu dem Urteil, daß der Faschismus überhaupt kein in sich selbst ruhendes Staatssystem sei, sondern nur das Werkzeug einer einzigartigen Persönlichkeit, nämlich Mussolinis. Er schreibt:

„Der angeblich zur nationalen und sozialen Verbundenheit führende „Korporativismus" ist nur dem Anschein nach ein berufsständischer Aufbau. In Wirklichkeit ist der „Korporativismus" eine polizeiliche Konstruktion, welche zur völligen Beherrschung der Massen berufliche Gruppenbildungen benutzt. Wenn es Mussolini trotzdem gelungen ist, den Druck seiner Herrschaft zum guten Teil in nationale und soziale Verbundenheit umzusetzen, so liegt diese hohe Kunst nicht im System, sondern sie eignet ganz allein dem Genius des unvergleichlichen Mannes.

Es ist daher eine gefährliche Täuschung, wenn man glaubt, im Faschismus ein „System" gefunden zu haben, welches den Parlamentarismus ersetzen könne. Diese Täuschung beruht auf der banalen Erfahrung, daß ein gutgeleiteter Faschismus besser ist als ein schlecht funktionierender Parlamentarismus. Aber der Faschismus wird nicht immer gut geleitet sein und der Parlamentarismus nicht immer schlecht funktionieren. Ein gut funktionierender Parlamentarismus ist einem gutgeleiteten Faschismus vorzuziehen, weil der Parlamentarismus mit geringerem Zwang auskommt und weniger Lebensfreiheit verschlingt als der Faschismus, und ein schlecht funktionierender Parlamentirismus ist nicht annähernd so grauenhaft wie ein schlecht geleiteter Faschismus, der die ganze Nation der Willkür eines Menschen oder einer Horde preisgeben würde.

Dazu kommt, daß die Wahrscheinlichkeit der Entartung beim Faschismus weit größer ist als beim Parlamentarismus, weil der Faschismus nur gut funktionieren kann, solange sich ein Genie als Führer findet, während der Parlamentarismus nicht an den Zufall solchen Glücks gebunden ist."

Zum Schlusse sagt Professor Bernhard: „Wir haben von einer Nachahmung des Faschismus nichts zu erhoffen."

Berufungsverhandlung gegen Minister Franzen

Braunschweig, 18. Dez. In Fortgang der Berufungsverhandlung des Braunschweiger „Volksfreund" gegen Minister Dr. Franzen machte dieser darauf aufmerksam, daß Polizeiwachtmeister Gehrmann, nachdem Dr. Franzen erklärt hatte, Guth sei nicht Lohse, erwidert hatte: Warum haben Sie das nicht gleich gesagt? Wenn Franzen vorher den Guth als Lohse bezeichnet hätte, würde Gehrmann doch wohl gesagt haben: Warum haben Sie vorherest was Falsches gesagt?

Zeuge Kriminalassistent Graf bleibt dabei, daß er Dr. Franzen gefragt habe: Können Sie mir mit aller Bestimmtheit sagen, daß die im Lichtbild dargestellte Person personengleich ist mit dieser Person (dabei habe er auf Guth gezeigt)? Dr. Franzen habe geantwortet: Jawohl, das ist der Abgeordnete Lohse.

Dr. Franzen entgegnete, daß er nur mit bezug auf das Lichtbild (!) gesagt habe: Das ist der Abgeordnete Lohse.

Zeuge Graf bleibt bei seiner Aussage.

Zeuge Polizeioberwachtmeister Alpers erklärt, er habe gehört, wie Gehrmann den Minister Franzen fragte: Ist das der Abg. Lohse? Dr. Franzen habe geantwortet: Jawohl, das ist der Abg. Lohse.

Zeuge Wachtmeister Heinrich erklärt, Franzen habe ihm gegenüber bestätigt, daß der Verhaftete Guth der Abg. Lohse wäre und daran festgehalten hätte, als er ihn auf die Ungleichheit der Bilder aufmerksam machte. Auch habe Dr. Franzen darauf aufmerksam gemacht, daß man einen Abgeordneten nur wegen Vergehens oder Verbrechens verhaften könne. Wenn Dr. Franzen den Guth nicht als Lohse legitimiert hätte, hätte die ganze Unterhaltung gar keinen Zweck gehabt.

Landwirt Guth schildert, daß Dr. Franzen gefragt worden sei, ob er behaupten wolle, daß die Bilder gleich seien. Das habe Dr. Franzen gesagt. Seiner Meinung nach wären die Beamten völlig im Bilde gewesen, daß er einen falschen Ausweis hätte. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er bei der Vernehmung zugegeben habe, daß Dr. Franzen gesagt hat: „Das ist der Abg. Lohse", erklärt Guth, das könne er unmöglich gesagt haben. Uebrigens seien bei der Vernehmung nicht seine Worte in die Maschine diktiert worden, sondern die der Beamten. Als der Vorsitzende ihn auf seine Unterschrift hinweist, erklärt der Zeuge, das Protokoll sei ihm nicht vorgelegt worden.

Abg. Lohse berichtet über die Vorgänge auf der Polizeiwache. Der Vorsitzende bemerkte, es sei auffallend, daß es sich immer nur um zwei Bilder, nicht um den Mann gehandelt hätte.

Der Zeuge erwidert hierauf: Die Frage: „Ist der Eingelieferte Lohse oder nicht?" sei nicht an Dr. Franzen gerichtet worden.

In der Verhandlung wurde weiter die Angelegenheit des Fahrausweises besprochen. Auf die Frage des Rechtsanwaltes Dr. Jasper an den Zeugen, ob er auf den Standpunkt stehe, daß man aus politischen Gründen nicht die Wahrheit zu sagen brauche, antwortete der Zeuge: Gegenüber der mit Unwahrheiten arbeitenden preußischen Polizei unbedingt nicht!

Das Gericht beschloß, daß von einer Vereidigung der Zeugen abgesehen werden soll und vertagt die Sitzung auf nachmittags halb 6 Uhr.

Auswärtige Ausschuß des Reichstages

Berlin, 18. Dez. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages nahm heute einen ausführlichen Bericht des Grafen Bernstorff über die Genfer Abrüstungsverhandlungen entgegen und trat dann in die Aussprache über die Abrüstungsfrage ein. Die Ausführungen des Nationalsozialisten Hierl riefen lebhaften Protest und erregte Zwischenrufe der Linken hervor. Eine stundenlange Geschäftsordnungsdebatte, die zeitweise recht stürmisch war, gestaltete sich deshalb besonders erregt, weil seitens der Regierung dem Ausschuß keine offizielle Mitteilung vom Ableben des deutschen Gesandten in Warschau, Rauscher, gemacht wurde. In parlamentarischen Kreisen war man der Auffassung, daß die Regierung einen Hinweis auf den Tod Rauschers vermieden habe, weil sie bei der gegenwärtigen Zusammensetzung und Leitung des Auswärtigen Ausschusses — Ausschußvorsitzender ist bekanntlich der Nationalsozialist Dr. Frick — eine neue abfällige Kritik an dem inzwischen verstorbenen Dr. Rauscher befürchtete.

In der Erörterung sprachen die Abgg. von Freytagh-Loringhoven und der Nationalsozialist Döring, die vornehmlich Luftfahrtfragen behandelten, sowie die Abgg. Breitscheid (Soz.) und Dr. Kaas (Ztr.).

Nachmittags setzte der Ausschuß die Aussprache über

die Genfer Verhandlungen

der Vorbereitenden Abrüstungskommission fort, wobei Reichsaußenminister Dr. Curtius wiederholt in die Debatte eingriff.

Angenommen wurde eine Entschließung des Grafen Westarp (Kons.), worin die Regierung aufgefordert wird, Material über die Bedrohung der Sicherheit Deutschlands und über die Abrüstungsfrage durch ständige und planmäßige Propaganda unter Anforderung der erforderlichen Mittel im Auslande und im Inlande (im Benehmen mit dem Auswärtigen Ausschuß) zu verbreiten und den Unterrichtsverwaltungen in geeigneter Form für den Unterricht und für die Verteilung an Schüler zu überweisen. Das Material soll mit statistischen Zahlen und anschaulichen Bildern darstellen,

1. die Bedrohung der deutschen Sicherheit durch die jetzigen Grenzen, in der entmilitarisierten Zone und durch die Entfestigung Deutschlands;
2. den deutschen Anspruch auf allgemeine Abrüstung und seine praktische Ablehnung durch die sogenannten Abrüstungsverhandlungen unter anschaulicher Erläuterung der Hauptpunkte wie Friedenspräsens, ausgebildete Reserven, Kriegsmaterial;
3. die deutsche Entwaffnung im Verhältnis zu dem Stande der Rüstung in den benachbarten europäischen Mächten, insbesondere Frankreich und Polen;
4. die Rüstungsausgaben der einzelnen Mächte.

Damit war die Aussprache beendet.

Die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses hatten sich auch am Nachmittag sehr lebhaft gestaltet, insbesondere wurde die Frage besprochen, ob der Ausschuß von sich aus das Recht habe, Mißtrauensanträge zu beschließen, wie sie von den Nationalsozialisten und Kommunisten dem Ausschuß vorgelegt worden waren. Der Ausschuß stellte sich in seiner Mehrheit auf den Standpunkt, daß solche Mißtrauensanträge nicht zulässig seien, infolgedessen konnte auch eine Abstimmung über diese Anträge nicht stattfinden.

Vom Zentrum war ein Antrag gestellt worden, der mit Befremden feststellt, daß auf den letzten Genfer Verhandlungen die allgemeine Abrüstung nicht im geringsten gefördert worden sei und daß der wirkliche Wille zur Abrüstung fehle.

Es wurde weiter gefordert, daß die Reichsregierung sich einer weiteren Verschleppung der endgültigen Entscheidung in der Abrüstungsfrage entgegenstelle. Dieser Antrag fand jedoch nicht die Zustimmung des Ausschusses. Mit großer Mehrheit abgelehnt wurde ein nationalsozialistischer Antrag, der die Abrüstungskonferenz für das Frühjahr 1931 verlangte und für den Fall der Ablehnung des deutschen Verlangens forderte, ab 1. Oktober 1931 mit der deutschen Wehrverstärkung zu beginnen.

Die Frage der Feierschichten bei der Bahn

Dr. Sch. Berlin, 18. Dez. (Eig. Drahtber.)

Die Verhandlungen, die schon seit einigen Monaten zwischen der Reichsbahngesellschaft und den Gewerkschaften der Eisenbahner über Arbeitszeitfragen stattfinden, haben sich so zugespitzt, daß in absehbarer Zeit mit Massenentlassungen bei der Reichsbahn gerechnet werden muß, wenn nicht im letzten Augenblick noch eine Verständigung erzielt werden kann. Eine beträchtliche Verkürzung der Arbeitszeit konnte in den bisherigen Verhandlungen nicht erreicht werden. Nun hat vor einigen Tagen die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft den Gewerkschaften erklärt, in den Ausbesserungswerkstätten seien 8000 Arbeiter und in den Bahnunterhaltungsbetrieben seien 17 000 Arbeiter zuviel angestellt. Wenn nicht ein Feierschichtenabkommen getroffen werde, das die Werkstättenarbeiter und die Reichsbahnunterhaltungsarbeiter verpflichte, in jeder Woche eine Feierschicht einzulegen, dann müssen am 1. Februar 1931 25 000 Arbeiter entlassen werden. Die Gewerkschaften haben daraufhin Gegenvorschläge gemacht, durch die es möglich gewesen wäre, etwa 20 000 Arbeiter ohne Mehrausgaben zu beschäftigen. Eine Verständigung konnte aber nicht erzielt werden. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn erklärte die Verhandlungen, die am Mittwoch stattgefunden haben, für gescheitert und sie hat sich nunmehr an den Reichsarbeitsminister gewandt.

Baden

Zentrumsführer und Katholische Aktion

Bei dem feierlichen Requiem, das für den verstorbenen Zentrumsführer Dr. Porsch in Breslau stattfand, hielt Erzbischof Kardinal Bertram die Trauerrede, in der er Porsch in seinem Wirken als katholischer Mann schilderte. „Porsch arbeitete, so sagte der Kardinal unter anderem, ein ganzes Menschenleben im Dienste der katholischen Akt„ion, noch ehe ihr Name geprägt wurde." Am Schluß seiner Rede führte der Kardinal aus:

Aus der reichen Fülle von Anregungen, die von einem solchen Leben ausgehen, greife ich zum Schlusse eines seiner Worte vom Katholikentage heraus. Es lautet:

„Möge keiner zu vornehm sein, aber auch keiner sich zu gering dünken, um katholische Arbeit zu tun. Wir brauchen alle, Vornehme und Geringe, damit die katholische Arbeit wirklich getan wird. Möge keiner zu bequem sein, mit denen zu arbeiten, die arbeiten wollen."

Ja, wir brauchen katholische Arbeit im ganzen Volke.

Unser Vaterland tief gedemütigt, mit erdrückenden Lasten überbürdet, von Parteihader zerrissen. Katholische Arbeit sei es, zu mahnen zu Einheit und Vertrauen, zu Opferbereitheit in allen Kreisen.

Unser Vaterland bedroht von Bolschewismus und Gottlosigkeit. Katholische Arbeit ruft auf zum Schutze des Gottesglaubens und der christlichen Kultur, zur Verteidigung der christlichen Schule, der christlichen Ehe und der christlichen Familie.

Wir brauchen katholische Arbeit gegen die Flut der Unsittlichkeit, die alle Kreise des Volkes und besonders die Jugend bedroht. Sind die weltlichen Behörden außerstande, christliche Sittlichkeit und Kultur zu schützen, so ist doppelt und dreifach groß die Aufgabe des katholischen Volkes. Da gilt es arbeiten und mahnen, die Eltern und alle Volkskreise zu heiligem Ehrgefühl aufrufen; da gilt es allen voranleuchten durch makellosen Wandel. Es gilt engen Zusammenschluß aller katholischen Männer und Frauen, aller katholischen Vereine gegen Gottlosigkeit und Unsittlichkeit. Das ist katholische Arbeit.

Wir brauchen katholische Liebesarbeit, wenn die Not des armen Volkes noch höher steigt und in weitesten Kreisen Verbitterung und Verzweiflung mehrt.

Vom Sarge des edlen Führers soll die Mahnung durch ganz Deutschland klingen: „Möge keiner zu vornehm sein, aber auch keiner sich zu gering dünken, um echte katholische Arbeit zu tun."

Das eine sei unser heißester Wunsch, daß jeder von uns am Lebensabende mit dem edlen Verstorbenen das vertrauensvolle paulinische Wort sprechen könne: „Ich habe den guten Kampf gekämpft, den Lauf vollendet, den Glauben bewahrt. Nun ist mir die Krone hinterlegt."

So sprach ein deutscher Kardinal am Sarge eines Führers der Zentrumspartei, von der ein Nationalsozialist im Reichstag behauptete, sie „treibe mit der katholischen Religion Schindluder" und „mißbrauche sie zu schmutzigen politischen Zwecken". Und es war ein badischer nationalsozialistische Reichstagsabgeordneter, nämlich der Abg. Rupp, der seinen Kollegen ob seiner ungeheuerlichen Verzerrung der Tatsachen und unerhörten Verleumdung des Zentrums in Schutz nahm. Welch ein Abgrund trennt dieses nationalsozialistische Denken von wahrhaft katholischem Denken. Daraus gilt es unter allen Umständen die praktische Konsequenz zu ziehen.

Nationalsozialistischer Volksbetrug

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Jeder Leser nationalsozialistischer Zeitungen und Flugschriften, jeder Besucher nationalsozialistischer Versammlungen weiß, in welch aufwühlender Weise die Agitatoren dieser Partei gegen die hohen Gehälter und Pensionen der Beamten, gegen die Diäten der Reichstagsabgeordneten usw. gewütet haben. Ein gut Teil ihrer Wahlerfolge vom 14. September ds. Js. haben die Nationalsozialisten gerade dieser skrupellosen Agitation zu verdanken. Um so interessanter ist nun die Art und Weise, wie die Nationalsozialisten jetzt im Reichstage zu diesen Angelegenheiten Stellung nehmen. Am Dienstag, den 9. Dezember stand im Reichstag das Pensionskürzungsgesetz zur ersten Beratung — das Gesetz, das u .a. auch die Kürzung der hohen und höchsten Pensionen der Zivilbeamten wie der Generäle und Admiräle bringen und auch die sogenannten Doppelverdiener treffen soll. Wie verhielten sich bei dieser Debatte nun die Nationalsozialisten? Durchaus zustimmend, so wird jeder Leser in Erinnerung an die nationalsozialistischen Reden im Lande draußen sagen; wahrscheinlich ging ihnen die Regierungsvorlage noch nicht weit genug, da sie am 14. Oktober noch eine Pensionshöchstgrenze von 12 000 Mark beantragt hatten. Abwarten! Als Redner hatten die Nazi den Abg. Sprenger vorgeschickt. Dieser sprach viel von den wohlerworbenen Rechten, schien es aber vermeiden zu wollen, auf Einzelheiten einzugehen und die Stellung seiner Partei zu dem gesamten Gesetzentwurfe darzulegen. Ein Zwischenruf der Sozialdemokraten: „Sie sind also auch für Großpensionen!" brachten ihn dann aber doch zu folgenden Ausführungen, die man in allen Versammlungen vorlesen sollte:

„Wir verkennen nicht, daß auch sog. Großpensionen durch die Hetze gerade der Linken ein Dorn in den Augen der Bevölkerung geworden sind. Hier ist zunächst einmal hervorzuheben, daß es sich wie bei den Kleinpensionen um ein Grundrecht der Beamtengesetzgebung handelt. Wenn es schon Grundrechte gibt, wenn den Beamten während der ganzen Zeit ihres Gehaltsbezuges ein gewisser Betrag einbehalten wurde zur Fundierung des Ruhegehalts, dann ist für den höchsten Beamten die höchste Prämie einbehalten worden; mithin hat er grundsätzlich Anspruch auf eine seiner Prämie entsprechende Höchstpension. (Hört, Hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir uns in der Zeit der Not, wo Hunderttausende von Angestellten auf der Straße liegen, dazu bekennen, daß man vorsichtig untersuchen soll, wie weit die Höchst- und Großpensionen abgebaut werden müssen (Rufe bei den Sozialdemokraten: Vorsichtig!), so deswegen, weil wir diesen existenzlosen Angestellten entgegenkommen müssen, weil wir ihnen Arbeit und Brot verschaffen müssen. So werden wir vorsichtig an diese Vorlage herangehen. In ihren Grundzügen müssen wir diese Vorlage ablehnen."

Also durch die „Hetze" der Linken sind die sogenannten Großpensionen „ein Dorn in den Augen der Bevölkerung" geworden! Hat es schon einmal eine verlogenere Behauptung gegeben als diese? Waren es nicht gerade die Nationalsozialisten, die in Reden, Flugblättern und Artikeln die Bevölkerung auf die Großpensionen und Großpensionäre gehetzt und draußen sich gerühmt haben, daß sie die ersten gewesen seien, die Anträge auf Pensionskürzungen eingebracht hätten? Jetzt erklärt man dies dreist als „Hetze", an der „die Linke" schuld sei! Jetzt verteidigt man grundsätzlich auch diese höchsten Pensionen und stellt nur vorsichtige Untersuchung und vorsichtiges Herangehen an die Vorlage in Aussicht! Warum? Weil die in den Reihen der Nationalsozialisten befindlichen Militärgroßpensionäre inzwischen mit Rebellion und dem Ausmarsch aus der Partei gedroht haben, wenn die Nationalsozialisten der Pensionskürzung zustimmten. Was werden zu dieser Drehung um 180 Grad aber die Tausende in Stadt und Land sagen, die der nationalsozialistischen Agitation gefolgt und erlegen sind? Aber ebenso wie Nationalsozialisten vor kurzem im Hauptausschuß des Reichstags die Stirne hatten zu erklären, daß sie auf dem Lande keine Beamtenhetze getrieben hätten, so werden sie wahrscheinlich auch jetzt den Bauern und Gewerbetreibenden mit derselben eisernen Stirn erklären, sie seien für die Kürzung der Großpensionen und der Pensionen der Doppelverdiener eingetreten. In Wirklichkeit aber haben sie gerade das Gegenteil getan, wie die Sprenger'sche Rede beweist.

Nicht anders verhält es sich mit der Stellung der Herrschaften gegenüber den Reichstagsdiäten. In jeder Wahlversammlung wurden diese Diäten kritisiert. Sie seien zu hoch, sie seien während der Zeit des aufgelösten Reichstags nicht zu gewähren usw. usw. Nach ihrem Einzuge ins Parlament beantragten die Nationalsozialisten zunächst eine sofortige Diätenkürzung um 50 Prozent. Der Aeltestenrat des Reichstags trat zusammen und verfaßte einen eigenen Gesetzentwurf, der eine Kürzung von 20 Prozent vorsah, im übrigen aber alles beim alten ließ. Und was taten die Nazis bei der Beratung dieses Entwurfs im Plenum des Reichstags? Sie schwiegen in allen Sprachen. Kein Abänderungsantrag, kein Zurückgehen auf ihre eigenen weitgehenderen Forderungen. Sang- und klanglos ging der Gesetzentwurf in allen 3 Lesungen über die Bühne. Keiner der sonst so redseligen und kritiklüsternen Herren piepste auch nur, offenbar aus Angst, sein Eingreifen könnte die Annahme des Gesetzes gefährden! Weshalb dieser Stellungswechsel? Ja Bauer, 's ist halt etwas anderes, ob die Diäten ein anderer, oder ob man sie selbst bezieht! Doch es kommt noch besser.

Dem Reichstag lagen einige Anträge vor, die u. a. dahin gingen, daß alle Vermögen über 500 000 Mark eine einmalige Steuer von 20 Prozent zu entrichten hätten, während alle Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmen, alle Aufsichtsratstantiemen und ähnlichen Vergütungen und endlich alle Einkommen über 50 000 Mark mit einer Sondersteuer von 20 Prozent jährlich belegt werden sollten. Bravo! werden viele von denen sagen, die in nationalsozialistischen Versammlungen waren, denn aus diesen Anträgen ist zu ersehen, daß die Nazis das auch halten, was sie versprochen haben. Doch dem ist nicht so. Die Anträge stammen nämlich gar nicht von den Nationalsozialisten, sondern von den Kommunisten. Die Nationalsozialisten aber stimmten am 6. Dezember im Reichstage geschlossen gegen diese Anträge. All das, was von ihnen in Tausenden von Versammlungen in agitatorisch verhetzender Weise verlangt worden war, die ganze, gegen die hohen Vermögen und Einkommen gegen die Aufsichtsratsbezüge inszenierte Entrüstung, all das war jetzt vollständig vergessen. Selbst die Aufsichtsratstantiemen erfreuten sich des nationalsozialistischen Schutzes. Nachträglich scheinen die Herrschaften allerdings doch gemerkt zu haben, daß ihre Abstimmung nicht ganz im Einklange stand mit ihren Wahlsprüchen. Der Abg. Reinhardt mußte deshalb in einem großen Zeitungsartikel auseinandersetzen, daß die Nationalsozialisten hauptsächlich deshalb gegen diese Anträge gestimmt hätten, weil diese Maßnahmen bestimmt seien, der „Tributwahnsinnspolitik" zu dienen. Eine faule, oberfaule Ausrede, über die man nur lachen kann. Sie zeigt aber, in welche Verlegenheit die Hundertschaft der Aufrechten durch ihre Stellungnahme gekommen ist. Schenken wir ihnen nichts und klären wir unser Volk gründlich auf über die Verlogenheit der nationalsozialistischen Agitation — nicht in der Verteidigung, sondern im Angriff! Sch.

Aussöhnung zwischen den beiden Katholikenparteien im Elsaß?

Paris, 18. Dez. (Eig. Ber.) Auf Grund eines Briefwechsels zwischen Abbé Haegy und Persönlichkeiten, die dem Deputierten Oberkirch nahestehen, ist in Paris die Meinung verbreitet, es könne in absehbarer Zeit zu einer Aussöhnung zwischen den beiden Katholikenparteien im Elsaß kommen. Die Initiative dazu soll beim letzten Geburtstag des Abbé ergriffen worden sein.

Frankreich will auch Kamerun und Togo behalten

Paris, 18. Dez. (Eig. Ber.) Der „Temps" baut der Möglichkeit vor, daß Deutschland vor der Revision des Vertrages von Versailles in der Mandatskommission des Völkerbundes die Zurückerlangung der Kolonien Kamerun und Togo anstreben könnte und setzt daher in einem Leitartikel „Kamerun und Togo" auseinander, daß Frankreich nicht die geringste Absicht hat, diese Kolonien an Deutschland zurückzugeben. Nach dem „Temps" ist es schon ein großes Entgegenkommen gewesen, daß Frankreich diese Kolonien nur als Mandatsgebiete beanspruchte, denn es habe diese Kolonien „regelrecht mit Waffengewalt" erobert und brauche sie schon deshalb nicht zurückerstatten. Außerdem habe die Mandatskommission Frankreich für seine Verwaltungstätigkeit immer gelobt. Die deutschen Kolonisationsmethoden seien „das gerade Gegenteil von der französischen", sodaß sie den Eingeborenen nicht zugemutet werden könnten. Von allen Gesichtspunkten aus komme daher eine Aenderung des gegenwärtigen Zustandes nicht in Frage.

Eines will den Leuten vom „Temps" nicht in den Kopf: Frankreich ist im Verhältnis zu seiner Bevölkerungsziffer mit Kolonien geradezu übersättigt. Es muß im Mutterlande Arbeitskräfte aus anderen Staaten heranholen, möchte aber trotz dieser Entvölkerung in seinem imperialistischen Wahn sein riesiges Kolonialreich unvermindert beibehalten. Der Reichtum Frankreichs und sein Goldschatz beruhen zum allergrößten Teil auf dem Kolonialbesitz, der auch kürzlich von Italien her als „unmäßig" und nicht zur demographischen Situation der französischen Politik passend bezeichnet wurde.

Briand über seine Politik

Paris, 18. Dez. Auf dem Bankett des republikanischen Komitees für Handel und Industrie, das gestern abend unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Steeg stattfand, ergriff auch Briand das Wort. Er beglückwünschte sich, daß trotz aller Angriffe gegen ihn er heute eine Rechtfertigung erfahre, die ihn ermutige, die Politik, die er als ehrenhaft für Frankreich und als nützlich für Frankreichs Interessen erachte, weiter zu verfolgen. Trotz der lebhaften und oft verleumderischen Angriffe, denen er ausgesetzt werde, sei er sich darüber klar, daß die ungeheure Mehrheit des Landes mit ihm gehe. Frankreich wünsche niemand anzugreifen, es wolle den Frieden. Aber trotz des brennendsten Friedenswunsches müsse man alles tun, damit Frankreich niemals in seiner Existenz bedroht werde. Die erste Bedingung, das Friedenswerk zum guten Ende zu führen, bestehe darin, nicht fortwährende Befürchtungen haben zu müssen.

In den verschiedenen Ministerien, denen er angehört habe, habe er stets die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer starken Grenzorganisation gelenkt und darauf, daß es dem Heer an nichts fehlen dürfe. Man habe nach Sanktionen gefragt. Gewiß gebe es keine Sanktionen, aber immerhin eine moralische Sanktion, und moralische Sanktionen hätten bei den Völkern trotz allem einen Wert. Weil sie die moralische Kraft außer Acht ließen, hätten die Führer eines großen Volkes dieses einem tragischen Schicksal entgegengeführt. Zum Schluß erklärte Briand: Wissenschaftler und Gelehrte hätten daran gearbeitet, die Menschheit von allen möglichen Krankheiten und Plagen, die man früher als unheilbar angesehen habe, zu befreien. Sollten sich die Völker nicht auch von dieser schrecklichen Pest, dem Krieg, heilen können? Wenn er Zuschriften erhalte, aus denen ihm Haß und Mißgunst entgegenklängen, tröste er sich mit dem Bewußtsein, daß Millionen französischer Mütter sich ihm zuwenden und sagen: Laß' nicht nach, laß' nicht nach! Er werde bis zum letzten Atemzug an seinem Werke arbeiten.

Ein Sohn Stalins antibolschewistisch?

Paris, 18. Dez. (Eig. Ber.) Aus Moskau berichtet eine seit einiger Zeit in der französischen Presse vertretene „Agence Sud-Est", auf einem Kriegsschiffe der Sowjetunion im Schwarzen Meere sei dieser Tage Jakob Stalin, Sohn des obersten Beamten der Sowjetregierung, verhaftet worden. Er soll unter den Matrosen der russischen Kriegsflotte schon seit geraumer Zeit eine antibolschewistische Agitation entfaltet haben und Beziehungen zu den russischen Sozialisten, Richtung Kerenski in Prag und Paris unterhalten.

In der polnischen Presse ist von einem Verwandten Stalins, aber nicht von seinem Sohne, im Zusammenhang mit mehreren Verhaftungen die Rede.

Das kleine San Marino trotzt Italien

Mailand, 18. Dez. (Eig. Ber.) Das kleine San Marino, das von allen Seiten von Italien umgeben ist, wagt es, in einem Gerichtsfalle der italienischen Regierung Trotz zu bieten. Italien verlangt, gestützt auf den Spruch eines italienischen Gerichtshofes, die Herausgabe des dreijährigen Töchterchens der Gräfin Brambilla, die sich mit dem Kinde seit geraumer Zeit in die Republik geflüchtet hat. Obwohl zwischen beiden Staaten ein Auslieferungsvertag besteht, lehnen die „Generalkapitäne" der Republik (die Regierungshäupter in der 16 000 Seelen umfassenden Republik) die Auslieferung des Kindes ab, weil ein solcher Fall im Vertrag nicht vorgesehen sei. Die italienische Presse erklärt, San Marino habe seinerzeit auch Garibaldi beschützt, und es sei wenig wahrscheinlich, daß auch nur die geringste Gewalttat gegen die Republik seitens Italiens geschehe.

Die Pirmasenser Bombenfunde

Pirmasens, 18. Dez. (Eigene Meldung.) Zu den Bombenfunden bei Pirmasens, über die wir vor einigen Tagen berichteten, werden jetzt noch folgende Einzelheiten bekannt: Die Bomben stammten von der bei Hinfeld in der Pfalz stationiert gewesenen Fliegerabwehr-Batterie. Kurz vor dem Einmarsch der Franzosen im Herbst 1918 waren die Granaten in einem Weiher versenkt worden. Dieser Weiher wurde später von einem Kommunisten gepachtet und nach den Granaten abgefischt. Die Kommunisten arbeiteten die Granaten in hochexplosive Bomben um. In dem Weiher sollen sich noch weitere Granaten befinden. Weiter wurden bei den von der Polizei vorgenommenen Haussuchungen in Pirmasens zahlreiche Revolver, Totschläger und andere Hieb- und Stichwaffen gefunden. In Neustadt a. d. H. wurden heute bei einer Haussuchung bei Kommunisten zwei Granaten gefunden. Auf dem Exerzierplatz in Zweibrücken wurde heute nachmittag von der Polizei die Entladung der in Pirmasens gefundenen Bomben vorgenommen. Es wurde festgestellt, daß die Bomben eine große Sprengwirkung aufwiesen.

Ein elektrisches Torpedo?

London, 18. Dez. Der Marinekorrespondent des „Daily Telegraph" berichtet, daß es der Marine der Vereinigten Staaten nach langwierigen Versuchen gelungen sei, einen elektrischen Torpedo herzustellen, der den großen Vorteil habe, daß er bei seiner Fortbewegung unter Wasser keine Schaumbahn an der Oberfläche hervorrufe. Im Kriege sei es Hunderten von Schiffen durch rechtzeitige Beobachtung der verräterischen Schaumbahn gelungen, durch eine schnelle Drehung des Steuerruders dem Torpedo auszuweichen. Auch in der Seeschlacht am Skagerrak hätten, wie Admiral Jellicoe mitgeteilt habe, mehrere britische Schlachtschiffe durch schnelles Manövrieren den Torpedos ausweichen können. Der Korrespondent fügt hinzu, unmittelbar vor dem Waffenstillstand sei es in Deutschland gelungen, einen leidlich brauchbaren „unsichtbaren" Torpedo herzustellen. Entsprechende Versuche in England seien anscheinend nicht fortgesetzt worden, und es sei den Vereinigten Staaten überlassen geblieben, zum ersten Male einen Torpedo dieser Art herzustellen.

Brief aus dem Murgtal

Die Gemeinderatswahlen liegen hinter uns. In Gernsbach, seit den Reichstagswahlen eine Hochburg des Nationalsozialismus im Murgtal, sind die Nationalsozialisten die stärkste Partei auf dem Rathaus geworden und haben im Gemeinderat vier Sitze erhalten. Das Zentrum konnte mit zwei Gemeinderäten ins Gemeindeparlament einziehen, während die Sozialdemokraten, die sogenannte freie Bürgerliste, die Mittelstandspartei und die Partei des Gewerbe-, Grund- und Hausbesitzervereins mit nur einem Gemeinderat auf den Plan treten. In Gaggenau ist die den Nationalsozialisten verwandte Kleinbürgerpartei mit einer ansehnlichen Stimmenzahl und drei Gemeinderäten die stärkste Rathauspartei geworden, während sich der Gemeindeblock, zusammengesetzt aus der Deutschen Volkspartei, Staatspartei, Evang. Volksdienst und Wirtschaftspartei, und die Sozialdemokratie mit zwei Gemeinderäten und das Zentrum infolge der Zersplitterung unter den Bürgern (vielleicht auch mangels einer festen Organisation) nur mit einem Gemeinderat aufziehen kann. Bei der Wahl des neuen Gemeinderats und während der darauf folgenden ersten Bürgerausschußsitzung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen wegen der Plazierung der Kleinbürgerpartei und ihrer Flugblätter zwischen der Leitung der Kleinbürgerpartei und Bürgermeister Schneider, die eine sehr scharfe Note trugen und zum geschlossenen Verlassen des Sitzungssaales führten. So ist der Friede in der Gemeinde, den man nach Abschluß des Wahlkampfes für gesichert glaubte, von neuem einer unliebsamen Belastungsprobe ausgesetzt. Das Gemeindeparlament genehmigte mit 28 gegen 14 Stimmen die Bürgersteuer nach Maßgabe der Notverordnung und beschäftigte sich auch mit der Arbeitsbeschaffungsfrage, wobei man aber nicht zu einem greifbaren Beschluß kam. Die neuen gemeindepolitischen Komplikationen sind um so bedauerlicher, als Gaggenau wirtschaftlich alle Ursache hat, daß alle Schichten der Bevölkerung zusammenhalten, um den gewaltigen Wirtschaftsprozeß, in welchen Gaggenau verwickelt ist, mit Erfolg durchzuführen.

*

Zu diesem treten weitere destruktive Kräfte, welche den einheitlichen Aufbausinn der Murgtalbevölkerung auf eine harte Probe stellen. In Gaggenau sind es die im Bund der Freidenker für Feuerbestattung organisierten Gottesleugner, die mit einem Referat über „Staat und Kirche" durch Landtagsabgeordneten Martzloff die christliche, gottverbundene Einheitsfront der Bevölkerung eindrücken wollen, in Gernsbach sucht Ludendorffs Kampfgeist durch den sattsam bekannten Tannenbergbund den Frieden zu zerstören. So hielten die Tannenbergbündler hintereinander drei Versammlungen ab, bei denen die Rechtsanwälte Robert und Herbert Schneider aus Karlsruhe und der Schriftsteller Kurth aus München über Freimaurerei, Christentum, Papsttum, Jesuitismus, Kirche und die deutsche Gottheit sprachen und Lügenwerk mit Hetzwerk weidlich verbanden. Die Gernsbacher Katholiken, welche die Wahrung des konfessionellen Friedens ehrlich interessiert, haben durch

eine Protestversammlung, bei welcher Professor Brecht aus Karlsruhe das Referat hatte, sich gegen diese konfessionelle Brunnenvergiftung ernstlich verwahrt.

*

Mittlerweile will Weihnachten kommen. Es trifft in diesem Jahr ein wirtschaftlich bis zum Wetzbluten geschwächtes Volk, so daß es einem bangen kann angesichts dieses Festes der Liebe! Besonders im Wirtschaftsgebiet von Gaggenau schleicht Frau Sorge umher; sie hat leider viel, zu viel Kundschaft. Wer diesen Brief ließ, soll wissen, daß das Murgtal als ein Bestandteil des Arbeitsamtsbezirks Rastatt im Verhältnis die größte Erwerbslosenziffer vom ganzen badischen Lande hat! Da heißt es schon großen Lebenswillen, einen festen Glauben an eine bessere Zukunft und ein unbegrenztes Vertrauen zum lieben Gott haben, um aus dieser Niederung wieder hinaufzusteigen ins Hochland! r. r.

Kirchliche Nachrichten

Aus der Erzdiözese.

Pfarrer Franz Xaver Nägele in Herten zieht am 19. Dezember auf die ihm verliehene Pfarrei Neuweier auf. Als Pfarrverweser nach Herten ist angewiesen der seitherige Pfarrverweser Franz Jos. Brecht in Bietingen bei Meßkirch. Kaplaneiverweser Eduard Gerteiser an Maria Schray in Pfullendorf zieht am 19. Dezember auf die ihm verliehene Pfarrei Bietingen bei Meßkirch auf.

Pfarreiverleihung. Der Herr Erzbischof hat die Pfarrei Neuweier dem bisherigen Pfarrer Franz Xaver Nägele in Herten verliehen.

Ramsin — Metropolit Sergius

Eine Parallele

(Von unserem russischen Berichterstatter.)

Ramsin begnadigt! Sachlich und kurz sprach der Ansager diese Worte in das Mikrophon, und im Nu trugen sie die Aetherwellen in sämtliche Kinos und Theater der Stadt. Das Publikum horchte auf, man tauschte Blicke mit den Nachbarn. Ueber die Leinwand rollte der Filmstreifen und auf den Bühnen spielten die Schauspieler ihre Rollen zu Ende. Das Publikum blieb teilnahmlos. . .

Ramsin begnadigt! Wie im Traum höre ich die Worte des Ansagers, schließe dann die Augen und Sinne nach über den Prozeß, der tagelang im Kolonnensaal des ehemaligen Adelspalais und jetzigen Gewerkschaftshauses in Moskau zur Abwicklung gelangte. Ankläger und Angeklagte haben ihr täuschend ähnliches Material in langen, schleppenden Stunden verlesen, und Rußland und die Welt lauschten mit angehaltenem Atem auf jedes Wort, das hohl und wie aus Grabestiefe aus umgelegten Kopfhörern und Lautsprechern in Ohr und Stirn aller drang. Krylenko, der ehemalige Leutnant und jetzige Oberstaatsanwalt am Revolutionstribunal der UdSSR, rief mit monotoner, beherrschter Stimme: Wir klagen an. . . Und Ramsin, der Gelehrte, antwortet ruhig und gelassen: Wir bekennen uns schuldig. . . Vor dem Hauptportal defiliert die organisierte Masse, und wie Donnergrollen rollt es aus abertausend Kehlen: Wir fordern den Tod! . . .

Ramsin steht in der grau umspannten Loge und liest, in einer Wortflut schwelgend, sein „Bekenntnis". Vor ihm — das Mikrophon, und noch acht Meter — die diplomatischen Vertreter fremder Staaten. Abseits — die Journalisten der Weltpresse. Ramsin bekennt Wort für Wort alles, was im Manuskript steht. Warum ruft er nicht: dieses Bekenntnis ist erpreßt! Ich bin unschuldig! Man hat mich zu dieser Aussage gezwungen . . . .?

Vor neun Monaten schrieb der Hl. Vater seinen denkwürdigen Brief an den Kardinal-Vikar von Rom. Es war das Denkschreiben über die Christenverfolgung der Sowjetregierung, und wie Zunder entflammten Protestkundgebungen in ganz Europa. In Moskau wurde man nervös. Nur der Kreml blieb ruhig. Stalin befahl Menschinski, den Leiter der GPU, zu sich, beriet die Sachlage, und kurz darauf sauste ein Regierungsautomobil durch die Roschdestwenka und hielt vor dem kleinen Häuschen des Metropoliten und Platzhalters des Patriarchenstuhles, Sergius. Der Leiter des Religionsausschusses legte dem Metropoliten fünf Schreibmaschinendurchschläge vor mit dem Ersuchen, sie zu unterschreiben und am nächsten Tage den ausländischen Pressevertretern auszuhändigen. Fieberhaft flogen die klugen Augen des Metropoliten über die eng beschriebenen Durchschläge und noch fieberhafter arbeitete das scharfe Hirn des Kirchenfürsten. Hinter der klaren Stirn rasten die Gedanken: Unterschreiben oder nicht unterschreiben? — „Gemäß der Verfassung der UdSSR steht jedem Bürger das Recht auf freie Ausübung seiner religiösen Bedürfnisse zu." Das stimmt. Die Verfassung gestattet, aber die Praxis. . . Ueber Praxis steht nichts in der Erklärung. Daß die Kapitalisten Feinde der UdSSR sind — stimmt auch. Und die Geschichte mit Rom? Die alte Feindschaft ist noch nicht erstorben. . . Und der Metropolit unterschrieb. Hatte er gelogen? Nein. Seine Handlung war die eines Sowjetbürgers, denn auch er ist den Gesetzen des Staates unterworfen. „Wenn ich nicht unterschreibe, tötet man mich und den gesamten Klerus. Dann ist es aus mit der Kirche. . . Die europäische Christenheit wird keinen Kreuzzug gegen Moskau unternehmen. Das lassen ihre Regierungen nicht zu, und Proteste allein ändern unsere Lage nicht. Solange Europa die Sowjetregierung stützt, ist mit dem Kreml schlecht Kirschen essen." Der Märtyrer-Metropolit unterschrieb, und als am nächsten Tage die ausländischen Journalisten erschienen, überreichte er ihnen wortlos die Durchschläge und verließ das Audienzzimmer, ohne auch nur eine mündliche Frage beantwortet zu haben. Europa unternahm keinen Kreuzzug und niemand kam der Märtyrerkirche zu Hilfe. Moskau reduzierte die Erschießungen auf ein Minimum, Europa — das christliche — protestierte und . . . verstummte. Die Welt hatte andere Sorgen. Ueber Mütterchen Rußlands Erde sickert langsam das Blut ihrer besten Söhne. . .

Wie ein Raunen geht es durch Rußlands Gefilde: Stalin führt uns in den Abgrund! In den Garnisonen wird der Ruf laut: Nieder mit Stalin! Woroschilow reist nach Moskau und fordert Stalin auf, entweder zurückzutreten oder den Wahnsinn einzustellen. Desgleichen auch Syrzow. Aber Stalins Rücktritt kann den Bestand der Sowjetregierung gefährden. So wird denn ein Kompromiß geschlossen: der Diktator will seine Fehler korrigieren, sich vor der Masse rechtfertigen und dann . . . vielleicht sind alle danken. Woroschilow beruhigt die Armee. Stalin verhandelt mit Menschinski, und der Plan ist fertig: Sündenböcke müssen gefunden und Stalins Schuld vertuscht werden. Man verhaftete die nichtmarxistischen Wirtschaftsführer, sperrte sie in Einzelzellen im sog. Isolator der GPU auf der Lubjanka, legte ihnen deren fertigen Bekenntnisse vor und gab ihnen Zeit, sich die Tragweite ihrer moralischen Schuld zu überlegen. In der brütenden Einsamkeit der Zelle wuchs die Erkenntnis dieser moralischen Schuld ins Gigantische, und hinter den schalldichten Mauern des ehemaligen Bankgebäudes und jetzigen GPU erkannte Ramsin, daß, wenn er mit reinem Gewissen, d. h. aus voller Ueberzeugung dem Sowjets gedient hätte, die Wirtschaftskatastrophen niemals jenes Ausmaße erreicht hätte, wie es heute der Fall ist. Weil er innerlich dem Regime feindlich gesinnt war, trachtete er danach, Stalin das Genick zu brechen, beeinflußte den Präsidenten des staatlichen Planamtes Krzyschanowski, lieferte ihm gefälschte Unterlagen, die den Sieg des Stalinschen Wirtschaftsprogrammes verkündeten, anstatt ehrlich zu bekennen, daß dieses Programm das Land an den Bettelstab führt. Hier erreicht Ramsins moralische Schuld und die seiner Kollegen den Höhepunkt Und noch eines: Ramsin war das Spielzeug in Händen der ehemaligen Industriellen, die immer noch eine Restauration des alten Regimes erstreben Dafür erhielt er bisweilen ansehnliche Summen überwiesen. . . In der Anklageschrift, die sein „Bekenntnis" darstellt, liest Ramsin die Pläne der Emigranten. Es sind größtenteils Auszüge aus den Emigrantenzeitungen „Rossija i slavjanstvo", „Woskroschdenije", „Nowoje Wremja", also mehr oder weniger monarchistische Organe. Ramsin aber ist kein Monarchist. Er ist Demokrat, und als solcher verurteilt er die Ideen der Monarchisten. Ihr Ziel ist, durch einen neuen Bürgerkrieg zur Macht zu gelangen; Ramsin und das russische Volk aber verwerfen ihn. Nun gilt es, diese Tendenz zu bekämpfen und Ramsin . . . unterschreibt. Das Ausland wird mit hineingezogen, weil es bestimmt wird durch jene Emigranten, und so entsteht das Schreckenswort: Intervention.

Ramsin steht vor dem Tribunal, bekennt seine moralische Schuld und kritisiert — Stalins Wirtschaftsplan. Im Hintergrund: das Schreckensgespenst „Intervention". Der Effekt ist da: das Volk begehrt auf gegen die Einmischung des Auslands in innere russische Angelegenheiten! Das Volk will aufbauen! Es will keinen Krieg! Ramsin liegt die Zukunft seines Volkes am Herzen, er bekennt seine moralische Schuld und sagt sich los von den Doktrinen einer vergangenen Epoche. Er ist Fachmann und kein Ideologe, warum also soll er sterben für eine Idee, die Europas Kasse bereichert? Nein, er will mithelfen am Aufbau seines Vaterlandes und an der Gestaltung des neuen Menschen. Er weiß, Stalin wird gehen müssen, und sein Bekenntnis gipfelt in dem Appell an alle Fachleute: helft ehrlich mit am Aufbau unseres Vaterlandes! Und seine Kollegen haben ihn verstanden.

Ramsin bekennt . . . Vor ihm steht das Mikrophon und trägt seine Worte hinaus in alle Welt. Vor ihm sitzen ausländische Diplomaten und Vertreter der Weltpresse. Er ruft nicht: Dieses Bekenntnis ist erpreßt! . . . Nein, Ramsin hat die Zwecklosigkeit eines solchen Bekenntnisses eingesehen und erkannt, daß es Unsinn ist, für ein sterbendes Westeuropa sein Leben zu lassen, denn dieses Europa wird ihn nicht vor den Kugeln der GPU bewahren!

Auch Sergius stand vor dem Mikrophon der Welt und — schwieg. Warum? Weil er sich auf das Gesetz stützte, das Europa nicht abändern wird. Ramsin hat auch nicht gesprochen; er lag, und stützte sich auf das Gesetz und auf Tatsachen, die keine Macht der Erde abändern wird. Sergius ließ man weiterbauen an seiner Kirche, und sie wird nicht untergehen! Ramsin hat man begnadigt, mehr noch: man hat ihm das Recht eingeräumt, weiter im Fach arbeiten zu dürfen. Das geschah aber nicht, weil der Kreml stark genug ist, sondern weil der Schaden wieder gut gemacht werden muß . . . Und das kann Ramsin. Stalin aber wird gehen müssen.

Heimatkundliche Literatur

Neben den Ausführungen zum Thema reden die folgenden Beiträge noch eine zweite Sprache, welche die eigentliche und beste Empfehlung für sie ist: die Sprache einer wahrhaften, echten und überzeugten Liebe zur engeren Heimat. Hier hat man es mit keiner Reklame für Kurgäste zu tun, nur Wegweiser durch versteckte Geheimnisse. Bewahrer übermooster Schönheiten, Führer durch die interne Ortsgeschichte wollen diese Darstellungen sein.

Da wäre zunächst Hans Heid mit seiner Schrift: Lautenbach im Renchtal (Selbstverlag 1930) zu nennen. Er bietet ein in jeder Hinsicht fesselndes Bild seines an Schicksalsschlägen nicht gerade armen Dorfes. Von den frühesten Nachrichten aus Geschichte, Christianisierung, Lehns- und Ständewesen, der wirtschaftlichen und politischen Lage, den Kunstgegenständen der näheren Umgebung, die durch klare Photographien illustriert sind, erhält man recht anschauliche Kunde.

Von einem andern Standpunkt aus betrachtet Kilian Weber in seinem Heimatbuch die Hegauorte Stahringen-Homburg. An den tiefschürfenden geschichtlichen Ueberblick schließt sich eine interessante Betrachtung der Kirche, Schule, des Amtshauses und seiner Vögte mit historischem Ueberblick über die Leibeigenschaft; anschaulich sind für den Ortskundigen Wald und Jagd, Weide und Viehzucht, sowie die angrenzenden Höfe geschildert. Von allgemeinem Werte die volkskundlichen Auslassungen, die Flurnamen, mit Sagen und Geschichten.

Mehrere Verfasser taten sich zu dem von Kaplan Fr. Hodecker herausgegebenen Büchlein Rohrbach am Gießhübel in Vergangenheit und Gegenwart zusammen. Bewußt ist keine wissenschaftliche Abhandlung geboten. Jedem Rohrbacher, sei er daheim oder in der Ferne, werden alte Gebräuche und alte Geschichte von Rohrbach in ernster und heiterer Form erzählt. Denkwürdiges über Bewohner, Gebäude und landwirtschaftliche Fragen der Gegenwart schließen das liebenswürdige Büchlein ab.

Willibald Reichweins Boxberger Geschichten geben den Hinterländern am meisten. Um eine geschichtliche Tatsache herum wird mit Zurückhaltung und Wärme recht gute romantische Stimmung gemacht.

In der „Ortenau", den Mitteilungen des historischen Vereins für Mittelbaden, Heft 17, 1930, findet jeder Freund von Geschichte und Altertümmdemmälern einen wertvollen Beitrag. Einige hieraus nennen, hieße Schatten auf die andern werfen. pzw.

Das Elsaß, gesehen von einem Oesterreicher

Es liegt eine tiefe Tragik über dem schönen deutschen Land am Rhein. Fruchtbare Ebene des Rheingaues und dahinter im Westen erhebt sich der dunkle wuchtige Wall der Vogesen. Von den Vorbergen grüßen die alten Burgen, von denen manche den stolzen Hohenstaufen einst gehörte. In der Rheinebene recken sich hoch über noch manches gotische und Renaissancebürgerhaus die Türme von Kirchen, die einst deutsches, mittelalterliches Baumeistergenie schuf. Kolmar, Hagenau, Straßburg, wenn ihre Kirchenglocken erklingen, künden sie von der tausendjährigen deutschen Vergangenheit ihrer Heimat. Kolmar, einst eines der Zentren der habsburgischen Herrschaft hier im Lande in der Landgrafschaft Oberelsaß. Hagenau, die Stadt über der heute noch wie ein Omen vergangener Tage die Namen Friedrich Barbarossas schweben, und Straßburg, das stolze Bollwerk deutscher Bürgerherrlichkeit des Mittelalters. Straßburg, ja das vielschöne, wie es das Volkslied preist mit seinem Münster, das in seiner ganzen baulichen Gestaltung den Wesenskern vom Elsaß darstellt. Wohl deutsche Gotik mit all ihrer Mystik und Innerlichkeit, aber über dem ganzen liegt etwas wie ein Hauch von französischem Esprit in der Ueberspitzerung der Formensprache und dem allzu kühnen Aufbau des Turmes.

Gallier und Germanen, westfränkisches und ostfränkisches Reich, Kapetinger und Staufen, Franz I. und Karl V., Ludwig XIX. und Leopold I., Napoleon und die deutschen Freiheitskämpfe, Napoleon III. und Bismarck, Poincaré und Wilhelm II. Man kann kein Blatt der deutschen und der französischen Geschichte umwenden, ohne nicht auch den Kampf ums Elsaß verzeichnet zu finden.

Die Romantik hatte einst einen alten Gedanken der Scholastik wieder zu Ehren gebracht — die Volksseele. Hatten die kirchlich gesinnten Denker der Scholastik sich die Volksseele unter der Gestalt eines besonderen Schutzengels für jedes Volk, für jedes Land vorgestellt, so war es den Denkern der Romantik das innerste Wesen des Volkes, „die Idee der Volkheit".

Die elsässische Volksseele hat kein geringerer als Goethe mit einigen Versen in seinem „Hermann und Dorothea", „dem Epos des Elsaß", treffend gezeichnet: ... Der äußeren Zierde bin ich von Jugend nicht fremd. Unsere Nachbarn, die Franken, in ihren früheren Zeiten hielten auf Höflichkeit viel; sie war dem Edlen und Bürger, wie den Bauern gemein und jeder empfahl sie den Seinen . . .

Das jahrtausendlange Grenzmark sein und dann die 250jährige französische Herrschaft hat dem elsässischen Volke beträchtlich viel vom französischen Geiste aufgeprägt. Wie alle Grenzlandstämme weit mehr kosmopolitisch eingestellt als die nur einseitig national orientierten Bewohner der der Sprache und Staatsgrenze ferner gelegenen Teile eines Volkes hat der elsässische Stamm bei der Altheit seiner Kultur und dem stolzen Selbstbewußtsein seines Wertes eine äußerst sensible Volksseele. Dabei ist aber der Elsässer unter all dem äußeren, oft französisch anmutenden Firnis kerndeutsch, tief heimatverwurzelt, knorrig und klobig wie die Baumriesen der Vogesen.

Darin ist die Kernfrage des elsässischen Problems gelegen in dieser zweifachen Natur des elsässischen Grenzlandes. Wie die Rheinlande überhaupt, so gehört ja auch das Elsaß zu jenen Gebieten in deutschen Landen, die die erste und auch längste Einwirkung durch die römische Kultur erfuhren und daher infolge der Kulturkontinuität im ganzen Mittelalter führend waren. Dieses Bewußtsein der alten Kultur, das Hineingeborensein in eine große Linie der Ueberlieferung, gibt dem Elsässer jenen selbstbewußten Stolz, aber zugleich auch jene Gereiztheit gegen jeden Versuch, ihn zu schubriegeln. Es war einer der großen tragischen Faktoren, an denen ja die Geschichte des deutschen Volkes so reich ist, daß das Elsaß einst vom Reiche losgetrennt wurde, als dieses von Oesterreich geleitet wurde (1648) und zurückkehrte als preußisches Wesen hier regierte (1871). Es ist hier nicht erst notwendig, den tiefen Unterschied zwischen preußischer und österreichischer Art darzulegen und zu erklären, beide sind unerläßlich zum Gesamtbild deutscher Art, aber elsässisches Wesen gleicht in vielem zu sehr dem österreichischen, als daß es nicht zur Zeit, da der preußische Anteil ungesund übermächtig zu werden drohte, sich nicht energisch gegen seine Uebergriffe zur Wehr gesetzt hätte.

Es ist eine fürs deutsche Volk und für Preußen insbesondere tief beschämende und folgenschwere Tatsache, daß England wohl den Burenstaaten, den erbitterten Gegnern von 1899—1902, bereits 1906 völlige Selbstverwaltung gewährte, während man in Deutschland das deutsche Elsaß, „das befreite deutsche Gebiet", zum Reichsland machte, also mehr oder minder auf den Rang einer Kolonie herabdrückte. In gründlicher Verkennung des elsässischen stolzen, freien Wesens, glaubte man, die Vorliebe für den französischen Esprit durch Kürassierstiefel verdrängen zu können. Die Zabernaffäre ist ja noch allgemein in böser Erinnerung und solche Mißgriffe und solches ungeschickte, wenn nicht rüppelhafte Auftreten der Beamten und Offiziere waren leider nicht allzu selten. Bis zu welch ungesunden Auswüchsen sich dann der Byzantinismus versteigen konnte, beweist ja noch heute die Isaiasstatue, die eigentlich Wilhelm II. darstellt, am Dome von Metz. Sachen, die dem von französischer Geistreichheit und Geschmack so stark beeinflußten Elsässer und Lothringer nur eine verachtendes Lächeln abnötigten, leider aber auch die Abneigung gegen das herrschende System auch auf die Volksgemeinschaft übertragen ließen. So fand der Zusammenbruch Deutschlands 1918 und der Sieg Frankreichs ein Elsaß vor, das mit teilweise sehr großer Begeisterung zur „mère patrie" zurückkehrte.

Freilich konnte alle Begeisterung ja doch nicht über die Tatsache hinweghelfen, daß die Elsässer ja doch Deutsche sind und die Franzosen eben Franzosen. Es waren eben noch ganz andere Verhältnisse 1870 gewesen als 1918 und nachher. Die Elsässer waren bis dahin bei einem Frankreich gewesen, das den nationalen Gedanken noch nicht in einer so ausgeprägten Form wie heutzutage kannte oder doch nach seiner Prägung sich bemühte, kosmopolitisch zu sein wie das Frankreich Napoleon I. und naturgemäß auch das des dritten Napoleons. Es war ein Anachronismus, wenn die Elsässer hofften, die alten Zustände von 1870 wieder anzutreffen. An Stelle des Napoleonidenreiches, das die Departements Haut et Bas Rhin nicht weiter in ihrer völkischen und sonstigen Eigenart störte, war „la Republique indivisée" getreten, in der Präfekten und das sonstige Beamtenkorps mit zur Garde der jeweils regierenden Parteien gehören. Dem Wesen der straff zentralistischen Republik Frankreich widerspricht jeder Separatismus und Föderalismus, wie er in der Seele jedes Deutschen, also auch des Elsässers verankert ist.

Dazu kam noch ein tiefgehendes Problem, die religiöse Frage. Nachdem die Wellen des Kulturkampfes sich in Deutschland gelegt hatten, hatte der katholische Volksteil und mit ihm das Zentrum eine immer steigende Bedeutung gewonnen. Elsaß, das ja wie die übrigen Rheinlande radikal katholisch zur Mehrheit ist, träumte noch von der Konkordatsregierung Napoleon III. und konnte sich in die Laienrepublik Frankreichs nicht hineinfinden. Hierzu kommt überdies die womöglich noch ungeschicktere Haltung der französischen Linksregierungen als einst der kaiserlich deutschen. Die Elsässer berufen sich auf das feierliche Versprechen, das ihnen Marschall Foch 1918 im Namen Frankreichs gab, nichts an den bestehenden Rechtsverhältnissen zu ändern.

Es ist ein Problem, das unlösbar scheint, ein Antagonismus, der sich zwischen „la mère patrie" und den „befreiten Provinzen" heute sich ergeben hat. Frankreich, dem heute die Laienrepublik und der Nationalismus Oribanner ist, und das kleine deutsche Land, das in nationalen, staatlichen und kirchlichen Fragen seinen Standpunkt mit elsässischer Dickköpfigkeit verteidigt. Eine Tragik, aus der momentan kein Ausweg zu ersehen ist, da ja die Verbindung zum eigenen Volksgebiet unmöglich ist nach Versailles, und die durch die Schuld des kleindeutschen Deutschlands herbeigeführt ist, das wohl im Stande war, mit dem Schwerte verloren gegangenes deutsches Grenzlandgebiet zurückzuerobern, aber es nicht völkisch zu erfassen verstand *).

*) Vgl. auch das neue Werk Fritz Jaffé „Zwischen Deutschland und Frankreich". J. G. Cottasche Buchhandlung, Stuttgart.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Badischer Landtag

Um die Sanierung des Genossenschaftswesens – Uniformverbote

Karlsruhe, 18. Dezember 1930.

Die Sitzung beginnt kurz nach 9 Uhr. Nach Verlesung einiger Eingänge wird in die Fortsetzung der Debatte über die kommunistische Interpellation wegen der Unterschlagungen in der Genossenschaft Orschweier eingetreten.

Abg. Dr. Hoffmann (Ztr.) geht im einzelnen auf die Vorgänge in der Genossenschaft Orschweier ein. Die Kommunisten hätten den armen Bauern gar nicht helfen wollen, sondern durch eine unglaubliche Verhetzung politisches Kapital zu schlagen versucht. Dazu hätte man sogar die Presse in Anspruch genommen. Dadurch sei eine wirksame Hilfe fast unmöglich gemacht worden. Die Kommunisten hätten früher die zur Schaffung des genossenschaftlichen Einheitsverbandes notwendige Staatsbürgschaft rundweg mit der Motivierung abgelehnt, daß man die Korruption nicht unterstützen dürfe. Jetzt verlange man in einem Fall, wo nur die Genossen in Orschweier zuständig seien, ein Eingreifen des Staates. Das würde zu unabsehbaren Konsequenzen führen. Redner habe alles versucht, um einen annehmbaren Vergleich zustande zu bringen. Unter dem Drucke der Kommunisten sei der Vergleich abgelehnt worden, was heute selbst von den Genossen bereut würde. Inzwischen hätte sich der größte Teil mit der Hauptgenossenschaft selbst verständigt, so daß das kommunistische Vorgehen nichts anderes als ein agitatorisches Theater sei, das übrigens für die Genossen sich schwer schädigend auswirken werde.

Abg. Merk (Natsoz.) meint, daß noch hunderte von bankerotten Genossenschaften da seien, denen man helfen müsse. Der Antrag der Kommunisten müsse angenommen werden.

Abg. Hilbert (Wirtschaftspartei) wirft dem Abg. Merk schwere Schädigung des badischen bäuerlichen Genossenschaftswesens vor. Das badische Genossenschaftswesen sei gesund. Der Fall Orschweier sei örtlich. Schuld sei eine saumselige Vorstandschaft. Der Folgen wegen dürfte der kommunistische Antrag nicht angenommen werden.

Abg. Dr. Wolfhardt (Dem.) wies auf die bemitleidenswerte Lage der Orschweier Genossen hin, die durch fahrlässige Handhabung der Revision entstanden sei. Es müsse untersucht werden, ob nicht dagegen zivilrechtlich vorgegangen werden könne. Scharfe Kritik verdiene das Verhalten der Zentralgenossenschaft gegenüber dem Untersuchungsausschuß. Wenn der Staat 900 000 Mark Bürgschaft geleistet habe, sollte Dank erwartet werden dürfen.

Staatspräsident Wittemann bemerkte, daß der Fall Orschweier mit der Bürgschaft für den Gennossenschaftsverband von 900 000 Mk. gar nichts zu tun habe. Diese Staatsbürgschaft sei auf Anregung des damaligen Reichswirtschaftsministers Dr. Dietrich übernommen worden, damit die früher „feindlichen Brüder" endlich zusammen kämen und eine durchgreifende Rationalisierung im badischen Genossenschaftswesen möglich sei. Durch die Entwicklung der Wirtschaftslage sei allerdings die Bürgschaftsleistung des Staates über das rein Formale hinaus wider Erwarten doch berührt worden. Die Regierung könne zur Angelegenheit keine Stellung nehmen. Zuerst müsse aus den Akten festgestellt werden, ob zivilrechtlich gegen etwaige Schuldige vorgegangen werden könne. In das Rechtsverfahren könne kein Ministerium eingreifen. Im Etat fehlten alle Mittel, um hier unterstützend eingreifen zu können. Der im vorigen Landtag geschaffene Prüfungsausschuß über das Geschäftsgebaren der Badischen Bauernbank sei durch den Landtagsschluß erledigt gewesen. Ein Zwang der Regierung konnte nicht ausgeübt werden. Der Generaldirektor des Einheitsverbandes habe gar keine Bürgschaft gewollt, darauf gedrungen hätten aber der Demokratie nahestehende Herren.

Abg. Dr. Mattes (lib.) kritisiert die Sabotage des Untersuchungsausschusses.

Staatspräsident Wittemann weist jeglichen Vorwurf gegen die Regierung zurück.

Abg. Heck (Ztr.) bedauert, daß von allen Debatteredern keine Wege für den Genossenschaftsaufbau in Baden aufgezeigt worden wären. Abg. Bock spreche aus bewußter Absicht vom Bauernverein, obwohl der Bauernverein mit der Sache nichts zu tun habe, da seine Unterorganisation vollkommen unabhängig und selbstverantwortlich sei. Vom Abg. Merk sei der Genossenschaftsgedanke schwer geschädigt worden. Durch die Hetze der Nationalsozialisten und Kommunisten werde eine so schwere Verwirrung in den Köpfen der Bauernschaft hervorgerufen, daß der Gemeinschaftsgedanke zu Grund gehe. (Lebhafte Unruhe bei den Nationalsozialisten und Kommunisten.) Moralisch trügen die Revisionsverbände eine gewisse Schuld, sie seien aber auch zu großem Entgegenkommen bereit gewesen. Man könne vom zahlenden Genossenschafter nicht verlangen, daß er für andere Säumige noch mitzahle. Die Debatte habe nicht zur Erzielung eines guten genossenschaftlichen Geistes gedient.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) hält den Appell an den Staat zum Eingreifen für vollkommen verfehlt. Es seien Arbeitergenossenschaften zusammengebrochen, für die sich die Kommunisten nicht eingesetzt hätten. Die Sozialdemokratie habe an dem Streit der Bauernbank kein Interesse.

Abg. Dr. Föhr (Ztr.) weist aus den Akten nach, daß die Hergabe der Staatsgarantie nicht an die Bedingung der Einsetzung eines Prüfungsausschusses gebunden worden sei.

Abg. Dr. Wolfhardt (Dem.) verlangt, daß der Untersuchungsausschuß eingesetzt würde.

Staatspräsident Wittemann bedauert die persönlichen Angriffe auf die Direktoren des Genossenschaftsverbandes und weist darauf hin, daß die Verbandsleitung durchaus einem Untersuchungsausschuß geneigt sei.

Abg. Dr. Mattes (lib.) stellt klar, daß sich die Vorgänge nur auf die Bauernbank bezögen.

Abg. Bock (Komm.) richtet nochmals in seinem Schlußwort scharfe Angriffe gegen das Geschäftsgebaren der Bauernbank.

Präsident Duffner verkündet einen von Liberalen, Demokraten und Sozialdemokratie eingebrachten Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung des Geschäftsgebarens der Bauernbank und der Bezugs- und Absatzgenossenschaft.

Abg. Eggler (Ztr.) weist in seinem Schlußwort als Berichterstatter darauf hin, daß den Staat keine Schuld treffe, da das Amtsgericht nichts anderes tun konnte, als den Revisionsbericht einzufordern. Der Ausschußantrag sei durchaus ernsthaft gemeint.

Der kommunistische Antrag wird mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokratie und eines Teiles der Liberalen, Demokraten und Wirtschaftspartei gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten bei 10 Enthaltungen abgelehnt. Der Ausschußantrag wird mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten bei Enthaltung der Nationalsozialisten angenommen.

Der Antrag auf Schaffung eines Untersuchungsausschusses wird mit allen gegen 4 Stimmen angenommen.

Abg. Trinks (Soz.) berichtet über den nationalsozialistischen Antrag auf Aufhebung der gegen die Nationalsozialisten erlassenen Verbotsbestimmungen auf Tragung von Parteiuniformen, Hakenkreuzfahnen und Ersatzuniformstücken. Durch das Verbot sei eine gewisse Beruhigung eingetreten. Der Ausschuß ist für Ablehnung des nationalsozialistischen Antrags.

Abg. Wagner (Natsoz.) begründet den nationalsozialistischen Antrag und wendet sich gegen die allzu starke Ausweitung des Verbotes. Das Verbot sei verfassungswidrig. Die Störer der öffentlichen Ordnung seien wo anders zu suchen als bei den Nationalsozialisten.

Inzwischen ist ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung des Roten Frontkämpferverbots eingelaufen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr. Fortsetzung halb 5 Uhr.

Die Nachmittags-Sitzung

Uniformverbote

In der Nachmittagssitzung, die gegen 5 Uhr begann, wurde die Behandlung des nationalsozialistischen Antrags auf

Aufhebung des Uniformverbotes

gegen die NSDAP vorgenommen.

Zunächst begründet Abg. Dr. Mattes (lib.) einen Antrag auf Verbot aller uniformierten politischen Organisationen. Die Zerrissenheit des deutschen Volkes sei durch die Uniformierung der politischen Verbände gefördert worden. Im Interesse des Staates müsse durch ein radikales Verbot wieder die politische Auseinandersetzung ins Geistige gehoben werden. Redner rechnet mit den Nationalsozialisten ab und bezeichnet das nat. Phrasenheldentum als Wortlschwall jugendlicher Wortführer. Der Angriff der Nationalsozialisten auf die Deutsche Volkspartei könne mit parlamentarischem Ausdruck nicht mehr charakterisiert werden.

Abg. Böning (Komm.) begründet die kommunistische Interpellation wegen des vom Innenminister über Baden verhängten kleinen Belagerungszustandes und zugleich den Antrag auf Aufhebung des Verbotes des Roten Frontkämpferbundes.

In einer Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten bezeichnet Redner die NSDAP als Knüppelgarde des Kapitals. Als Berichterstatter des Ausschusses fordert

Abg. Dr. Wolfhardt (Dem.) die Ablehnung der kommunistischen Anträge.

Die Aussprache eröffnet Abg. Reinbold (Soz.), der die Notwendigkeit des Reichsbanners begründet. Das Reichsbanner sei in einer Zeit entstanden, wo der politische Mord mit dem Zweck des Sturzes der republikanischen Verfassung geherrscht habe. Der Zusammenschluß der republikanischen Kreise sei nötig zur Abwehr antirepublikanischen Terrors geworden. Die NSDA gebe vor, legal zu verfahren, da seien die Kommunisten ehrlicher. Das Ehrenwort Hitlers vor dem Reichsgericht sei ein glatter Meineid. (Zuruf des Abg. Kraft: Hitler aus dem Maul lassen! Erregung in den sozialdemokratischen Reihen.) Redner wirft dem Nationalsozialismus militärische Vorbereitung zum Putsch vor. Die NSDAP pflege das politische Banditentum, was der Ueberfall auf Reichsbannerleute in Mannheim durch vorbestrafte SA-Leute beweise. Die schwankende Haltung der Liberalen, Deutschnationalen und Landbündler hätten den Auftrieb des Nationalsozialismus in Baden gefördert. Auf einen liberalen Vorwurf gegen die „Remmele"broschüre „Novemberverbrecher" weist Redner auf die überspannten Kriegsjahre hin, die Abg. Schmitt-Bretten von der Wirtschaftspartei als Etappenkrieger und Kriegsgerichtsrat aufgestellt habe. Die Sozialdemokratie habe das Rheinland retten helfen, während Hitler 1923 den Kampf nicht gegen die Franzosen, sondern gegen die Marxisten gefordert habe. Frick habe sogar sich auf den Versailler Vertrag gegen das Reichsbanner bezogen. Das Innenministerium habe durch sein Verbot einen Bürgerkrieg in Baden verhindert. Die Sozialdemokratie werde auch mit physischen Mitteln die Durchführung der politischen Meinungsfreiheit erzwischen. (Zustimmung der Sozialdemokratie.) Wenn die verfassungsmäßige Grundlage gewährleistet sei, sei das Reichsbanner gegenstandslos. Die Sozialdemokratie werde von einer Partei mit auswechselbarem Programm nicht beseitigt werden. (Zustimmung bei der Sozialdemokratie.)

Abg. Kühn (Ztr.)

spricht der Regierung das Vertrauen für ihr Vorgehen aus. Die Verbote könnten nur bei vollkommen unveränderter Grundlage aufgehoben werden. Das sei heute noch nicht der Fall. Die Darlegungen der NSDAP könnten niemand überzeugen. Wenn alle Nationalsozialisten so wären wie Abg. Marschall von Biberstein könnte man Verständnis für den nationalsozialistischen Antrag haben. Wagner sei aber schon ganz anders aufgetreten. Die ungeheure Verhetzung der Jugend fodere schon an sich ein Verbot. Die Fassung des nationalsozialistischen Antrages, der der Regierung Vaterlandsverrat vorwerfe, sei unerhört. Das werde von einer Partei gesagt, die Südtirol verraten habe und die jedes Mittel in der Politik für recht erachtet. (Sehr gut!) Diese Partei habe kein Recht auf gleiche Behandlung und Würdigung. Die Regierung habe zu lange zugewartet, die Toleranz der Republik sei zu groß gewesen. Das Volk wolle endlich Ruhe haben. Die von den Nationalsozialisten und Kommunisten herbeigeführten Schlägereien dienten wahrhaftig nicht dem nationalen Ansehen. (Beifall im Zentrum.) Die Polizei habe ein Recht auf Schutz, ebenso der Verkehr. Es sei sogar Eigentum beschädigt worden und das Volk müsse das bezahlen. Die Verbote hätten viel verhütet. Die Grenzen des Anstandes seien überschritten worden. Für den politischen Betrieb seien an sich Uniformen nicht nötig, da ja die anderen Parteien auch keine hätten. Eine größere Duldsamkeit sei ja gerade Selbstmord. Die liberale Partei habe im Ausschuß sogar die Anträge der Nationalsozialisten aus Konkurrenzfurcht unterstützt. Dafür hätten sie jetzt von den Nationalsozialisten wenig geerntet. Jahrelang hätten Liberale bei vaterländischen Verbänden in Nationalismus gemacht und würden jetzt von der Welle selbst verschlungen. Nicht Remmele sei schuld am Anwachsen des Nationalsozialismus, sondern die Verhältnisse und eine ungeheuerliche Demagogie. Das Zentrum habe sich wegen seiner scharfen Kampfstellung gut gehalten. Die Kommunisten könnten sich in Baden nicht beschweren. Die vernünftige Arbeiterschaft lehne die Putschpolitik ab. Das Absprechen der nationalen Gesinnung sei eine üble Sache. Die Regierung könne nicht der Einseitigkeit beschuldigt werden. Das Verschwinden aller Uniformen von der Straße wäre ein Segen. Das alte Wort „Unfriede verzehrt, Eintracht nährt" gelte heute doppelt. Das Zentrum billige die Haltung der Regierung. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Schmitthenner (Deutschnat.) wendet sich in scharfer Form gegen die Ausführungen Reinbolds und erklärt seine Zustimmung zu dem nationalsozialistischen Antrag, da er das Verbot als schikanös empfinde. Der Antrag Mattes müsse abgelehnt werden.

Abg. Schmitt-Bretten (Wirtschaftspartei) versucht seine Kriegszielpolitik zu rechtfertigen und bezeichnet das Vorgehen der Regierung als einseitig.

Abg. Bock (Komm.) polemisiert gegen die Nationalsozialisten und kritisiert gegen die Polizei in Singen und Freiburg.

Abg. Dr. Person (Ztr.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Böning, der aus den Vorgängen in Singen eine Einheitsfront zwischen Nationalsozialisten und Zentrum und einen Vorwurf gegen den Abg. Dr. Kaufmann konstatieren wollte. Das sei eine Chimäre. Der Bürgermeister Dr. Kaufmann habe in seinem Eingreifen in Singen nichts anderes erstrebt, als die Sicherheit der Bürgerschaft. Wenn die Polizei, gereizt durch das Verhalten der Singener Kommunisten einmal Ordnung geschaffen habe, so sei das durchaus in Ordnung. (Erregte Zwischenrufe des Abg. Klausmann, der sich 2 Ordnungsrufe zuzieht.) Der Führer der Singener Kommunisten sei zuerst durch das Fenster entflohen und die übrigen Kommunisten seien auf ihn gefallen, ein anderer habe sich unter das Sofa geflüchtet. (Klausmann wird von der Sitzung ausgeschlossen.)

Abg. Teutsch (Ev. Volksd.) meint, daß man mit Gummiknüppel die nationale Bewegung nicht aufhalten könne. Seine Fraktion stimme für den nationalsozialistischen Antrag.

Abg. Dr. Wolfardt (Dem.) hätte von einem evangelischen Pfarrer gerne „Gottes Gebot" verkündet gehört, daß man untertan sein solle der Obrigkeit gegenüber, daß es eine christliche Liebe gäbe. Der Staat habe ein Recht auf Notwehr, das Reich habe ein

Die Debatte um das Uniformverbot

Der Radikalismus aufs Haupt geschlagen

Karlsruhe, 18. Dezember 1930.

Das gestern bei der Filmdebatte herrschende Hoch war nur allzuschnell in ein parlamentarisches Tief umgeschlagen. Und das kam so. In einem kleinen badischen Ort waren in der Genossenschaft Unterschleife vorgekommen, die den Bankerott dieser Genossenschaft herbeiführten. Durch die gesetzlich festgelegte Solidarhaft der Genossenschaftsmitglieder waren nun eine ganze Reihe von Landwirten in schwere wirtschaftliche Bedrängnis geraten. Diesen Anlaß benützten die Kommunisten zu einer geradezu unglaublichen Hetze gegen das ganze badische Genossenschaftswesen und gegen die badischen bäuerlichen Berufsorganisationen. Das Ziel des kommunistischen Antrags Hilfe für die bedrängten und notleidenden Landwirte zu schaffen, trat vollkommen vor der politischen Absicht, aus der Not der Volksgenossen agitatorisches Kapital zu schlagen, in den Hintergrund. Das ging auch ganz deutlich daraus hervor, daß die Kommunisten einen vom ganzen Haus angenommenen Antrag auf Einsetzung eines Prüfungsausschusses zur Untersuchung des Geschäftsgebarens der früheren Bauernbank deshalb ablehnten, weil sie die vertrauliche Behandlung der Ergebnisse der Untersuchung nicht haben wollten. Damit war wieder einmal bewiesen, daß es den Kommunisten keineswegs darauf ankommt, ehrliche Sanierungsarbeit zu leisten, sondern nur neuen Stoff zur politischen Verhetzung zu suchen.

Der zweite Akt wurde von den Nationalsozialisten bestritten, die sich durch das vom badischen Ministerium des Innern erlassene Uniformverbot in ihren verfassungsmäßigen Rechten stark beeinträchtigt fühlen. Bei der Begründung durch den Abg. Wagner hagelte es nur so von Zwischenrufen, die durch den nationalsozialistischen Sprecher und seine aufreizende Betonung im wesentlichen provoziert worden waren. Die Nationalsozialisten sind nach der Auffassung ihres Gauleiters geradezu die weißen Lämmer, voll Sanftmut und voll Unschuld und halten sich ganz streng an die Verfassung. Ja, der nationalsozialistische Redner verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß sie die besten Hüter der deutschen Verfassung seien. Die Quittung für diesen gelungenen Ausspruch war schallende Heiterkeit im ganzen Hause, denn kein Mensch kann nach all den politischen Vorgängen dieser Fuchspredigt irgend einen Glauben beimessen. Ueber alles Erwarten schlecht wurde die liberale Volkspartei behandelt, die einen Antrag auf Verbot aller uniformierten Verbände eingebracht hatte. Wagner sprach ihr sogar die nationale Ehre ab. Das war doch wirklich nicht schön, nachdem sich die Liberalen im Reich und in Thüringen um die Hereinnahme der Nationalsozialisten in die Verantwortung so stark bemüht hatten. Das war ein ausgesprochener Eselstritt für den liberalen Abg. Bauer, der sich um die Hochzüchtung des Nationalismus in Baden die größtmöglichsten Verdienste erworben hatte und der auch noch die Unterschrift der Nationalsozialisten für seinen Antrag zu gewinnen versuchte. Der Abg. Kühn hatte in seiner äußerst eindrucksvollen Rede, in der er ebenso gründlich wie sachlich unter der größten Aufmerksamkeit des Hauses wie der Nationalsozialisten selbst, mit dem Rechtsradikalismus abrechnete, recht, wenn er vom Dank des Hauses Oesterreich sprach. Der liberale Fraktionschef reagierte in seiner Antragsbegründung sehr sauer auf die nationalsozialistische Beschimpfung als vaterlandsloser Geselle. Damit wird wohl im Lande Baden das Tafeltuch zwischen Liberalismus und Nationalsozialismus zerschnitten sein. Ob aber die Liberalen dem klugen Rate des Zentrumsredners Kühn nach einer scharfen Kampfstellung Folge leisten, steht wieder auf einem anderen Blatt.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Reinbold sprach in seiner wirkungsvollen Rede dem badischen Minister den Dank für das Verbot aus, da dadurch Baden vor einem Bürgerkrieg bewahrt worden sei. Die Haltung der Nationalsozialisten unter der Wucht der gegen sie vorgebrachten Anklagen wurde immer zaghafter, die Zwischenrufe schwächer und selbst die Hilfestellung durch den deutschnationalen Abgeordneten Dr. Schmitthenner und den Wirtschaftsparteiler Schmitt, der ja eigentlich auch Nationalsozialist im Grunde seines Herzens ist, war verlorene Liebesmühe.

Während der Zentrumsabg. Dr. Person den Kommunisten eine gut gemeinte Abfuhr zuteil werden ließ, sagten der Abg. Dr. Wolfhardt und Abg. Maier (Soz.) den Nationalsozialisten noch allerlei Wahrheiten und Liebenswürdigkeiten.

Dann sprach Staatspräsident Wittemann als der Minister, der für die Verbote zuständig ist. In tiefstem Pflichtgefühl als für die Ruhe im Lande Baden Verantwortlicher, zeigte der Minister dem gespannt lauschenden Hause die Gründe für seine Verbote auf, um dann nachher in geradezu dramatischer Form mit der gesamten rechts- und linksradikalen Bewegung abzurechnen. Das ganze Haus brach, als er von der Hohlheit und Leerheit der nationalsozialistischen Phrasen sprach, in Beifallsstürme aus. Der Nationalsozialist Wagner, der mit seiner Fraktion eine schwere Schlacht grenzenlos verloren hatte, verschaffte sich durch Beleidigungen der Reichsverfassung einen unrühmlichen Abgang. Das badische Volk kann sicher sein, daß so lange Minister Wittemann auf seinem Posten steht, unerschrocken und ohne Furcht die bürgerliche Ordnung aufrecht erhalten bleibt. Dieses Ergebnis der vielstündigen Debatte ist neben der schmählichen Niederlage des Nationalsozialismus, der auf der ganzen Front aufs Haupt geschlagen wurde, die tröstliche Gewißheit für die Zukunft.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Existenzrecht. Das feldgraue Ehrenkleid sei zu schade, um in den Straßenkampf gezogen zu werden. (Erregte Auseinandersetzungen zwischen Abg. Bauer und Redner.) Wer zu dem früheren Verräter Italien in Bittgängen gehe, sei sicherlich nicht national. (Lebhafte Unruhe bei den Nationalsozialisten, Zustimmung im ganzen Haus.)

Abg. Maier (Soz.) weist auf den Heldentod des gefallenen Abg. Dr. Frank hin im Gegensatz zu den Heldentaten des Abg. Schmitt, gegen das Auftreten des Abg. Teutsch müsse protestiert werden. Der Sieg des Nationalsozialismus sei Untergang des Reiches.

Staatspräsident Wittemann erklärt, daß der aus den Ausführungen der Nationalsozialisten und Kommunisten herausgeklungene Geist die Aufhebung der Verbote nicht zulasse, da dadurch die öffentliche Ruhe und Sicherheit gestört werde. In Baden habe man lange zugewartet, aber jedesmal habe es beim Auftreten uniformierter Nationalsozialisten Unruhen gegeben. Es sei nur ein Mittel geblieben, die Quelle dieser Unruhen zu verstopfen und das sei das Uniformverbot. Seit Erlaß dieses Verbotes hätten die Zusammenstöße abgenommen. Es sei auch die Rechtslage wegen eines allgemeinen Uniformverbotes geprüft worden, es sei aber kein Anlaß vorgelegen, da die anderen Verbände sich im allgemeinen ruhig verhalten hätten. Die Führer des Reichsbanners und des Stahlhelms hätten versprochen, ihre Leute zurückzuhalten, dieses Versprechen sei gehalten worden, deshalb kein Grund für eine Ausdehnung des gegen die Nationalsozialisten und Kommunisten erlassenen Verbots nicht gegeben sei. Je eher eine Aufhebung erfolgen könne, desto besser sei es. Aber heute sei die Garantie noch nicht gegeben. Andere Staaten hätten ebenfalls Verbote erlassen. Ein Verbot gegen Ersatzuniformen und andere kindische Spielereien sei im Interesse der Staatsautorität notwendig gewesen, da ein Minister, der mit sich spielen lasse, jetzt nicht am Platze sei. Der Innenminister lasse sich durch die nationalsozialistischen Versprechungen nicht betören. Mit dem Herunterreißen, dem Schimpfen und der Demagogie könnten eine Zeit lang Leute gewonnen werden, wenn aber die Vernunft einkehre, so würde auch das Volk die Hohlheit und Leerheit der nationalsozialistischen Phrasen erkennen. (Lebhafte Zustimmung des ganzen Hauses. Erregung bei den Nationalsozialisten!) Die sechs Millionen Wähler würden sich wieder verlaufen, denn die nationalsozialistische Bewegung gleiche einem Thermometer, das je nach Hitze und Kälte, steige oder falle. (Stürmische Zustimmung.) Das deutsche Volk sei zu vernünftig, als daß es auf ein Programm, das gar kein Programm sei, hereinfalle. Drohungen mit Aufhängen und Köpferollenlassen, wie sie dem Minister gegenüber ausgestoßen worden seien, könnten einen Mann von der Erfüllung seiner Pflicht nicht abhalten. Heute gelte die Parole: Weg von der Straße. (Lebhafte Zustimmung.) Das Verbot der öffentlichen Umzüge habe genützt. Es werde versucht, dieses Verbot zu umgehen. So habe der Kommunist Böning gestern eine Demonstration durch die reichsgesetzlich geschützte Bannmeile des Landtags führen wollen. Es wäre besser, man würde die Leute auf das ungesetzliche dieses Vorgehens aufmerksam machen. Lieber wolle er auf den Ministerposten verzichten, als ein Verbot aufheben, das im Interesse von Staat und Ordnung jetzt noch geboten sei. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.)

Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.) erklärt namens der Zentrumsfraktion die Zustimmung zum Ausschußantrag, die Ablehnung der kommunistischen und nationalsozialistischen Anträge und die Annahme des liberalen Antrags, der ein allgemeines Uniformverbot will, da damit ein Ziel für die zukünftige Haltung der Regierung aufgesteckt sei. An der Regierung sei es aber, den Zeitpunkt für ein solches Vorgehen auszuwählen.

Abg. Wagner (Natsoz.) wird bei seinem Schlußwort wegen gröblicher Beleidigung der Reichsverfassung unter großen Tumultszenen aus dem Hause gewiesen.

Der nationalsozialistische und kommunistische Antrag wurde bei der hierauf folgenden Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, während der Antrag des Rechtspflegeausschusses Annahme fand.

Der Antrag des Abg. Mattes wurde mit Mehrheit gegen acht Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten bei 19 Enthaltungen angenommen.

Schluß der Sitzung gegen halb 10 Uhr. Nächste Sitzung morgen vormittag 9 Uhr.

Badische Chronik

Unangebrachter Protest der Mannheimer Hausbesitzer

Mannheim, 18. Dez. Läßt man von der Friedrichsbrücke aus den Blick über den Neckar schweifen, so sieht man, daß an seinem Ufer ein Monumentalgebäude im Entstehen begriffen ist, das neben den bisherigen repräsentativen Gebäuden (dem neuen katholischen Theresienkrankenhaus usw.) geeignet ist, der Neckarfront Mannheims ein ganz neues Gesicht zu geben: das neue große Verwaltungsgebäude der allgemeinen Ortskrankenkasse, an dem zurzeit die Betonarbeiten ausgeführt werden. Es scheint das Schicksal aller großen Bauten Mannheims zu sein, daß sie von dem ersten Entwurf der Architekten bis zur letzten Vollendung dem heftigsten Widerspruch eines nicht unbeträchtlichen Teiles der Bevölkerung begegnen. Nicht besser als dem Bau der allgemeinen Ortskrankenkasse geht es nämlich dem Neubau des Arbeitsamtes, das seinen Platz in den M-Quadraten, und zwar an der Stelle finden soll, an der die alte Dragonerkaserne stand die etwa zur Hälfte dem Neubau weichen mußte. Die Besitzer der benachbarten Häuser sind es in erster Linie, die heftig protestieren, weil sie durch die starke Inanspruchnahme des Arbeitsamtes und den dadurch bedingten stärkeren Verkehr eine Flucht ihrer Mieter befürchten. (!) Sie geben an, daß einige von ihnen bereits gekündigt hätten. Die Arbeitslosen werden sich ihr eigenes Verslein darauf machen! Man wird nicht verlangen können, daß die durch ihr Geschick ohnehin hart Betroffenen etwa wie Aussätzige außerhalb der Stadt ihre geringe Unterstützung abholen müssen! P. P.

Bruchsal, 17. Dez. (Aus der Sanitätskolonne.) Die Sanitätskolonnen von Bruchsal und Forst wurden am gestrigen Sonntag mit einem plötzlichen Besuche seitens der Kreisleitung VIII der Freiwilligen Sanitätskolonnen überrascht, um eine unverhoffte Besichtigung beider Kolonnen durch den Kreiskolonnenführer Herrn Dahlinger-Karlsruhe und des Kreiskolonnenarztes Herrn Dr. Ribstein-Durlach vorzunehmen. Die Besichtigung galt in der Hauptsache mehr den Lehr- und Ausrüstungsgegenstände und Beförderungsmittel sowie den Unterkunftsräumen. Herr Kreiskolonnenführer Dahlinger sprach beiden Kolonnen in anerkennenden Worten den Dank für ihre Tätigkeit im Dienste der Nächstenliebe aus. Ganz besonders dankte er den Herren Kolonnenärzten Dr. Schmich-Bruchsal und Dr. Kleiser-Forst für die praktische Ausbildung der Sanitätsmannschaften im Kolonnenwesen, ebenso aber auch den Herren Kolonnenführern Hch. Zimmermann-Bruchsal sowie Jos. Wagner-Forst für ihre vortreffliche Führung. — Eine ganz besondere Ueberraschung ist den beiden langjährigen Vorsitzenden der Kolonnen von Bruchsal und Forst zuteil geworden, indem dem Vorsitzenden der Bruchsaler Kolonne Herrn Großkaufmann Jakob Oppenheimer das goldene Ehrenkreuz des Badischen Roten Kreuzes und dem seit 30 Jahren amtierenden Vorsitzenden und Gründers der Kolonne Forst Herrn Stereotypeur Karl J. Bacher das Verdienstkreuz 2 Klasse des Deutschen Roten Kreuz als höchste Auszeichnung verliehen und von Herrn Kreiskolonnenführer Dahlinger mit entsprechender Ansprache denselben überreicht wurde. Möge es den beiden Dekorierten noch viele Jahre vergönnt sein, im Dienste der Nächstenliebe zum Segen der Allgemeinheit zu wirken.

Bruchsal, 18. Dez. (Finanzkalamitäten überall.) Auch hier haben die großen Fürsorgelasten in Verbindung mit Mindereinnahmen einen Fehlbetrag im städtischen Budget verursacht. Es mußte daher ein Nachtragsvoranschlag aufgestellt werden, der nur durch Inanspruchnahme neuer Steuermittel ausgeglichen werden kann. Der Stadtrat hat aber die Erhöhung der Steuergrundbeträge vom Grund- und Betriebsvermögen abgelehnt und damit auch eine entsprechende Vorlage an den Bürgerausschuß. Die Folge davon ist, daß jetzt die Staatsaufsichtsbehörde eingreifen muß.

Ende der Wohnungsnot.

Schriesheim (bei Heidelberg), 18. Dez. Hier stehen 18 Wohnungen, darunter moderne 1—4-Zimmerwohnungen in schönster Lage, leer. Für die Hauseigentümer eine sehr mißliche Sache.

Sindolsheim (A. Adelsheim), 18. Dez. (Gute Jagdergebnisse.) Im Laufe des letzten Jagdjahres wurden im hiesigen Jagdgebiet geschossen: 34 Rehe, ungefähr 850 Hasen und 6 Füchse. Trotz des schönen Ergebnisses dürften die Pächter infolge des geringen Preises für Wild kaum auf ihre Rechnung kommen.

Schweigern (Taubergrund), 18. Dez. (Brand einer Feldscheuer.) In der etwa 150 Metern vom Ort entfernten Feldscheuer des Milchhändlers August Kaufmann brach nachmittags gegen 2 Uhr Feuer aus, dem die Gebäulichkeit, sämtliche Vorräte und die Maschinen zum Opfer fielen. Man vermutet Brandstiftung durch Wanderburschen.

Lokomotivrauch verursacht ein Autounglück

Freistett bei Kehl, 18. Dez. Ein Freistetter Auto, das an dem die ganze Straße mit Rauch vernebelnden Lokalbahnzug vorbeifahren wollte, konnte ein entgegengesetzt herkommendes Auto von Baden nicht sehen und fuhr mit diesem in voller Fahrt zusammen. Dem Badener Auto war ebenfalls die Sicht durch den starken Rauch der Lokalbahn genommen. Beide Autos wurden so schwer demoliert, daß sie abgeschleppt werden mußten. Personen kamen wunderbarerweise nicht zu größerem Schaden.

Mosbach, 18. Dez. (Vermißt.) Die 20jährige Tochter Julchen der Eheleute Friedrich Affel ist seit acht Tagen spurlos verschwunden.

Hainstadt (A. Buchen), 18. Dez. (Schlechte Geschäfte in allen Branchen.) Unter den Fuhrleuten herrscht gegenwärtig eine starke Konkurrenz, was zur Folge hat, daß die Preise sowohl für die Beförderung des Straßenschotters als auch des Holzes erheblich gedrückt werden. So erbringt das Holzabfahren vom Walde für ein Gespann mit zwei schweren Pferden pro Fuhrmann und Wagen eine Bruttoeinnahme von vier bis fünf Mark. Bei der Versteigerung des Straßenschotters stellte sich das niedrigste Angebot auf 38 Pfg. für die Tonne, d. h., daß für die Aufladung eines Zentners Schotter, einen Kilometer Transport und das Wiederabladen 1,9 Pfg. (!) bezahlt werden.

Muggensturm, 18. Dez. (Aus der Gemeinde.) Zur Gehaltssenkung der Bürgermeister hat der hiesige Bürgermeister, Herr Dipl.-Kaufmann Werner, schon lange vor Erlassung der Reichsnotverordnung die Erklärung abgegeben, daß er selbst ohne gesetzliche Verpflichtung die für Beamte und Angestellte als maßgebend erklärte Gehaltssenkung als auch für ihn maßgebend anerkenne.

Villingen, 18. Dez. (Dank von Danzig.) Auf den anläßlich des Reichsstafettenrittes durch die Stadt Villingen an die Stadt Danzig entbotenen Gruß ist folgendes Telegramm eingegangen: „Für die durch deutsche Reiter uns übermittelten Grüße herzlich dankend, entbieten wir über alle deutschen Gaue hin der Stadt Villingen deutsche Grüße. Senat der freien Stadt Danzig".

Vom kleinen Grenzverkehr und Grenzschmuggel

Veranlaßt durch die immer größer werdende Arbeitslosigkeit und Notlage großer Schichten der Bevölkerung nimmt der Einkauf von Lebensmitteln an der Schweizergrenze im kleinen Grenzverkehr immer größere Dimensionen an. Bestimmte Mengen Zucker, Mehl, Weißbrot, Tabak usw. können zollfrei eingeführt werden. In der Schweiz kostet z. B. Zucker 18 Pfg. per Pfund. In Deutschland 38—40 Pfg. In Deutschland wird ein landwirtschaftlicher Schutzzoll von 16,5 Pfg. und eine Zuckersteuer von 5,5 Pfg. per Pfund erhoben, zusammen 22 Pfg. Außerdem blüht der Schmuggel.

Augustinusfeier in Baden-Baden.

Baden-Baden, 16. Dez. Die immer wieder aufgeschobene Augustinusfeier fand Sonntag abend in der Stadthalle statt. Die Feier war wohl gut besucht; hätte aber für eine katholische Stadt besser sein dürfen. Die wirtschaftliche Notlage spiegelt sich auch bei solchen Anlässen wieder; sodann waren nachmittags verschiedene katholische Vereinsveranstaltungen. Und auch das sei zur Aufklärung hier gesagt, die katholische Bürgerschaft Badens fehlt, wenn es sich um Catholica handelt. Die Festrede des hochw. Herrn Professors Dr. Maichle war in jeder Hinsicht eine Glanzleistung. Man weiß wirklich nicht, was man an seiner Festrede mehr bewundern soll: die Eleganz der Sprache oder das gründliche Wissen oder seine Einstellung zur Gegenwart. Man muß diesen Vortrag erlebt haben! Herr Prof. Maichle zeichnete den großen Kirchenlehrer in seiner inneren Entwicklung als suchenden, sich findenden und schenkenden Augustinus. Nur ein Passus aus dem 3. Teil der Rede sei hier angeführt, in dem der Redner darlegte, was Augustinus dem modernen Menschen zu sagen habe. „Man hat Augustinus den ersten modernen Menschen genannt", so führte er aus, „den Menschen, der, mit dem Fluche ewiger Unruhe geschlagen, wie eine Faustnatur mit dem Dämon in der Brust alle Provinzen des Seins durchirrt und durchkostet hat und schließlich doch nichts rettet als schmerzliche Erinnerungen und ein gebrochenes Herz. Aber gerade das leere Nichts, bei dem sein Lebenswrack landet und strandet, weckt in ihm die Leidenschaft der Wahrheit, um den erlösenden Pol zu finden inmitten aller Trümmer und aller Seelennot. Und der irrende Mensch, der grübelnde Philosoph und der betende Mystiker findet endlich seiner Seele Frieden, nachdem er seine ganze Persönlichkeit Gott verhaftet hatte. Auch der Mensch unserer Zeit hat augustinische Züge. Er ist in seinem Innern entwurzelt. Seelenlos irrt er in den verschiedensten Sackgassen des Lebens. Die feinsten Dominanten des Herzens sind verstummt. Von der nichtssagenden Einzelheit aufgesaugt, verliert er den Ueberblick über das Ganze, hastet von Gang zu Gang, von Geschäft zu Geschäft — aber für die großen Fragen des letzten Haltes hat er keine Zeit, aus Furcht, die nächste Trambahn möchte davonfahren, und abends legt er sich verdrossen in seine verfluchte Matratzengruft." Frenetischer Beifall wurde dem Redner für seine meisterhaften Ausführungen gespendet. Herr Kuno Brombacher, Bibliothekar der Stadt, erfreute die Anwesenden mit einigen Rezitationen und seinem Augustinusdrama, die sich wunderbar einfügten in die Festrede des Herrn Prof. Maichle. Den beiden Herren sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt. Rühmend sei auch des Kirchenchors der Stiftskirche und des Herrn Musikdirektors Schäfer gedacht, die mit dem Tu es Petrus, mit der Hymne über den 8. Psalm und Haydns „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre" gesangliche Glanzleistungen boten! Spectator.

Differenzen zwischen Berufs- und Sportfischern

Konstanz, 17. Dez. Zwischen den Berufs- und Sportfischern am Bodensee (beide Ufer)) bestehen schon lange schwerwiegende Differenzen, da sich die Berufsfischer durch die starke Zunahme der Sportfischer (besonders seit der Einführung des Achtstundentages) in ihrem Berufe gefährdet sehen. Sie versuchen es darum, entgegen den Bestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1852 über die Fischereirechte am Bodensee durchzusetzen, daß den Anglern die Ausübung des Sportes auf hoher See, sowie an Sonn- und Festtagen untersagt werde. Da hierfür vorderhand noch keine gesetzlichen Grundlagen vorhanden, wohl aber bereits Bestrafungen schweizerischer wie deutscher Sportfischer vorgekommen sind, haben diese in einer sehr gut besuchten Protestversammlung in Konstanz kürzlich in Anwesenheit von Regierungsvertretern ihren Standpunkt in einer Entschließung niedergelegt, in der sie folgende Forderungen aufstellten: Aufhebung des Verbotes der Ausübung der Fischerei an Sonn- und Feiertagen für Angler, Gewährung von Sitz und Stimme in der Fischereikommission entsprechend der Bedeutung der Angelfischerei, Wealassung der kleinlichen Beschränkung der Anwendung bestimmter Fischereiköder bzw. Zulassung aller als sport- und fischgerecht anerkannten Fischköder, Festlegung von Schongebieten während der Laichzeit u. a."

Hochkonjunktur an Hochstaplern

Basel, 18. Dez. Es wurde kürzlich gemeldet, daß es gelang, eine junge Hochstaplerin namens Susanne Wimmer, die in Männerkleidern auf internationalem Gebiet und auch in Basel ihr Unwesen trieb, in Stuttgart zu verhaften. Nun ist auch aus Wilhelmshaven die Meldung eingetroffen, daß die dortige Polizei eine junge Hochstaplerin verhaftete, die eine Aehnlichkeit mit der Susanne Wimmer hat. Es handelt sich um eine 18jährige Solothurnerin namens Martha Borner, die zahlreicher Hochstapeleien verdächtigt wird und die ebenfalls in Männerkleidern ihr Unwesen trieb. Die Untersuchung wird nun festzustellen haben, welches von beiden Mädchen die Hochstapeleien in Basel und auch im Kandertal begangen hat.

Gewerkschaftliches

Jahreshauptversammlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes.

Am Dienstag, den 16. Dezember, fand bei überfülltem Saale die Jahreshauptversammlung des DHV., Ortsgruppe Karlsruhe, statt. Der 1. Vertrauensmann, Richard Kußmaul, eröffnete dieselbe und gab einen Rückblick über die Arbeit des Jahres. Hierauf gab der Geschäftsführer Merkel den Jahresbericht:

Die Ortsgruppe hat im vergangenen Jahre viel veranstaltet und geboten, doch hat die rege Beteiligung und Mitarbeit der Mitglieder die Mühe und Kosten reichlich gelohnt. Die Bildungsveranstaltungen, vor allem die Lehrgänge, haben trotz der größeren Schwierigkeiten gegenüber den Vorjahren vermehrten Zuspruch bis zu 50 Prozent. So ist die Beteiligung an den Halbjahreskursen von 170 im Jahre 1929 auf 250 1930 gestiegen, im Vorjahre 8 Lehrgänge, dieses Jahr 13. Das gleiche Bild zeigen die Reihenvorträge und Wochenendveranstaltungen, vor allem die Arbeitsgemeinschaften für Bilanz und Steuerrecht und für Bilanzbuchhalter. Auch das gesellige Leben der Ortsgruppe war im Berichtsjahr außerordentlich rege, das neue Ortsgruppenheim, Karlstraße 4, war in manchen Wochen tagtäglich in allen Sälen besetzt. Trotz der umfangreichen Tätigkeit sind die Finanzen der Gruppe in bester Ordnung. Diese Arbeit wäre nicht möglich gewesen, ohne die aufopferungsvolle Mitarbeit der Vorstandsmitglieder. Jugendführer Dexenter erstattete dann den Bericht für die Jugendgruppe. Auch hier sind erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Die Beteiligung an den Heimabenden und Wanderungen, aber auch an den berufsbildenden Veranstaltungen ist von Seiten der Lehrlinge überaus rege.

Der Ortsgruppenrechner, Herr Zendler, erstattete hierauf den Kassenbericht, der von den Rechnungsprüfern für richtig befunden wurde. Vor allem hoben diese die vorbildliche Führung der Finanzangelegenheiten hervor.

Die Neuwahl, bei der nur die satzungsgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder ersetzt werden mußten, ging schnell vonstatten, wie sich auch die Abwicklung der übrigen Punkte in vorbildlicher Sachlichkeit vollzog.

Herr Gauvorsteher Menth, Mannheim, der als Vertreter der Verwaltung des Verbandes anwesend war, sprach zum Schluß anerkennende Worte über den glänzenden Verlauf der Versammlung, die ihm ein Zeugnis für die Arbeit des ganzen Jahres sei. Er sprach dann über die allgemeine Lage, zeigte die Ursachen der Krise und forderte in begeisternden Worten zum Zusammenhalten auf. Es wird nicht besser werden, wenn wir alle den Kopf hängen lassen und immer nur von schlechten Zeiten reden. Der feste Wille aller, Besserung zu schaffen, wird eine bessere Zukunft bringen.

Spiel und Sport

Sportfreunde Forchheim — F.V. Oetigheim 2:2 (2:0), Ecken 8:1.

In Forchheim erlebte man am Sonntag eine große Enttäuschung. Nachdem sich eine große Anzahl Zuschauer auf dem Sportfreundeplatz eingefunden hatten war ein Schiedsrichter Schneider von Germania-Forst zur Stelle, der einfach nicht in der Lage war, dieses Spiel zu leiten. Bei einer andern Leitung wäre zweifellos ein einwandfreier Sieg für Forchheim zustande gekommen. Spielverlauf: In der 14. Minute kommt Forchheim zur Führung, aus einem Elfmeter konnte der Mittelstürmer den Ball präzis neben die Latte einschießen. Der Schiedsrichter fängt nun allmählich an ganz parteiisch zu spielen, indem er Forchheim ganz benachteiligt. Er brachte die Spieler und Zuschauer ganz in Aufregung. Er stellte sogar den Forchheimer Rechtsaußen ohne vorher zu warnen ganz ungerecht vom Platze. Halbzeit 2:0. Nach Halbzeit vergibt auch Oetigheim eine schöne Chance. Der Halbrechte konnte sodann in der 13. Minute das erste Tor für seine Farben buchen. Forchheim hätte trotzdem noch einen Sieg davontragen müssen, aber gegen Schluß, wo Forchheim ständig drängte, rückte sogar die Verteidigung bis über die Mitte auf und hatte die Gästeausreißer nicht bewacht, in einem günstigen Moment benützten die Gäste sodann die Gelegenheit zu einem Durchbruch, der ihnen auch glückte, frei vor das Tor zu kommen und acht Minuten vor Schluß den Ausgleich zu erzielen. Weitere Resultate: Forchheim 2. Jugend — Oetigheim 2. Jugend 1:0; Forchheim 1. Jugend spielte in Karlsruhe-Phönix 1. Jugend 2:2. A. K.

Praktisch denken — Kaffee Mag schenken
Die schöne Festtagsdose nach Altsilberart geprägt, Inhalt 1/4 Kilo, RM 2.50
Die neue Vakuumdose luftleer, daher stets frisch, Inhalt 1/5 Kilo, RM 1.90

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der gelbe Diwan

Von V. Williams

19)

Gehorsam folgte Jim Cranmore seinem Bruder, wie ein Blinder, der seinen Weg ohne Hilfe nicht mehr finden kann. Als Dolores an Quayre vorüberkam, griff sie impulsiv mit ihren beiden kleinen Händen nach seiner großen, braunen Hand und drückte sie. Vertrauen, Ermutigung und Liebe lagen in dieser einfachen Gebärde. Kein Wort wurde zwischen ihnen gewechselt. Dann schloß sich die Türe hinter Dolores, und die Männer waren allein.

„Mein Gott!" stöhnte Quayre, und fiel, die Hände vors Gesicht schlagend, auf einen Stuhl.

Mit einer Handbewegung entließ Manderton die beiden Polizisten.

Boulot trat zum Pult und flüsterte mit seinem Kollegen.

„Erinnern Sie sich an das, was ich Ihnen sagte. Geben Sie ihm jetzt meine Frage und Sie werden sehen, daß er spricht. Lesen Sie sie zuerst selber, wenn Sie wollen. Aber geben Sie sie ihm jetzt. Es ist der psychologische Moment!"

Manderton zog widerwillig aus seiner Brusttasche den Umschlag, den er von Boulot am Morgen erhalten hatte. Er brach das Siegel auf und überlas flüchtig, was auf dem halben Bogen geschrieben stand. Seine Lippen zogen sich geringschätzig zusammen. Ein paar Sekunden lang schob er das Blatt zwischen den Fingern hin und her, während er Boulot mißtrauisch betrachtete. Dann ging er um das Pult herum, legte Quayre eine Hand auf die Schulter und hielt ihm das Blatt hin.

Der junge Mann hob den Kopf und nahm es wie betäubt aus den Händen des Inspektors entgegen. Er schien seine Gedanken nur mit Schwierigkeit sammeln zu können, denn er starrte eine volle Minute auf die Schrift, ehe er ihren Sinn verstanden hatte.

Dann trat der Ausdruck eines ungekünstelten Erstaunens in seine Augen. Schweigend blickte er von Manderton zu Boulot.

„Sie haben das — die ganze Zeit gewußt?" fragte er.

„Kümmern Sie sich nicht um das, was wir wissen, Mr. Quayre!" fiel Manderton lebhaft ein. „Wir möchten hören, was Sie wissen!"

Quayre stand auf und ging ans Fenster.

„Wenn ich nur wüßte, was ich tun soll!" sagte er nachdenklich. „Sofort, als Sie mir von dem Mord sprachen, wußte ich, daß ich Ihnen über mein Tun gestern keine Rechenschaft ablegen könnte, ohne den guten Ruf von Miß Driscol zu gefährden, obwohl ihr Besuch in meinem Atelier, weiß Gott, völlig harmlos war. Wir haben uns bisher immer auswärts getroffen, seit die Cranmores mir das Haus verboten hatten, und gestern war es zum erstenmal, daß Dolores — Miß Driscol allein zu mir kam. Ich habe sie dazu überredet. Sie wollte zuerst nicht aus Angst, daß ihre Leute davon hören könnten. Ich malte sie nach der Photographie, die Sie ja gesehen haben und hätte sie so gern ein einziges Mal nach dem Leben . . ."

Seine Nervosität schien offenbar zuzunehmen, und er brach ab.

Manderton räusperte sich.

„Ich möchte bemerken, Mr. Quayre", sagte er, „daß Sie uns bisher nichts Wesentliches mitgeteilt haben, das wir nicht schon ohnehin wußten. Nun passen Sie auf! Wie kam Mrs. Cranmore in Ihr Atelier?"

„Ich habe nicht die leiseste Ahnung."

„Kam sie auf Ihre Einladung hin?"

„Aber nein!"

„Um ihre Schwester dort zu treffen?"

„Das glaube ich nicht. Sie konnte unmöglich wissen, daß Dolores — Miß Driscol zu mir kommen wollte . . ."

Seine Unwilligkeit zu reden trat auffällig zutage. Sie reizte den Engländer.

„Hören Sie, Mr. Quayre", sagte er, „ich denke nicht daran, die Wahrheit stückchenweise Ihnen aus der Nase zu ziehen. Sie werden mir jetzt einen klaren und zusammenhängenden Bericht über alles geben, was sich in Ihrem Atelier gestern nachmittag ereignet hat. Miß Driscol hat sich alle Mühe gegeben, Sie zu decken, aber ich habe dies Lügengebäude sehr schnell eingerissen. Also bitte — ich warte . . ."

Julians Gesicht wurde von einer heftigen Röte übergossen.

„Ich bin gern bereit, zu sprechen", antwortete er, „besonders, da Ihre Frage hier auf dem Blatt mir ja zeigt, daß Ihnen eine wesentliche Tatsache schon bekannt ist. Aber was gestern in meinem Atelier vorfiel, war so merkwürdig . . . so unerhört, daß ich von Ihnen kaum Glauben erwarten kann. So lange Cranmore hier war, konnte ich nicht darüber reden — ich hatte nicht den Mut. Denn was ich jetzt sagen will, wird ihm sicher das Herz brechen, wenn es nicht schon gebrochen ist.

„Sie wissen, daß Miß Driscol und ich ins Schlafzimmer gingen, um den Tee zu machen. Ich war gerade im Begriff, den Kessel vom Kocher zu nehmen, als ich einen Fußtritt im Atelier hörte. Wenn ich zu Hause bin, lasse ich gewöhnlich die Haustür offen für meine Freunde, und wahrscheinlich hatte ich vergessen, den Riegel vorzuschieben.

„Natürlich dachte ich zuerst an Miß Driscol. Sie war mit mir in meinem Schlafzimmer, und das durfte nicht herauskommen! So öffnete ich das Schlafzimmerfenster und half ihr hinaus . . ."

„Verzeihung!" fiel Boulot ein. „Sie kletterten zuerst hinaus und fingen sie in Ihren Armen auf, nicht?"

„Ja, sie fürchtete sich zu springen. Ich begleitete sie durch den Garten und verließ sie an der Zauntür. Sie begab sich zum Ranelagh und ich kehrte ins Atelier zurück . . ."

„Warum?"

„Ich . . . ich . . . weiß nicht recht", stammelte der junge Mann. „Wahrscheinlich wollte ich wissen, wer im Atelier war. Falls die Person etwas davon bemerkt haben sollte, daß jemand mit mir im Schlafzimmer gewesen war."

„Schön!" sagte Manderton. „Weiter!"

„Ich kletterte wieder durchs Fenster herein und ging leise an die Schlafzimmertür, die offen stand. Davor hängt ein Vorhang, um den Zug abzuhalten im Winter, wenn es kalt ist. Ich zog ihn ein wenig auf die Seite und spähte hinaus. Da sah ich Mrs. Cranmore — mit einem Mann! Ich warf nur einen Blick auf sie, dann machte ich mich wieder durchs Fenster davon . . ."

„Warum?" fragte Manderton zum zweitenmal.

„Weil", erwiderte der Maler mit leiser Stimme, „der Mann sie umarmt hielt . . ."

„Ich sehe nicht ein, warum Sie deshalb flüchteten."

Quayre zuckte die Achseln.

„Ich weiß nicht, ob ich Ihnen das verständlich machen kann. Carmen Cranmore erschien mir immer wie eine Heilige. Es war so eine — unirdische Reinheit um sie, und sie in den Armen eines anderen Mannes zu sehen, warf mich einfach um. Ich floh entsetzt aus dem Atelier. Die Heuchelei war's, die mich am meisten auseinanderbrachte. Stundenlang wanderte ich umher, um herauszubringen, warum Mrs. Cranmore, die mir immer seit dem Krieg ein wenig ausgewichen war, ihrem Geliebten ein Rendezvous in meinem Atelier gegeben haben sollte. Und dabei mußte ich immer daran denken, was geschehen würde, wenn Cranmore, der seine Frau vergötterte, auf diesen Verrat kam . . ."

„Eine Sekunde, Mr. Quayre", unterbrach ihn Manderton. „Dieser Mann, der Mrs. Cranmore in den Armen hielt — kannten Sie ihn?"

Julian nickte lebhaft. Seine Lippen zitterten, als traute er sich nicht zu sprechen.

„Wer ist er?"

„Sein Name ist Ramon. Er war ein Freund von Mrs. Cranmore in Newyork."

„Ein Amerikaner, was?" warf Boulot eifrig ein.

„Er lebte in Newyork, aber ich glaube, er war Südamerikaner. Jedenfalls sprach er sehr gut spanisch. Er war auch Kunststudierender, und ich traf ihn öfter bei Mrs. Cranmore . . ."

„Ramon ist ein Vorname, wenn ich nicht irre. Wie heißt er mit seinem Familiennamen?"

„Das weiß ich nicht."

„Sie sagen, er war ein Kunststudierender wie Sie, Sie trafen ihn öfters bei Mrs. Cranmore, und Sie wissen nicht, wie er heißt! Das ist doch zum mindesten sonderbar, Mr. Quayre, nicht?"

„Damals nannten wir uns bei unseren Vornamen oder Spitznamen, Inspektor. Ich war manchen Abend mit Ramon zusammen, aber seinen vollen Namen weiß ich wirklich nicht. Vielleicht ist auch Ramon nur ein Spitzname."

„Was sprachen die beiden miteinander?"

„Soviel ich gehört habe, sprachen sie nichts."

„Sie behaupten also, daß Sie Mrs. Cranmore und den Mann Ramon in Ihrem Atelier allein ließen und fortstürzten. Als der Mord begangen wurde, waren Sie daher abwesend. Stimmt das? Gut. Haben Sie irgendeinen Beweis, daß Sie das Atelier um — sagen wir, sechs Uhr fünf Minuten verließen? Nein. Oder einen Beweis, wie lange Sie vom Atelier abwesend waren?"

„Ich habe kein Alibi", gab der Maler zu. „Ich wanderte zwecklos umher bis gegen Mitternacht. Dann suchte ich einen Freund auf, der in der Teitstraße mit einem anderen zusammen ein Atelier hat. Wir machten uns Kaffee und saßen die ganze Nacht auf. In mein Atelier kehrte ich erst zurück so etwas nach sechs Uhr, als Sie schon dort waren."

(Fortsetzung folgt.)

Bunter Alltag

Das Leben von Pius X. im indischen Dialekt

Die kürzlich gegründete Konkani-Literaturgesellschaft in Mangalore, Indien, die eine Festigung und Stärkung der katholischen Laienaktion erstrebt, hat das Leben Pius X. im Konkani-Dialekt herausgegeben. Es ist dies das erste Buch, das die Gesellschaft herausgibt, und das erste Buch über Pius X. in einer indischen Sprache.

Umfangreiche Restaurierung des Fußbodens der Peterskirche.

In der Peterskirche wurde in diesen Tagen mit den umfangreichen Restaurierungsarbeiten des Fußbodens, rings um den Altar della Confessione begonnen. Der Umfang der Arbeiten beträgt mehr als tausend Quadratmeter und wurde schon von dem im Frühjahr verstorbenen Kardinal Merry del Val, der Erzpriester der Basilika war, beschlossen, mußte aber aus Sparsamkeitsgründen immer wieder verschoben werden. Jetzt erfolgt die Erneuerung des Fußbodens auf Kosten des eingangs erwähnten Kardinals, der bekanntlich sein ganzes Privatvermögen der Kongregation der „Propaganda Fide" vermachte. Diese Kongregation hat sich nun freiwillig bereit erklärt, die Restaurierungskosten zu übernehmen, um dadurch das Andenken des verstorbenen Kardinals würdig zu ehren.

Es soll bei den Arbeiten streng darauf geachtet werden, daß die alten Zeichnungen, die aus dem Settecento stammen, in ihrer Form und Ausdehnung erhalten bleiben. Man will deshalb nur die alten, abgetretenen Marmorstücke herausnehmen und diese teils mit neuem, dem alten ähnlichen Marmor, teils aus den Reserven des alten Marmors, der in der Fabrica di St. Pietro vorhanden ist, ersetzen. Die ganzen Arbeiten werden mehrere Monate in Anspruch nehmen, müssen aber bis zum Tage der im nächsten Frühjahr geplanten Feste fertig sein.

Kirche und Staat in Paraguay

Paraguay hat eine Serie von Briefmarken in länglicher Form herausgegeben zur Erinnerung an die Erhebung dieser Diözese zum Rang eines Erzbistums. Sie tragen das Abbild Msgr. Siforiano Bogarins, der seit 36 Jahren Bischof von Paraguay ist und nun zum ersten Erzbischof ernannt wurde mit dem Titel von Asuncion, der Hauptstadt von Paraguay. Außerdem zeigen die Briefmarken das Wappen von Paraguay und die lateinischen Inschriften: „Religion ist die Grundlage der Moral" und „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst."

Der 1. Getreidepreis als Auszeichnung eines Pfarrers

Nach den bisherigen Feststellungen der von Mussolini eingeleiteten umfangreichen Aktion zur Hebung des Getreidebaues in Italien ging bereits hervor, daß die Pfarrgeistlichkeit mancher Gegenden geradezu den Ausschlag für das volle Gelingen dieser Aktion gegeben hat. Mit Wort und Werk gingen die Pfarrer den Bauern zu Hilfe und erwirkten, daß nicht bloß größere Flächen angepflanzt wurden, sondern, daß dabei auch rationeller und zweckentsprechender vorgegangen wurde. Einzelnen Pfarrern in gebirgigen Gegenden ist es gelungen, die Bauersleute zur Anlage neuer Getreideflächen zu bewegen, und so hat z. B. Don Locatello von San Lorenzo di Bognanco (Novara) in einer Höhe von mehr als 1000 Meter über dem Meer prächtiges Getreide erzielt, sowohl quantitativ wie qualitativ. Er ging den Bauern bei der Auswahl des Samens zu Hilfe, arbeitete mit ihnen auf dem Felde, spornte sie an und im Herbst hatte er die Genugtuung einer erfreulichen Ernte. Aehnliches wird auch aus anderen Bergpfarreien gemeldet, so ganz besonders von Ruoti. Die für die Verteilung der ausgesetzten Preise eingesetzte Kommission hat beschlossen, Pfarrer Buccicco von Ruoti einstimmig dem Ministerpräsidenten Mussolini für die Verleihung des ersten Preises im Betrage von 10 000 Lire vorzuschlagen.

Revolution in Guatemala

Die Stadt Quetzaltenango in Guatemala. Im Hintergrund der Vulkan Santa Maria.

In dem südamerikanischen Staat Guatemala ist eine Revolution ausgebrochen, die sich gegen den Präsidentn Chacon richtet.

Wiederherstellung der Bruckner-Orgel.

Gemäß dem Berichte, welcher an der Bruckner-Bundtagung für Oberösterreich durch den Bundesobmann, Regierungsrat Pfund, erstattet wurde, ist die Frage einer gründlichen Wiederherstellung der berühmten Bruckner-Orgel in St. Florian nun gesichert. Das Bundesministerium für Unterricht hatte eine Kommission von Sachverständigen bestellt, die mit großer Mehrheit sich für die Rekonstruktionspläne Schieß-Solothurn, eines anerkannten Sachverständigen in Orgelbauten, ausgesprochen hat. Die Wiederherstellung wird auf mindestens 120 000 S. zu stehen kommen. Mit den Arbeiten wird begonnen. So wird nun die Orgel des weltberühmten Meisters der Nachwelt in würdigem Zustande erhalten bleiben.

Wohlriechende Bücher und Zeitschriften.

Wie die „Umschau", Wochenschrift über die Fortschritte in Wissenschaft und Technik, in ihrem neuesten Heft 51 berichtet, ist ein Verfahren entdeckt worden, das die Beseitigung des oft üblen Geruches der Druckfarben ermöglicht. Durch Zusatz von Riechstoffen zur Druckfarbe kann der Farbengeruch überdeckt werden. Als Riechstoffe können die verschiedensten Parfüms verwandt werden, die dann je nach der zugesetzten Menge das Druckerzeugnis schwach oder stark parfümieren. Das Verfahren ist ein geeignetes Mittel, um beispielsweise aus propagandistischen Gründen eine Drucksache unter der Masse der vielen herauszuheben.

(Anmerkung der Redaktion: Fabelhaft, jetzt erhalten wir Courths-Mahler mit Lavendelgeruch, Rabindranath Tagore mit Tay-Tay, Kästner mit Kölnisch-Wasser, Wallace mit Elida. Der Liebhaber schenkt seiner Braut das Buch mit ihrem Lieblingsparfüm, wobei der Inhalt die geringere Rolle spielt. In den Buchhandlungen werden die Bücher nicht mehr alphabetisch, sondern nur nach Parfümkategorien geordnet. Doch genug damit. Der Raummangel verbietet uns leider, noch die vielen anderen Möglichkeiten aufzuzählen.)

Blutrache über 39 Breitengrade.

Eine portugiesische Vendetta, die im Herzen Afrikas vor fünf Jahren ihren Anfang nahm, ist jetzt in einem Kaffeehaus von Lens in Nordfrankreich ausgetragen worden. Im Jahre 1925 war in einer Kneipe in Mao am Tschad-See ein gewisser Antonio da Costa mit zwei Gästen, Manuel und Antonio Reesco, in Streit geraten. Nach einem Kampf mit Rasiermessern war Costa getötet worden. Manuel Reesco, der Haupttäter, erhielt lebenslängliches Zuchthaus, sein Bruder Antonio kam mit vier Jahren Gefängnis davon. Nach seiner Freilassung war dieser nach Frankreich ausgewandert. Der Bruder des Ermordeten war ihm dahin gefolgt. Obgleich er zur Zeit des Verbrechens erst 14 Jahre alt war, hatte er dem Mörder blutige Rache geschworen. Nachdem er ihn in Lens aufgespürt hatte, ließ er sein Opfer nicht mehr aus den Augen. Kürzlich folgte er Antonio Reesco, der von zwei Bekannten begleitet war, in ein Kaffee. Da den Bekannten Unheil schwante, traten sie an Costas Tisch und baten ihn, Vergangenes zu vergessen. Costa aber ging rasch auf Reesco zu und durchschnitt ihm, noch ehe es jemand hindern konnte, mit einem Rasiermesser die Kehle.

Ein frugales Essen zu wohltätigem Zweck

Mehrere hundert Bürger von Kalkutta haben sich bereit erklärt, für ein Abendessen, dessen Speisefolge sich aus Erbsensuppe, Brot, Käse und Wasser zusammensetzt, 4 Schilling 6 Pence zu bezahlen. Der den Selbstkostenpreis übersteigende Ueberschuß soll dazu verwandt werden, eine gleich große Zahl von notleidenden Einwohnern Londons festlich zu bewirten. Die Londoner Teilnehmer werden von der Heilsarmee ausgesucht und eingeladen werden. Um dieser Geste den Charakter eines „Notopfers" zu geben, sind die Teilnehmer des Banketts in Kalkutta auf Ehre und Gewissen verpflichtet worden, sich an dem Festabend jeder anderen Mahlzeit zu enthalten. An diesem Festbankett nach spartanischem Rezept werden auch Sir Stanley Jackson, der Gouverneur von Bengalen, und der Bischof von Kalkutta teilnehmen.

Das „kranke Huhn".

In einer amerikanischen Stadt inserierte eine Aerztin, daß sie nach Einsendung von einem Tropfen Blut feststellen könne, was einem Kranken fehle. Die Polizei nahm ein junges Hühnchen, zapfte diesem wenige Tropfen Blut ab und schickte dieses der Aerztin zu. Bereits am nächsten Tage traf denn auch die Antwort ein . . . „Sie haben Gehirnkrebs und Hüftentuberkulose, sind nierenkrank und leiden an Malaria." Das Hühnchen soll im selben Moment aus Gram darüber gestorben sein. Die Polizei hielt es für angebracht, der „Aerztin" die Ausübung ihres Berufes zu verbieten.

Die 150jährige Schildkröte.

Schildkröten erreichen bekanntlich ein sehr hohes Alter. So einen Veteranen dieser Tiergattung hat man vor ziemlich langer Zeit auf den Tango-Inseln gefangen. Das Tier war durch ein Eisenband von Cook im Jahre 1772 gezeichnet worden, ist also bereits 158 Jahre alt, besser gesagt, so lange trägt es bereits das Eisenband, wieviel Jahre es noch darüber hinauszählt, kann nicht mehr festgestellt werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Heute große Kundgebung

des Karlsruher Zentrums!

Der heutige Abend gilt der Begrüßung und der Ehrung unseres neugewählten Parteiführers, Herrn Präsidenten Dr. Baumgartner. — Gleichzeitig wird Herr Reichstagsabgeordneter Ersing über das aktuelle Thema:

„Warum Notverordnung"

ein Referat halten. Alle Zentrumsleute aus Karlsruhe und der näheren Umgebung treffen sich daher vollzählig **heute abend 8¼ Uhr im Saal III des Schrempp,** Waldstraße zur großen Massenkundgebung.

Frecher Einbruch in ein Zigarrenhaus

Für mehrere 1000 Mk. Zigaretten gestohlen

In der Donnerstagnacht, vermutlich in den frühen Morgenstunden, wurde das Lager des Zigarrenhauses Knäbel, Karl-Friedrichstraße 32, von Einbrechern heimgesucht. Die Täter öffneten vermutlich mittels Nachschlüsseln die äußeren Türen. Den Zugang zum Lager verschafften sie sich durch Aufbrechen der gut verschlossenen Lagertür mit Einbrecherwerkzeugen (Spiralbohrer und Brecheisen). Sie entwendeten Waren, in der Hauptsache Zigaretten im Wert von mehreren tausend Mark. Den Laden selbst ließen sie unangetastet. Nur die Ladenkasse wurde von ihnen erbrochen und geleert. Die Kassette selbst warfen sie ins Lager zu dem übrigen dort von ihnen angerichteten Durcheinander. Die Kriminalpolizei hat die Verfolgung aufgenommen.

In den Altrhein gefahren und ertrunken

Am Donnerstag vormittag fuhr, wie der Polizeibericht meldet, etwa 300 Meter südlich der Insel Rappenwört ein mit Zwiebeln beladenes Einspännerfuhrwerk in den Altrhein. Der Fuhrmann, ein Zwiebelhändler namens Eduard Weiler aus Herxheim in der Pfalz, war vermutlich auf der Fahrt von Forchheim nach Karlsruhe vom Weg abgekommen und so in den Altrheinarm geraten, wo er ertrunken ist. Seine Leiche wurde am Donnerstag nachmittag geländet. Das Pferd wurde in der Nähe der Unfallstelle eingefangen.

Zu dem Unfall erfahren wir noch folgendes:

Weiler war in den frühen Morgenstunden des gestrigen Donnerstags von Forchheim aus, wo er über die Nacht sein Fuhrwerk in einem Gasthause eingestellt hatte, nach Karlsruhe aufgebrochen, und kam wohl infolge der diesigen Sicht im Rheinwald bei Kastenwört vom richtigen Wege ab. Auf einem sonst selten befahrenen Holzabfuhrweg, der plötzlich aufhörte, geriet das Fuhrwerk aus einem bis jetzt noch nicht aufgeklärten Grunde über die steile Endböschung in den Altrheinarm. Dabei ist der Fuhrmann ertrunken, während sich das Pferd aus dem Geschirr losreißen konnte und bei Tagesanbruch von Waldarbeitern, die dort Rodungsarbeiten vornahmen, aus dem Wasser gezogen wurde. Die Leiche des Fuhrmanns Weiler war vom Wasser eine ziemliche Strecke von der Unfallstelle abgetrieben worden und konnte erst, wie oben berichtet, in den gestrigen Spätnachmittagsstunden geborgen werden. Das Daxlander Bürgermeisteramt, das von den Waldarbeitern zuerst benachrichtigt worden war, meldete dem Landespolizeiamt den Unfall, das dann an Ort und Stelle die weiteren Maßnahmen und Ermittlungen vornahm.

Noch glücklich abgelaufener Schiffszusammenstoß bei der Maxauer Rheinbrücke

Unterhalb der Maxauer Schiffbrücke ereignete sich gestern ein Zusammenstoß zwischen einem rheinaufwärts fahrenden Schleppkahn und einem französischen Motorboot, der noch glücklich ablief. Der Schleppkahn war bei dem augenblicklich niedrigen Wasserstand auf Grund geraten. Als man ihn wieder flott machen wollte, riß eine Kette, das Schleppschiff wurde von der Strömung erfaßt und abgetrieben und stieß auf ein französisches Schraubenboot, das in der Mitte getroffen und so schwere Havarie erlitt, sodaß es nach dem Hafen abgeschleppt werden mußte. Menschenleben kamen glücklicherweise bei dem Unfall nicht zu Schaden. Der Materialschaden dürfte allerdings sehr beträchtlich sein. Der Schleppkahn hatte nur geringe Beschädigungen erlitten und konnte nach notdürftiger Reparatur seine Fahrt rheinaufwärts fortsetzen.

Der Karlsruher Gotteslästerungs-Prozeß

Die Verhandlungen vor dem Schwurgericht gegen den Schriftsteller Leisner aus Kiel-Ellerbeck und den Verlagsbuchhändler Reichstein aus Pforzheim dauerten auch am Donnerstag noch an, d. h. man kann mit der Verlesung des 260 Seiten umfassenden, eng bedruckten Buches „Der Herr des Lebens", auf dessen Inhalt sich die Anklage wegen Gotteslästerung und Verbreitung unzüchtiger Schriften stützt, am Donnerstag nachmittag zu Ende.

Im Anschluß an die Buchverlesung begannen die Plädoyers, und zwar sprachen sowohl der Staatsanwalt wie auch die Verteidiger der beiden Angeklagten unter Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Schwere Mißhandlung eines politischen Gegners

Wegen erschwerter Körperverletzung verurteilte der Einzelrichter beim Amtsgericht gestern den nationalsozialistischen Landwirt Emil Roth aus Liedolsheim zu drei Monaten Gefängnis, sowie 200 Mark Buße. Der Angeklagte war mit einem politischen Gegner, dem sozialdemokratischen Blechnermeister Heil in Liedolsheim, aneinandergeraten. Im Verlaufe der Auseinandersetzung schlug er mit einer Stahlfeder auf ihn ein und mißhandelte ihn mit Fußtritten.

Windthorstbund Karlsruhe

Zur Begrüßung des Herrn Präsidenten Dr. Baumgartner als neuen Vorsitzenden der Zentrumspartei von Baden war noch vor Weihnachten eine Parteiversammlung in Aussicht genommen. Dieselbe findet nun nach Rücksprache mit der Bundesleitung am Freitag, den 19. Dezember, abends 8¼ Uhr, im Restaurant Schrempp, Waldstraße, Saal 3, statt, in der Herr Reichstagsabg. Ersing über das ursprünglich dem Bund zugesagte Thema sprechen wird: „Warum Notverordnungen". Die Mitglieder des Bundes werden bereits heute gebeten, sich vollzählig an dieser besonderen Veranstaltung zu beteiligen.

⊙ **Zum Konflikt im Bankgewerbe.** Wie uns der Deutsche Bankbeamten-Verein mitteilt, finden die beantragten Nachverhandlungen wegen des am 10. Dezember d. J. gefällten ungenügenden Schiedsspruches am kommenden Freitag, den 19. Dezember, statt.

Nochmals: Der Kampf um die erhöhte Gebäudesondersteuer

— so wird uns von einem der Zentrumspartei angehörenden Hausbesitzer geschrieben — hat sich in den letzten Tagen auch der „Badische Beobachter" wiederholt beschäftigt. Die Mittwoch-Nummer enthält sogar zwei Artikel über dieses sehr aktuelle Problem. Was mich veranlaßt, zu der angeschnittenen Frage Stellung zu nehmen und ein offenes Wort zu schreiben, ist die in diesen beiden Artikeln zum Ausdruck gekommene Meinung, als sei die gemeldete Erregung unter den Hausbesitzern nicht echt und von innen heraus entstanden, sondern durch einige Schreier und Hetzer erst in die Hausbesitzerkreise hineingetragen worden. Auch das Badische Finanzministerium scheint sich über den Ernst der Lage nicht ganz im klaren zu sein. Dies schließe ich daraus, daß das Ministerium am 16. Dezember, also 2 Tage nach einer überaus stark besuchten Protestversammlung der Hausbesitzer (über die, wohlgemerkt, auch der „Beobachter" am 15. Dezember berichtete), erklärte, es habe von der vom Herrn Abg. Dr. Baumgartner in seiner kurzen Anfrage erwähntenErregung unter den Hausbesitzern „bis jetzt nur aus einem Artikel in Nr. 559 der „Bad. Presse" vom 2. Dezember 1930" Kenntnis erlangt". Demgegenüber muß zum Ausdruck gebracht werden, daß die Erregung über die in Karlsruhe zu Tage getretene Auslegung und Auswirkung des § 7a des Gebäudesondersteuergesetzes bei allen Betroffenen außerordentlich stark ist. Diese Erregung hat auch keineswegs Halt gemacht vor Hauseigentümern, die der Zentrumspartei angehören. Das können zweifellos alle Abgeordneten unserer Partei bestätigen. Der Protestversammlung am Sonntag haben sehr viele Zentrumsangehörige — Männer und Frauen — angewohnt, die noch nie an einer derartigen Versammlung teilgenommen hatten. Wenn man sich mit ihnen unterhielt, so kam bei allen eine tiefe Erbitterung über die neue Belastung, die sie nicht nur als eine schwere finanzielle Last, sondern vor allem als ein Unrecht empfinden, recht drastisch zum Ausdruck. Wie kommen diese sonst ruhigen Leute, die zum Teil nicht einmal im Hausbesitzerverein organisiert sind, in diese erregte Stimmung? Dieses psychologische Rätsel ist leicht zu lösen. Im Frühjahr dieses Jahres hat man — gegen den Willen der Zentrumsfraktion des Bürgerausschusses, das sei hier rühmend anerkannt — dem Karlsruher Hausbesitz durch die Erhöhung des Wassergeldes eine Last von 400 000 Reichsmark aufgeladen, ohne die Möglichkeit der Abwälzung auf die Raummutzer zu schaffen — obwohl die Ueberlastung des Hausbesitzes doch als eine feststehende Tatsache auch in Regierungskreisen anerkannt ist. Schon seit Monaten redet und schreibt man nur noch von der Senkung der unerträglich hohen Realsteuern, schickt aber jetzt, kurz vor Weihnachten, hunderten von Hauseigentümern Forderungszettel über die erhöhte Gebäudesondersteuer mit Beträgen, die für einfache Wohnhäuser vielfach ebenso hoch sind als die gesamte staatliche Grundsteuer. Das Gesamtaufkommen dieser Erhöhung dürfte sich unter Beibehaltung der jetzigen Veranlagungsgrundsätze in Karlsruhe allein auf über eine Million belaufen! Was soll da ein Abbau der Realsteuern um 10 Prozent nützen, zumal dieser Abbau schon mehr als zweifelhaft geworden ist? Dazu kommen für viele Hausbesitzer schon vom Jahre 1931 ab große Opfer, die ihnen im Interesse einer möglichst glatten Abwicklung der Umschuldung von Aufwertungshypotheken durch Zahlung erhöhter Zinsen zugemutet werden. — Auch der Fernstehende wird, wenn er sich diese Tatsachen vor Augen führt, die große Unruhe verstehen, die zurzeit in einem sonst recht friedlichen Teil unserer Volksgenossen herrscht. Ein kaum wieder gut zu machender Fehler wäre es, diese Vorgänge unbeachtet zu lassen. Man frage einmal bei den Finanzämtern und Stadtkassen an, welches die besten Steuerzahler sind; überall wird man die Antwort erhalten: die Hausbesitzer, und zwar nicht nur quantitativ, sondern vor allem auch qualitativ! Man hüte sich davor, diese Steuerbereitwilligkeit durch eine Ueberdrehung der Steuerschraube in eine Steuerverdrossenheit — und damit auch in eine Staatsverdrossenheit zu verwandeln!

Nun noch ein Wort zu dem heißumstrittenen Begriff „Friedensmiete". Meines Erachtens wird sowohl von Regierungsseite als auch vonseiten der Veranlagungsbehörden viel zu wenig beachtet, daß das Reichsgesetz über den Geldentwertungsausgleich (auf dem unser Gebäudesondersteuergesetz beruht) bei der Definition des Begriffs „Friedensmiete" einen ganz anderen Zweck verfolgt, als das Reichsmietengesetz. Dieses will mit Absicht dem Vermieter eine den heutigen Verhältnissen der Wohnung entsprechende Miete sichern; jener dagegen will die durch die Inflation entstandene Entschuldung und die trotz Inflation gebliebene Werterhaltung gegenüber den Verhältnissen vom 1. Juli 1914 steuerlich erfassen. Daraus folgt mit unerbittlicher Konsequenz, daß die hier in Frage kommende Friedensmiete im Sinne des Geldentwertungsausgleichsgesetzes eine ganz andere ist und sein muß als diejenige im Sinne des Reichsmietengesetzes. Diese Tatsache muß endlich einmal klar gestellt werden, sonst muß sich das Gefühl der gesetzwidrigen Behandlung beim größten Teil der betroffenen Hausbesitzer festsetzen. Zu welchem Unsinn die jetzige Auslegung führt, möge nur aus einem Beispiel ersehen werden: Einem Hauseigentümer, dem bis 1928 eine Ermäßigung der Gebäudesondersteuer bewilligt worden war, weil die Friedensmiete seines Hauses weniger als 6 Prozent des Steuerwertes betrug, muß jetzt erhöhte Gebäudesondersteuer bezahlen, weil er im Jahre 1928 für mehrere tausend Mark Verbesserungen einrichten ließ und dafür vom Mieteinigungsamt eine Zusatzmiete zugesprochen bekam; diese Zusatzmiete, die nur eine bescheidene Vergütung für die Verzinsung und Tilgung des aufgewendeten Kapitals darstellt, wird jetzt zu etwa einem Drittel durch die erhöhte Gebäudesondersteuer weggesteuert! War das bei Schaffung des § 7a des Geb.S.St.-Gesetzes beabsichtigt?

Es ist nur zu wünschen, daß der Landtag recht bald sich mit den strittigen Fragen beschäftigt und dabei eine klare, dem Wohle des Volksganzen dienende Haltung einnimmt; am besten wäre eine vollständige Beseitigung des auch aus andern Gründen (vergl. die Ausführungen in der Dienstags-Nummer des „B. B.") unhaltbaren § 7a des Gebäudesondersteuer-Gesetzes.

Nur noch einmal stehenbleiben, Mutti!

Weihnachtsschaufenster, die Sehnsucht der Kinder.

Gang über den Markt

Die Anfuhr an Kartoffeln „gelbe Industrie" war gut, die Nachfrage, wie meist in der letzten Zeit, gering. Auf dem Gemüsemarkt wurden vor allem sehr viele gelbe Rüben und italienischer Blumenkohl angeboten. Reichlich waren auch Rotkraut, Weißkraut, Wirsing, Spinat, Bodenkohlraben und Schwarzwurzel vertreten. Endlich gabs noch einen kleinen Posten Rosenkohl. Allzu groß war das Interesse für Gemüse nicht; am wenigsten gingen ab Weißkraut, Wirsing, gelbe Rüben und Bodenkohlrabei. In größeren Mengen angeboten war Meerrettich und Endiviensalat, in kleineren Kopfsalat. Bemerkenswert war die Nachfrage nur nach Endiviensalat. Auf dem Obstmarkt herrschten Tafeläpfel, namentlich ausländische, vor. Gering war der Vorrat an Kochäpfeln, Spalier-, Tafel- und Kochbirnen, Trauben und Tomaten. Bis auf inländische Tafeläpfel und Tafelbirnen war Obst recht wenig begehrt. Nüsse, mit denen namentlich das Ausland stark vertreten war, fanden mehr Käufer. Bananen, Zitronen, Orangen und Mandarinen waren in großen Mengen angefahren; aber auch für Südfrüchte kam kein lebhaftes Interesse auf. — Das Ausland war vertreten, und zwar Holland mit Schwarzwurzel — Frankreich mit Kopfsalat, Tafel- und Kochäpfeln — Italien mit Blumenkohl, Orangen und Zitronen — Spanien mit Trauben und Orangen — Oesterreich mit Tafeläpfeln — Rumänien und Südslavien mit Nüssen — die kanarischen Inseln mit Tomaten — Westindien mit Bananen und Kalifornien mit Tafeläpfeln und Spalierbirnen.

⊙ **Das Karlsruher Notabzeichen.** In einigen Tagen wird der Werbeausschuß der Karlsruher Notgemeinschaft mit einem neuen Werbemittel zur Linderung der Not der großen Anzahl der Karlsruher Hilfsbedürftigen an die Bevölkerung herantreten, und zwar mit dem „Karlsruher Notabzeichen". Es ist dies eine in versilberter Metallausführung gehaltene Ansteckadel nach einem Entwurf des Fachlehrers Kurt Baer an der Bad. Kunstgewerbeschule in Pforzheim. Der Künstler hat aus den übereinandergestellten, in Blockschrift wiedergegebenen Buchstaben des Wortes „Not" eine lodernde Fackel gebildet. Das Karlsruher Notabzeichen weist daher schon äußerlich auf unsere Notzeit hin und weicht stark von den allgemein üblichen Vereinsabzeichen und sonstigen Ansteckadeln ab. Der erste große Werbeverkauf findet am Sonntag, den 21. Dezember, statt.

Der Sport am Sonntag

Die letzt:n Entscheidungen sind fällig – Terminnot in Sicht

Die diesjährige Spannung in den Punktspielen der

Bezirksliga Süddeutschlands

ist nun tatsächlich nicht mehr zu überbieten, ja sie wächst von Sonntag zu Sonntag. Hoffentlich feiern in diesen Kämpfen zum Abschluß nicht noch der Fanatismus und die Unsportlichkeit traurige Triumphe und untergraben das Ansehen des Fußballsportes nicht noch mehr. Darum unsere Mahnung an alle Beteiligten, echten Sportsgeist zu zeigen und unsere Bitte an den Verband, stellt Männer als Schiedsrichter, die den schweren Aufgaben auch gewachsen sind!

Baden: hat bis jetzt in der Tabellengestaltung so gut wie alle Möglichkeiten offen gelassen und bald kennt sich kein Mensch mehr aus, denn mit Ausnahme des Meisters, K. F. V. können die anderen 7 Vereine alle noch zur Plazierung kommen und vom Abstieg bedroht werden, eine einzig dastehende Situation! Wieweit der dritte Dezemberspieltag hier Klärung bringen kann, läßt sich mit Sicherheit nicht voraussagen. Phönix Karlsruhe hat noch zwei Spiele im Stadion die beide gewonnen werden müssen, wenn es zur Teilnahme an der Troſtrunde reichen soll; der nächste Gegner ist der S. C. Freiburg, der sich mit der bekannten Energie gegen einen Punktverlust wehren wird, da er noch in Abstiegsgefahr schwebt. Erkennen die Blauschwarzen endlich den Ernst der Situation? Der V. f. B. Karlsruhe ist auch noch nicht gesichert, sein Gegner, Villingen, hofft immer noch auf Plazierung, also beide brauchen die Punkte. Wer holt sie? Das gleiche Bild in Rastatt, woselbst Schramberg zu Gast weilt. Wer macht dort das Rennen? Rein theoretisch und gefühlsmäßig möchte man den drei Platzbesitzern die besseren Chancen geben.

Württemberg: hat auch eine liebe Not in diesem Jahre! Immer noch sind es 4 Bewerber um die drei ersten Plätze. Die Union Böckingen ist fertig und wartet am Sonntag abend auf die Nachricht, ob die Kickers Stuttgart ihr zur erstmaligen Meisterschaft verholfen haben, denn wenn die Stuttgarter dem 1. F. C. Pforzheim in der Goldstadt nur einen Punkt abnehmen können, dann ist es soweit, andernfalls bedarf es noch eines Entscheidungsspieles. Der V. f. B. Stuttgart muß Birkenfeld unbedingt schlagen, um noch Dritter werden zu können und der V. f. R. Heilbronn setzt seine ganzen Hoffnungen auf das Spiel gegen Zuffenhausen, um wenigstens durch einen Sieg noch zu dem Neuling aufschießen zu können.

Am Main: könnte in dem Spiel, Union Niederrad gegen Rotweiß Frankfurt der Tabellendritte endgiltig ermittelt werden, wenn die Niederräder gegen die Kreßelf siegen, was auf dem eigenen Platz sehr wahrscheinlich ist. Verliert aber Niederrad, dann ist Kickers Offenbach in der Troſtrunde, bei einem Unentschieden, gibt es auch hier ein Entscheidungsspiel, zwischen Niederrad und Offenbach.

Nordbayern: verzeichnet dieselbe Situation. Kann der V.f.R. Fürth in seinem letzten Spiel den A. S. V Nürnberg schlagen, dann ist er Tabellendritter. Verliert er, dann muß er den Bayern Hof den Platz überlassen. Spielt er unentschieden, dann gibt es ein Entscheidungsspiel zwischen V. f. R. Fürth und Bayern Hof.

Südbayern: kann mit einer ähnlichen Lage dienen. Im Falle, daß 1860 München gegen den Lokalrivalen D. S. V. München nicht wenigstens einen Punkt im letzten Spiel holen kann (was nicht anzunehmen ist), dann käme es auch hier zum Entscheidungsspiel um den dritten Platz zwischen den Löwen und Jahn Regensburg. Selbst der Neuling, Ingolstadt-Ringsee könnte noch ein Entscheidungsspiel um den Abstieg erzwingen, wenn er daheim Wacker München hinter sich lassen kann und die Teutonia München ihr letztes Spiel verliert.

Am Rhein: sieht Phönix Ludwigshafen seine Meisterschaftshoffnungen erfüllt, wenn die Elf in ihrem letzten Spiel gegen den V. f. R. Mannheim sich beide Punkte sichern kann. Auf dem fremden Platz eine schwere Aufgabe. Bei einem Spielverlust gäbe es neue Verwicklungen. Waldhof läßt sich seine Anwartschaft auf Meisterschaft oder Platz auch in Kirchheim wohl nicht verderben und Neckarau wartet bei einem spielfreien Tag ab, was die beiden anderen machen.

An der Saar: beendet der Meister, F. C. Pirmasens seine Spiele mit dem Treffen gegen Borussia Neunkirchen, das für beide an sich ohne Bedeutung ist, es kann sich dabei nur um den Ehrgeiz des Sieges handeln.

Die Kreisliga.

Mittelbaden: hat endlich auch wieder einmal vollen Betrieb und die Rückrunde beginnt. Mühlburg, der augenblicklich sichere Tabellenführer hat Berghausen, den derzeitigen Zweiten, im Rückspiel zu Gast, wobei es die Vorspielniederlage wettzumachen gilt. Rüppurr wird sich an der Germania Durlach für die in Durlach verlorenen Punkte revanchieren und die Frankonia dürfte daheim dem Neuling Bretten diesmal den Sieg entreißen. Baden empfängt Beiertheim normalerweise ohne große Gewinnaussichten und Grötzingen dürfte an Weingarten einen zähen Gegner finden. Die beiden Tabellenletzten Daxlanden und Knielingen treffen auf dem Platze des ersteren zusammen, der damit auch mehr Aussichten hat, sich zu verbessern.

Südbaden: bringt dem Tabellenführer Kehl in dem Neuling, Phönix Durmersheim, eine überraschend erfolgreiche Mannschaft, der er im Vorspiel einen Punkt lassen mußte. Gaggenau gedenkt sich an dem V. f. B. Baden schadlos zu halten und die Sp.-Vg. Baden hofft gegen Bühl auf weitere Punkte.

Postverkehr an Weihnachten

Sonntag, 21. Dezember: Paketannahme und Paketausgabe von 8–18 Uhr bei dem Postamt 1 (Kaiserstraße) und von 8–19 Uhr bei dem Postamt 2 (Hauptbahnhof).

Mittwoch, 24. Dezember: Schalterdienst nur bis 17 Uhr bei allen Postanstalten, ausgenommen das Postamt 2 (Hauptbahnhof), dessen Schalter bis 19 Uhr geöffnet bleiben. Paketzustellung findet am Sonntag, 21. Dezember, und am Donnerstag, 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag) vormittags jeweils einmal statt.

Freitag, 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag): Die Ausgabe beschädigter Pakete beim Postamt 2 (Hauptbahnhof) findet von 8–13 Uhr statt.

Für die Verzollung der Weihnachtspakete ist die Postzollstelle im Postamt 2 (Hauptbahnhof) für das Publikum am 26. von 10–12 Uhr geöffnet. Die Zollpaketkarten läßt das Postamt 1 den Empfängern der Zollpakete rechtzeitig zustellen.

() **Aus Anlaß des Nuits-Tages** trägt die Gefallenen-Gedenktafel des Badischen Leibgrenadier-Regiments 109 an der ehemaligen Grenadierkaserne Lorbeerschmuck. Die Kameradschaft Badischer Leibgrenadiere, der Tausende von ehemaligen 109ern angehören, hat aus Anlaß der 60. Wiederkehr des Tages von Nuits allen noch lebenden Nuitskämpfern das Goldene Kameradschaftsabzeichen verliehen. Der Verein ehemaliger Offiziere des Leibgrenadier-Regiments 109 hat im Laufe des Tages am Prinz-Wilhelm-Denkmal — Prinz Wilhelm von Baden wurde bekanntlich im Gefecht bei Nuits schwer verwundet — einen Kranz niedergelegt.

(:) **Café Bauer.** Die Kapelle Osenegg, welche sich hier glänzend eingeführt hat, veranstaltet heute, Freitag, nachmittag ihr 1. Elitekonzert, bei dem sich der Cellist Karl Schellenberg mit Werken von Popper und Salo als Solist vorstellen wird. Abends ist Operetten- und Schlagermusik in Jazzbesetzung. (Siehe die Anzeige.)

Weihnachtsverkauf bei W. Boländer.

Wir verweisen auf die heutige Anzeige der Firma W. Boländer, die auf ihren Einheitspreistischen immer wieder neue Ueberraschungen bringt. Alles, was die Firma auf diesen Tischen anbietet, eignet sich insbesondere für praktische, preiswerte und stets willkommene Weihnachtsgeschenke, die vor allem sich durch gute Qualität auszeichnen. Auch in Kleider-, Herren- und Mantelstoffen bringt die Firma Boländer neue, ganz besonders günstige Angebote, die zu prüfen sich unbedingt lohnt.

Den vielfach geäußerten Wünschen unserer kleinen Welt entsprechend, kommt der Weihnachtsmann nochmals Freitag, Samstag und Sonntag nachmittags zwischen 5 und halb 6 Uhr, wozu die Kinder, in Begleitung Erwachsener, freundlichst eingeladen sind.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 17. Dez.: Emma Maria Schubert, ledig, Weißnäherin, 24 Jahre. 19. Dez., 15 Uhr. — Karl Bender, 4 Jahre alt, Vater Walter Bender, Kaufmann. 19. Dez., 13.30 Uhr. — Marie Stößer, Witwe von Andreas Stößer, Webermeister, 90 Jahre. 19. Dez., 10.30 Uhr.

Herausgeber und Verleger: Badenia in Karlsruhe, A.-G. für Verlag und Druckerei, Karlsruhe i. B. Hauptschriftleiter Dr. J. Th. Meyer. Verantwortlich für Nachrichtendienst, Politik und Handel: Dr. Willy Müller-Reif; für Kulturelles und Feuilleton: Dr. Otto Färber; für Lokales, Badische Chronik und Sport: A. Richardt; für Anzeigen und Reklamen: Philipp Riederle, sämtl. in Karlsruhe, Steinstraße 17. Rotationsdruck der Badenia A.-G.
Berliner Redaktion:
Dr. H. Schuster, Berlin-Lichterfelde-Ost, Parallelstr. Nr. 4.

Das beste Geschenk gute billige Romane

KRIEG DEM FRIEDEN
Von Dr. Otto Färber. Ein Roman 878 Seiten. In Leinen gebunden Mk 4.50.
. . . Ihn sollten die Freunde des Krieges und des Friedens lesen und besinnlich und bedenklich werden.

GLUHENDE KETTEN
Von Robert Ferling. Roman eines Kriegsgefangenen, 260 Seit. Geb. in Leinen Mk. 3.–
. . . Es ist ein ergreifendes Buch, das ausklingt wie eine Frage. Man legt es weg, man muß weitersinnen.

DIE TALMUHLE
Von Elise Miller. Eine kulturgeschichtliche Erzählung aus Oberschwaben. Geb. Mk. 4.50
. . . In bunter Folge zieht diese Erzählung am Auge des Lesers vorbei: Marktstreit und Hochzeit nach altem Bilde aber Stil, Dorfgericht, Räuberunwesen, Söldnerleben, Aufhebung und Aussterben der Klöster" . . .

IM BANNE DER GROSSSTADT
Von Elise Miller. Ein Volksroman aus der Gegenwart. Gebunden Mk. 3.20.
. . . Frisch und flott erzählt die Verfasserin von einer Bauernfamilie, die in die Großstadt verpflanzt, sich dort nicht zurechtfindet und in die ländliche Ruhe und Sittsamkeit sich zurücksehnt.

Badenia in Karlsruhe
Aktien-Gesellschaft für Verlag und Druckerei.

Amtliche Anzeigen.

Die freie Bäckerinnung Karlsruhe beabsichtigt, für die der Innung angehörenden Betriebe ihrer Mitglieder eine Innungskrankenkasse zu errichten. Krankenkassen dürfen nur errichtet werden, wenn die Mehrheit der abstimmenden beteiligten Arbeitgeber und die Mehrheit der abstimmenden beteiligten volljährigen Arbeitnehmer zustimmen. Die Abstimmung erfolgt getrennt nach Gruppen; sie ist geheim. Abstimmungsberechtigt ist jeder der freien Bäckerinnung als Mitglied angehörende Arbeitgeber, der mindestens einen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigt, welcher der zu errichtenden Krankenkasse anzugehören hätte. Auf das Lebensalter des Arbeitgebers kommt es nicht an.

Ferner sind abstimmungsberechtigt: Arbeitnehmer, wenn sie bei obigen Arbeitgebern beschäftigt sind und wenn sie spätestens am Tage der Abstimmung die Volljährigkeit erreicht haben, und im Falle der Errichtung der neuen Kasse dieser angehören müßten.

Die hiernach abstimmungsberechtigten Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden daher zu der am

Sonntag, 1. Februar 1931, von 9–13 Uhr,

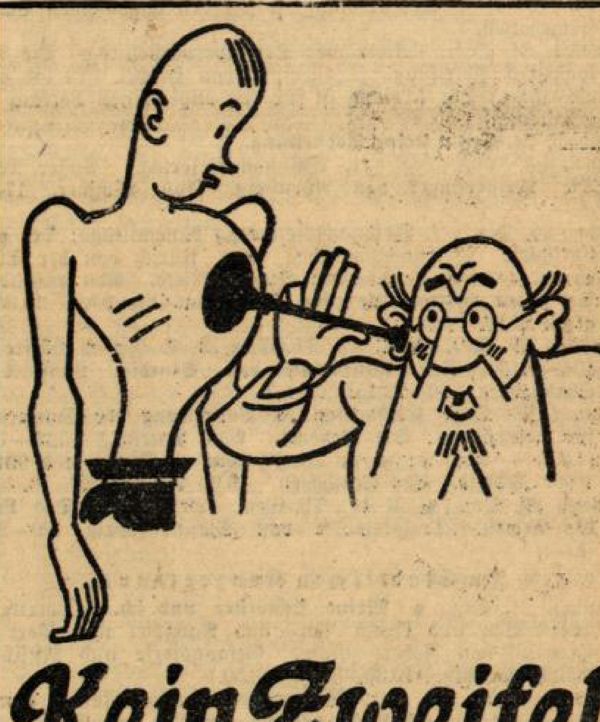
in Karlsruhe, im Handwerkskammergebäude, Friedrichsplatz Nr. 4, parterre, Zimmer 1 (Prüfungssaal) stattfindenden Abstimmung eingeladen.

Zum Nachweis der Abstimmungsberechtigung ist die Vorlage eines Abstimmungsausweises erforderlich. Die Abstimmungsberechtigten werden daher aufgefordert, sich für die Ausübung der Abstimmung bei der zuständigen Krankenkasse (Allgem. Ortskrankenkasse Karlsruhe-Stadt) einen Abstimmungsausweis geben zu lassen.

Aus der Zahl der Abstimmungsberechtigten sind 2 Beisitzer, und zwar je einer aus der Zahl der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu ernennen. Bringen wirtschaftliche Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer oder Verbände solcher Vereinigungen dem Versicherungsamt spätestens 2 Wochen vor der Abstimmung Beisitzer in Vorschlag, so sind die Beisitzer nach diesen Vorschlägen zu berufen. Bei der Errichtung von Innungskrankenkassen hat das Vorschlagsrecht bzgl. der Arbeitgeberbeisitzer auch die beteiligte Innung. Geben dem Versicherungsamt Vorschläge nicht oder nicht rechtzeitig zu, beruft es die Beisitzer nach freiem Ermessen. Im Abstimmungstage fehlende Beisitzer werden von dem Abstimmungsvorsteher durch anwesende Abstimmungsberechtigte ergänzt. O. Z. 83.

Karlsruhe, den 18. Dezember 1930.

Bad. Bezirksamt — Versicherungsamt.



Kein Zweifel

eine starke Erkältung. Und wie leicht hätten Sie sich dagegen schützen können. Das beste, was ich Ihnen verschreiben kann, ist

ein warmer Mantel

bei den so niedrigen Preisen wird Ihnen die Anschaffung jetzt wohl nicht allzu schwer fallen.

Unsere Hauptpreislagen für

Winter-Mäntel

22.- 28.- 38.- 48.- 58.-
68.- 78.- 94.- 105.- 125.-

Sonntag von 11–6 Uhr offen

Stern & Co.

Das grosse Spezialhaus für Herren- u. Knabenkleidung

'tatt Karten.

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Anteilnahme die uns anlässlich des Hinscheidens meines lieben Mannes und unseres treusorgenden Vaters

Josef Bertram

von nah und fern zugegangen sind, sprechen wir allen unseren herzlichen Dank aus.

Karlsruhe, den 18. Dezember 1930.

Frau Amalie Bertram und Kinder.

Arbeitsfreud. Mann ledig, sucht sofort

Beschäftigung

gleich welcher Art, auch Hausdiener, Portier

Angebote u. Nr. 6801 an die Geschäftsstelle.

Eine gebrauchte 2 teilige

Herren-Friseur-Einrichtung

billig zu verkaufen bei Wildenmann, Gerwigstraße 30 II. Stock rechts

Die schönste **Krawatte**

Fabelhafte Neuheiten in größter Auswahl

von 6.75, 5.75, 4.75, 3.75, 2.75, 1.75

Fertige **Krawatten** in großer Auswahl

Keller Ludwigsplatz

5% bar oder Rabattmarken

Badisches Landestheater

Spielplan vom 20. bis 29. Dezember 1930.

Im Landestheater:

Samstag, 20. Dez. Nachmittags: **Der große Christoph.** Weihnachtsmärchen von Ulrich von der Trenck. 15—17. (3.—.) — Abends: ✶ G 11. Th.-Gem. 1. S.-Gr. **Die Nibelungen 3. Abteilung.** Trauerspiel von Hebbel. 19.30 bis gegen 22.30. (5.—)

Sonntag, 21. Dez. Nachmittags: 5. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: **Der große Christoph.** Weihnachtsmärchen von Ulrich von der Trenck. 15.15—17.15. (3.—.) — Abends: ✶ C 11. Th.-Gem. 401—500 und 601—700. **Carmen.** Oper von Bizet. 19.30—22.30. (8.—.)

Montag, 22. Dez. Volksbühne. Dezembervorstellung. **Die Nibelungen 3. Abteilung.** Trauerspiel von Hebbel. 20 bis gegen 23. (5.—.) — Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Dienstag, 23. Dez. Volksbühne: Dezembervorstellung. **Die Nibelungen 3. Abteilung.** Trauerspiel von Hebbel. 20 bis gegen 23. (5.—.) Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Mittwoch, 24. Dez. **Keine Vorstellung.**

Donnerstag, 25. Dez. (1. Weihnachtsfeiertag.) Außer Miete: **Die Meistersinger von Nürnberg.** Von Wagner. 17—22. (8.—.)

Freitag, 26. Dez. (2. Weihnachtsfeiertag.) Nachmittags: **Der große Christoph.** Weihnachtsmärchen von Ulrich von der Trenck. 15—17. (3.—.) — Abends: Außer Miete. Neu einstudiert: **Die schöne Helena.** Komische Oper von Offenbach. 19.30 bis gegen 22.30. (8.—.)

Samstag, 27. Dez. ✶ C 12. Th.-Gem. 3. S.-Gr. 2. Hälfte und 1001—1100. **Der Kaufmann von Venedig.** Lustspiel von Shakespeare. 20—22.15. (5.—.)

Sonntag, 28. Dez. Nachmittag: 6. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: **Die Bohème.** Von Puccini. 15.15—17.30. (4.50.) — Abends: ✶ A 11. Th.Gem. 2. S.-Gr. und 901 bis 1000. **Fidelio.** Von Beethoven. 19.30 bis nach 22. (8.—.)

Montag, 29. Dez. ✶ B 11. Th.-Gem. 1201—1300. **Das Lamm des Armen.** Tragikomödie von Stefan Zweig. 20—22.30. (5.—.)

Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 21. Dez. ✶ **Meine Schwester und ich.** Operette in zwei Akten und einem Vor- und Nachspiel nach Berr und Verneuil von Robert Blum. Gesangstexte und Musik von Ralph Benatzky. 19.30—22.15. (3.50.)

Donnerstag, 25. Dez. (1. Weihnachtsfeiertag.) Zum erstenmal: **Die Sache, die sich Liebe nennt.** Komödie von Burke. 19.30 bis 21.45. (3.—.)

Freitag, 26. Dez. (2. Weihnachtsfeiertag.) ✶ **Die Sache, die sich Liebe nennt.** Komödie von Burke. 19.30—21.45. (3.—.)

Sonntag, 28. Dez. ✶ **Mein Schwester und ich.** 19.30—22.15. (3.50.)

Auswärtige Gastspiele:

Montag, 29. Dez. In Baden-Baden: **Die schöne Helena.**

Neuanmeldungen für die Jahresplatzmiete werden bei der Theaterkasse entgegengenommen.

Vorrechtsverkauf für Platzmieter zu den Vorstellungen „Meistersinger“ und „Die schöne Helena“ am Samstag, den 20. 12. 30, vormittags 9.30—13 Uhr, und zwar 1. Vorrecht zu „Meistersinger“ Mietabteilung B. 1. Vorrecht zu „Schöne Helena“ Mietabteilung C von 9.30—10 Uhr, die übrigen Mietabteilungen von 10—13 Uhr.

Umtausch für Inhaber von Blockheften und Vorverkauf für die übrigen Vorstellungen ab Montag, den 22. 12., vormittags 9.30 Uhr ab.

Die Vorverkaufskasse ist am Mittwoch, den 24. 12., nur bis 13 Uhr geöffnet.

Kartenvorverkauf: Vorverkaufskasse des Badischen Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Tel. 388 und Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 159, Tel. 1420. Zigarrenhandlung Fr. Brunnert, Kaiserallee 29, Tel. 4351 und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Tel. 503.

Wetterbericht

Karlsruhe, 18. Dez. Das Azorenhoch hat einen Keil nach Mitteleuropa vorgetrieben, sodaß wir wieder in den Bereich westlicher Luftzufuhr gelangt sind. Etwas milderes Wetter steht damit bevor. Da jedoch der Druck bei uns immer noch hoch ist, wird es bei uns vorerst nicht zu Niederschlägen kommen.

Wetteraussichten. Fortdauer der trockenen Witterung, Nachfrost mit Frühnebeln, am Tage etwas milder.

Wasserstände. Waldshut 249, gef. 6, Basel 64, gef. 6, Schusterinsel 121, gef. 5, Kehl 266, gef. 7, Maxau 445, gef. 16, Mannheim 372, gef. 15, Kaub über 200 Zentimeter.

✶

Amtlicher Schneebericht

Freiburg-Schauinsland: —9 Grad, 15 Ztm., Pulver, klar.
Feldberg: —8 Grad, 25 Ztm., Pulver, Nord, klar.
Belchen: —7 Grad, 20 Ztm., Pulver, Ost, klar.
Herzogenhorn: —10 Grad, 20 Ztm., Nord, Nebel.
Kandel: —5 Grad, 15 Ztm., Pulver, Ost, Nebel.
Alt-Glashütten: —5 Grad, 15 Ztm., Pulver, Ost, leicht bedeckt.
Saig: —4 Grad, 10 Ztm., Pulver, windstill, bedeckt.
Hinterzarten: —6 Grad, leichte Schneedecke, Südost, bewölkt.
Menzenschwand: —6 Grad, leichte Schneedecke, Südost, bewölkt.
Breitenau-Steig: —6 Grad, 8 Ztm., Pulver, windstill, bewölkt.
Furtwangen: —3 Grad, 10 Ztm., Pulver, windstill, bewölkt.
St. Märgen-Thur: —6 Grad, 10 Ztm., Südost, bewölkt.
Neustadt: —3 Grad, leichte Schneedecke, Nordwest, bewölkt.
Lenzkirch: —2 Grad, leichte Schneedecke, Süd, klar.
Titisee: —5 Grad, 6 Ztm., West, bedeckt.

Die Stationen melden gute bis sehr gute Skibahn.

TIETZ Lebensmittel — Stets frisch — Stets gut — Stets billig

Verkauf soweit Vorrat! Mengenabgabe vorbehalten!

Wurstwaren

Fetter Speck ... Pfund	1.05
Dörrfleisch ... Pfund 1.65	1.45
Cervelat ... Pfund	1.65
Schlackwurst Pfund 2.- ¼ Pfund	55 ₰
Rügenwalder Teewurst kl. End. Stück	1.—
Thür. Landleberwurst ¼ Pfund	45 ₰
Echt Thür. Cervelat u. Salami feinste Qualität, kleine Enden, Pfund	2.75
Sardell.- od. Kalbsleberwurst feinste Qualität, kleine Enden ¼ Pfund	70 ₰
Schinkenspeck ... Pfund	2.40
Nußschinken ... Pfund	2.40
Echt Westfäl. Schinken ¼ Pfd.	85 ₰
Lachsschinken kleine Stücke Pfd.	3.20

Konserven

½ Normal-Dosen	2 Pfund	1 Pfund
Junge Erbsen	65 ₰	—
Junge Erbsen mittelfein	75 ₰	55 ₰
Junge Erbsen sehr fein	1.30	75 ₰
Junge Perlbrechbohnen	75 ₰	45 ₰
Steinpilze im eig. Saft	1.75	1.—
Erbsen m. geschnitt. Karott.	60 ₰	45 ₰
Junge kleine Karotten	75 ₰	45 ₰
Kons.-Gemüse-Misch.	50 ₰	—
Gem. Gemüse mittelfein	85 ₰	50 ₰
Brechspargel mittel	2.—	1.20
Stangenspargel stark ca. 34/38	2.50	1.50
Stangensparg. extr. stark ca. 26/24	2.95	1.85

Delikatessen

Gansleberterrinen ... von	1.50 an
Kronen-Hummer ... Dose 4.50	2.80
Filetheringe o. Gabelrollmops in Mayonnaise ... 1.45	75 ₰
Krabben ... Dose 1.35 80 ₰	50 ₰
Stör im eigenen Saft ... Dose	1.20
Marinaden Vierpack, in Gelee, Wein oder Weinessig Dose	1.15
Deutscher Caviar .. Dose 95 ₰	50 ₰
Anchovis- od. Sardellenpaste große Tube	50 ₰
Jap. Hummer-Krebse Dose 2.45	1.65
Bismarckheringe o. Rollmops in Mayon. o. Remoul. Ltr.-D. 1.25, ½ Ltr.	75 ₰
Worcestersauce echt Hunts Fl.	95 ₰
Hertie-Sardinen 1.60 85 ₰ 65 ₰	50 ₰

In unserer Konfitüren-Abteilung:

Baumbehang-Mischung ¼ Pfund 30 ₰	25 ₰
Schok.-Weihnachtsmann in Cellophan 80 ₰	40 ₰
Schok.-Weihnachtsmann 3 Stück	25 ₰
Nürnberger Allerlei „Für brave Kinder“, Düte	50 ₰
Glasierte Lebkuchen 2 Pakete	35 ₰
Große Gewürzkuchen Pak. 4 St.	40 ₰
Thorner Katharinchen . Paket	25 ₰
Schokol.-Lebkuchen Pak. 40 ₰	30 ₰
Lebkuchen Riesen-Herzen	45 ₰
Lebkuchen auf Oblaten, Dose 6 St.	95 ₰

Lebkuchen-Artikel wie: Brezeln, Zungen, Herzen mit u. ohne Schokol., Pflastersteine, 6 Stück 25 ₰

Unsere Lebensmittel-Abteilung untersteht der ständigen Kontrolle des vereidigten Lebensmittel-Chemikers Herrn Dr. Mangler

Teil-Ausverkauf in Bildern
wegen Aufgabe dieses Artikels mit
50 Prozent Rabatt
Sonder-Verkauf
in allen übrigen Artikeln zu bedeutend herabgesetzten Preisen
Gebr. Boschert
Kaiser-Passage 10-18
Kontor- und Haushalt-Einrichtungen.

Weitgehende Zahlungserleichterungen & Mäßige Monatsraten
SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT
Singer Läden überall
Kaiserstraße 205 **Karlsruhe** Werderplatz 42

Als Weihnachtsgeschenk
Gratis 1 Römer-Weinglas
Kristall mit grünem Fuß
bei Einkauf von ½ Pfd. Kaffee oder ¼ Pfd. Kaffee und ¼ Pfd. Tee oder 2 Flaschen Wein oder 1 Flasche Likör.
Thams & Garfs
Kaiserplatz, Amalienstr. 71 Ecke Leopoldstr.
Rudolfstraße 15, Zähringerstraße 53a

Der letzte offene Sonntag
dazu die neuen billigen
Weihnachts-Preise
meiner bekannt guten Qualitäten werden Sie in Erstaunen setzen.
Vor Einkauf bitte deshalb meine Auslagen zu besichtigen.

Ratenkauf-Abkommen mit der Beamtenbank

Kunden-Kredit Mitglied K. K. K.

Breitbarth
KARLSRUHE
Kaiserstraße Ecke Herrenstraße
Größtes Spezial-Haus am Platze für beste Herren- und Knabenkleidung

Ein gutes Taschen-Messer erfreut jeden Herrn!
Es erinnert noch nach Jahren d. Beschenkten an den Geber. Deshalb kauft man Qualität preiswert beim Fachmann
Kratz
Solinger Spezialis
Waldstr. 41, gegenüb. d. Hofapoth.

Sprechapparate von 15 M. an.
Schrankapparate von 80 M. an.
Grammophon-Elektro-Platten 2 M.
Zupf- und Streich-Holz- u. Blechblas-Instrumente
Kinder-Musikspielwaren in reicher Auswahl
Musikhaus **Mülthaler,** 58 Kronenstraße 58.

EISU-Betten (Stahl u. Holz) Polst., Stahl natr. Kinderb., Chaisel. an jeden, Teilzahlg. Katal. fr. Eisenmöbelfabrik Suhl I. Th.

Neu aufgelegt auf unseren Einheitspreistischen
Poliertücher . . 5 St ck 1.—
Künstler-Decken indanthren 80/80 cm 1.—
6 Gläsertücher . . . 1.—
Damen-Untertaillen gestr., oh. Aerm. 1.—

Besondere Gelegenheit:
Cöper-Velve bedr., apart. Must. 3.75 4.75
Damen-Mantelstoffe r. Wolle 4.75 6.75
Herrenstoffe rein Kammgarn 6.75 8.75
Marengo-Paletotstoffe schwere Qualität . . 12.75 14.75
Bleyle's Kleidung
W. Boländer DAS HAUS DER GUTEN WEB-WAREN

Für Klosterfrauen ein passendes Geschenk!
Bürkle Lukas
Geistliches Vergißmeinnicht für Klosterfrauen
Ein Ablaß- und Betrachtungsbuch. Gebunden in Leinen, Rotschnitt, 336 S. stark, RM. 2.40.
Ein ideales Büchlein, ein nützlicher Freund im Gebetsleben und vorzüglicher Seelenberater.
Pfarrer Nuffer in Gmünd.
Vom gleichen Verfasser erschien auch eine besondere
Ausgabe für Vinzentinerinnen
Preis gebunden in Leinen, Rotschnitt 428 Seiten stark, RM. 3.—.
Badenia in Karlsruhe
Akt.-Ges. für Verlag und Druckerei.

HANDEL - WIRTSCHAFT - VERKEHR

Die Banken und das Wirtschaftsjahr 1930

Der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes stellt in seinem Geschäftsbericht für 1930 fest, daß sich der erwartete „große Gesundungsprozeß" in diesem Jahre noch nicht vollzogen hat. Als Aktivum wird gebucht, daß man sich an den verantwortlichen Stellen der entscheidenden Bedeutung des Zeitelements für den Erfolg beabsichtigter Reformen bewußt geworden sei (Haushaltreform!). Zur Annahme des

Young-Planes

wird betont, daß sie ausdrücklich nur deshalb erfolgt ist, weil für den Fall einer Veränderung der wirtschaftlichen Vorbedingungen Deutschlands Sicherungsmaßnahmen zum Schutz von Wirtschaft und Währung vorgesehen sind. Im Hinblick auf mancherlei Interpretationen der letzten Zeit ist besonders bemerkenswert die Feststellung, daß eine etwaige Anrufung dieses Schutzes durch Deutschland deshalb nicht als eine Infragestellung seiner Kreditwürdigkeit, geschweige denn als die Inanspruchnahme eines Moratoriums betrachtet werden dürfe.

Deutschlands bisherige Leistungen werden folgendermaßen geschätzt: Reparationen vor Inkrafttreten des Dawes-Planes 25—40 Milliarden GM., unter dem Dawesplan (1. Sept 1924 bis 17. Mai 1930) rd. 8 Milliarden GM., Young-Annuitäten, deutsch-amerikanisches und deutsch-belgisches Abkommen 1.8 Milliarden M. „Angesichts der seit Mitte 1929 auf den internationalen Märkten eingetretenen Preisentwicklung ist der

Wert der Reparations-Belastung jedoch um etwa 20 Prozent höher

als der von den Sachverständigen ihrem Gutachten zugrunde gelegte. So bedeutete die nominelle Senkung der Annuitäten gegenüber dem Dawes-Plan für die deutsche Volkswirtschaft keine wirkliche Ermäßigung ihrer politischen Auslandsverschuldung und das zeitliche Zusammentreffen dieser überhöhten Belastung mit einer Weltwirtschaftskrise von ungeahntem Ausmaß schuf für Deutschland eine Lage von außerordentlicher Schwere."

Unter den innendeutschen Finanzproblemen wird das

starke Anwachsen der öffentlichen Verschuldung

hervorgehoben. Von Ende März 1928 bis Ende März 1930 sind die Schulden der öffentlichen Körperschaften aus Mitteln der Kreditmärkte um 5.8 auf 10.9 Milliarden Mark gestiegen, wobei sich die Auslandsschulden des Reiches inzwischen um etwa weitere 2 Milliarden M. erhöhten (Young-Anleihe, Ueberbrükkungskredit!). „Die ernsteste Gefahr der öffentlichen Verschuldung bilden die kurzfristigen Schulden", wenn auch Ansätze zu einer Kontingentierung teilweise zu verzeichnen sind.

Für den

deutschen Realkredit

war das Jahr 1930, wie aus dem Bericht des Sonderausschusses hervorgeht, ein äußerst bemerkenswertes. Es brachte zu Beginn wahre Rekordziffern beim Absatz, wonach sich der gesamte Pfandbriefumlauf zum 31. Oktober d. J. auf 4.37 (3.46) Milliarden steigerte, so daß eine Höchstentwicklungsziffer von 936 48 Mill. festzustellen ist, die noch über dem Jahre 1927 mit 929.12 Mill. liegt. Es steht dies im Zusammenhang mit der günstigen Zinsentwicklung, die es ermöglichte, vom 8prozentigen Standard auf den 7prozentigen Typ überzugehen.

Im Interesse der „möglichsten Verbilligung" des Realkredits ist man bekanntlich von diesem auch nach der im Herbst einsetzenden ausgesprochenen Verflauung nicht abgegangen. Dabei betont der Ausschuß nachdrücklich, daß der Uebergang zu einem niedrigeren Zinsfuß nur einen Faktor darstellt, wozu entscheidend die Entwicklung des Kapitalmarkts und das Vertrauensmoment hinzutreten. Im Zuge dieser Konjunkturentwicklung wurde bekanntlich das „unter seiner Starrheit bezügl. der Bonifikationssätze in praxi leidende" Bonifikationsabkommen auf eine sich den Verhältnissen leichter anpassende Basis gestellt. In seinem Kern blieb das Abkommen hinsichtlich des Verbotes der Bonifikationsgewährung an Konsumenten und der Natura- und Kombinationsgeschäfte erhalten.

Der Tarifkampf im Bankgewerbe

Die am Tarifvertrag für das Bankgewerbe beteiligten Arbeitnehmerverbände traten am Donnerstag in Berlin zu einer Sitzung zusammen, um zu dem nunmehr vorliegenden Ergebnis der Urabstimmung in den Bankbetrieben Stellung zu nehmen. Die Urabstimmung ist in den Betrieben der Berliner Großbanken einschl. der Reichskreditgesellschaft durchgeführt worden. Wie aus Kreisen der Bankangestellten verlautet, ist die überwältigende Mehrheit der Angestellten in sämtlichen Betrieben durch die Abstimmung erfaßt worden.

Die Ablehnung des Schiedsspruches durch die Organisationen ist nahezu einstimmig von allen Bankangestellten gebilligt worden. **Auch für etwa notwendig werdende Kampfmaßnahmen hat sich, wie versichert wird, die satzungsgemäß vorgeschriebene Mehrheit der Belegschaften in allen Betrieben ausgesprochen.** Es wird von dem Ergebnis der am Freitag, den 19. ds. Mts., stattfindenden Nachverhandlungen abhängen, inwieweit die Organisationen der Bankangestellten zu Kampfmaßnahmen schreiten.

*

Dazu wird uns vom Deutschen Bankbeamten-Verein u. a. geschrieben: Die Forderungen des Reichsverbandes der Bankleitungen lauteten:

1. Allgemeine Senkung der Gehaltssätze um 11 Prozent;
2. Wegfall der automatischen Jahressteigerung für 1931;
3. Kürzung der Tarifstaffel-Dauer bis auf das fünfte Berufsjahr (zur Zeit geht diese Staffelung bis zum 15. Berufsjahr);
4. Wegfall der beiden Bankfeiertage;
5. Verschlechterung der Urlaubsbestimmungen;
6. Kürzung der Lehrlings-Vergütungen im zweiten und dritten Jahr auf 35 und 45 Prozent der Sätze des ersten Berufsjahres;
7. Wegfall von § 35 des RTV, in welchem der Geltungsbereich bestimmt wird;
8. Verschlechterung von § 22 Ziffer 7 betr. Fortzahlung des Gehaltes in Krankheitsfällen;
9. Ermäßigung der Sonder-Vergütung für den Sonntags-Wachtdienst der Kassenboten.

Es ist nach der eingehend begründeten Ablehnung dieser Forderungen in der Schlichtungsverhandlung durch den Vorsitzenden des Deutschen Bankbeamten-Vereins, Fürstenberg-Berlin, nicht der geringste Schein des Rechts zu irgendeiner Verschlechterung des Tarifvertrages übrig geblieben. Um so mehr enttäuscht der nur mit den Stimmen der Arbeitgeber nach stundenlangen Kämpfen zustande gekommene, nachts um 12½ Uhr von dem Vorsitzenden der Schlichtungskammer verkündete Schiedsspruch. Wenngleich anerkannt werden muß, daß von den Bankleitungsforderungen nicht viel übrig geblieben ist, so hat es doch den Anschein, daß der Schlichter sich der Tragweite dieses Schiedsspruches nicht voll bewußt gewesen ist.

Gerade die Bestimmung, daß für das Jahr 1931 jede automatische Steigerung der Gehälter in Fortfall kommen soll, trifft die Bankangestellten, sowohl der Gruppe II als auch III im zweiten und vom fünften bis zehnten Berufsjahr sehr hart. Jeder Einzelne hat mit dieser Gehaltssteigerung ab 1. Januar nächsten Jahres gerechnet und muß nun bitter enttäuscht sein, wenn er neben dem allgemeinen Abzug von 5 Prozent noch eine Einbuße von 17 RM. und 20 RM. in Gruppe II resp. III erleidet. Es ergibt sich daraus die bittere Tatsache, daß gerade Bankangestellte in dem Alter vom 25. bis zum 30. Lebensjahr, von denen der Staat erwartet, daß sie die Ehe eingehen, hierzu noch viel weniger als vorher in der Lage sind. Die Gehälter der Gruppe II bewegen sich nach dem neuen Schiedsspruch rund gerechnet zwischen 145 RM. im 20. Lebensjahr und 275 RM. im 35. Lebensjahr, und der größte Teil der Bankangestellten wird, ob berechtigt oder unberechtigt mag dahingestellt bleiben, nach Gruppe II besoldet. Wenn nun auch die mittlere Altersklasse besonders hart betroffen worden ist, so wird der Schiedsspruch auch in seiner Totalität von uns als untragbar und unbegründet zurückgewiesen. Die Gehälter der Tarifangestellten belasten das Unkostenkonto der Banken einschließlich der Sozialversicherungs-Beiträge nur mit 40 bis 50 Prozent, während 20 Prozent auf sächliche Ausgaben entfallen und über 30 Prozent für die Bezüge der Oberbeamten, Filialdirektoren, Zentraldirektoren und Vorstandsmitglieder in Frage kommen. Wenn schon eine Senkung des Unkostenkontos erfolgen soll, dann muß der Hebel an anderer Stelle eingesetzt werden.

Der Deutsche Bankbeamtenverein, dem die übergroße Mehrheit der kaufmännischen Bankangestellten angehört, hat sich trotz vieler, bei ihm für die Erneuerung des Tarifvertrages bestehenden Wünsche zu einer Verlängerung des jetzigen Tarifvertrages bereit erklärt, und auch die übrigen Organisationen haben sich in der Schlichtungskammer zu unserer Ansicht bekannt. Nicht nur um die Bankangestelltengehälter allein geht es in diesem Streit, sondern dieser Schiedsspruch wird auch maßgebend sein für die Gestaltung der Tarifverträge aller kaufmännischen Angestellten anderer Berufsgruppen.

Wirtschaftsschau

Lokomotivenfusion

Die großzügige Zusammenschlußbewegung im Lokomotivbau infolge der Ueberproduktion, der bekanntlich auch die Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe zum Opfer fiel, hat eine weitere wichtige Etappe aufzuweisen. Der Zusammenschluß der Lokomotivfabriken von AEG und Borsig ist nunmehr zustande gekommen. Es wird eine gemeinsame Betriebsgesellschaft unter dem Namen Borsig Lokomotivwerke G. m. b. H., Berlin, gegründet, an der die AEG mit 60 Prozent und die A. Borsig G. m. b. H., Berlin, mit 40 Prozent beteiligt sind. Diese Transaktion hat bei näherer Betrachtung im wesentlichen den Charakter eines Quotenkaufs. Eine Angliederung von Schwartzkopff an die neue Lokomotivgemeinschaft AEG-Borsig, die von manchen Seiten angekündigt worden ist, kommt daher nicht in Frage.

Im Maschinenbau weitere Verschlechterung

Wie der Spitzenverband der Deutschen Maschinenindustrie mitteilt, hat sich im November das Inlandsgeschäft noch weiter verschlechtert. Neue Abschlüsse kamen nur in sehr geringem Umfange zustande. Der Eingang von Auslandsaufträgen war teilweise leicht gebessert, während die Anfragetätigkeit auch der ausländischen Kundschaft nach wie vor stockte. Bei einer großen Zahl von Betrieben reichte der November-Auftrags-Eingang nicht aus, um die erheblich verringerten Belegschaften — selbst bei stark verkürzter Arbeitszeit — im bisherigen Umfange durchzuhalten. Es ist daher mit heiteren Entlassungen und Betriebsstillegungen zu rechnen. — Die Wochenarbeitszeit sank im November im Durchschnitt um eine weitere halbe Stunde auf rd. 42 Stunden, der an der tatsächlich geleisteten Arbeitsstundenzahl gemessene Beschäftigungsgrad ging auf 47 Prozent zurück.

Karlsruher Brauereigesellschaft vorm. K. Schrempp & A. Printz, Karlsruhe.

In der gestrigen Generalversammlung wurde beschlossen, „in Rücksicht auf die durch die fortwährenden Steuererhöhungen in ihrem Fortbestand aufs schwerste bedrohte Brauindustrie" nur eine Dividende von 9 Prozent (im Vorjahr 11 Prozent) zu verteilen. Neu in den Aufsichtsrat wurden gewählt die Herren Friedrich Schrempp-Durlach und Generaldirektor Bruno Schubert-Frankfurt a. M.

Nach dem Geschäftsbericht haben das schlechte Sommerwetter und die wirtschaftliche Notlage weiter Bevölkerungsschichten den Bierabsatz ungünstig beeinflußt. Infolge der fortwährenden Steuererhöhungen auf Bier könne in absehbarer Zeit mit einer Besserung des Absatzes nicht gerechnet werden. Die Brauindustrie gehe einer ungewissen Zukunft entgegen. Nach Zuweisung von 25 000 M. an die Arbeiter- und Beamtenstiftung und 278 164 M. Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 407 880 RM., dazu Vortrag aus dem Vorjahr von 50 159 RM.

Der Status der Oberrheinischen Bankanstalt. — Noch zwei Tage vor der Zahlungseinstellung wurden Einzahlungen angenommen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Oberrheinischen Bankanstalt in Konstanz gibt bekannt, daß der Status der Bank am 6. Dezember geprüft worden sei. Das Ergebnis werde den Gläubigern zur Kenntnis übersandt. Der Liquidationswert der Masse schwanke zwischen 88 und 111 Prozent der zur Befriedigung der Gläubiger nötigen Summen. Die Bank werde versuchen, einen sogen. Liquidationsvergleich mit den Gläubigern abzuschließen. Der Antrag auf Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens wird noch im Laufe dieser Woche eingereicht werden. Da ein Großaktionär der Bank ein Sonderdarlehen zur Verfügung gestellt habe, werde es möglich sein, alle Gläubiger, die nicht über 75 RM. zu fordern haben, sofort voll zu befriedigen. Zu der Tatsache, daß die Bank noch zwei Tage vor ihrer Schließung Einzahlungen entgegengenommen habe, werde bemerkt, daß sie bis zu diesem Zeitpunkt noch immer die Hoffnung gehabt hätte, daß das ganze Unternehmen von einer Großbank übernommen würde. Die Ablehnung dieser Stützungsaktion sei erst im Laufe des 6. Dezember bekannt geworden, worauf dann sofort die Bank am 8. Dezember (Montag) zum Schutze der Gläubiger geschlossen wurde.

Fränkische Nährmittelfabriken Hardheim Kitzingen A.-G., Hardheim (Nordbaden). Die Gesellschaft, die bereits Ende 1927 ihr Kapital von 840 000 RM. um 600 000 auf 240 000 RM. herabsetzte, beruft auf den 12. Januar ihre ordentliche Hauptversammlung ein, in der neben der Erledigung der Regularien für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr Beschluß über eine erneute Zusammenlegung des Aktienkapitals von 240 000 RM. auf 60 000 RM. im Verhältnis 4:1 gefaßt werden soll.

Papierfabrik August Koehler A.-G., Oberkirch. Das Bruttoergebnis des am 30. Juni 1930 abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt 5.19 (im Vorjahr 5.24) Mill., der Aufwand 4.54 (4.71) Mill. RM. Ferner mußten 568 307 (813 378) RM. zu Abschreibungen und Deskredere verwendet werden, so daß der Reingewinn sich von 217 573 RM. auf nur 73 323 RM. ermäßigt. Eine Dividende auf das Aktienkapital von 2.1 Mill. RM. gelangt nicht mehr zur Ausschüttung (i. V. 5 Prozent).

Gebrüder Großmann A.-G., Brombach. Die Bilanz per 31. August 1930 weist einen Verlust von 694 297 (889 474) RM. aus, so daß sich unter Berücksichtigung des Verlustvortrages aus dem Vorjahr in Höhe von 69 474 RM. ein Gesamtverlust von 763 772 RM. ergibt bei 2.8 Mill. Aktienkapital. Allen kaufm. Angestellten wurde zum 30. Juni 1931 gekündigt.

Börsen

Berlin, 18. Dez. Die Stimmung der Börse wurde heute hauptsächlich von dem plötzlichen Kurssprung in Newyork beeinflußt. Schon vormittags nannte man festere Kurse. Entgegen den sonstigen Gepflogenheiten kamen bereits zu dieser Zeit Umsätze zustande. Vorbörslich taxierte man dann recht feste Kurse, die sich zu Beginn des offiziellen Verkehrs nicht voll behaupten konnten, da noch vorliegende Verkaufslimite ausgeführt wurden. Die Tendenz blieb jedoch zuversichtlich, und es kam im allgemeinen zu 1—3prozentigen, vereinzelt bis zu 5prozentigen Besserungen; so lagen Dtsch. Linoleum, Chadeaktien, Thür. Gas, Feldmühle und Hotelbetrieb 3—5 Prozent höher. Letztere erschienen anfangs mit Pluspluszeichen. Bemerkenswert schwächer eröffneten Braubank mit — 1½ Prozent, Berger — 2 Prozent, Bemberg — 1¼ Prozent und RWE mit — 2½ Prozent. Später setzten angeblich wieder amerikanische Abgaben ein, die zwar zu leicht nachgebenden Kursen glatt Unterkunft fand, jedoch günstige Wirkung des um 1 Uhr bekannt gewordenen Londoner Diskontsatzes aufhob. Thür. Gas weiterhin etwas fester, wenn auch ein zeitweiliger Verlust von 2½ Prozent nicht voll behaupten konnte. Kali Aschersleben vorübergehend 2 Prozent gebessert. Im übrigen lagen die Kurse bis zu 1 Prozent unter Anfang.

Anleihen behauptet. Ausländer ruhig, Rumänen etwas gefragt, 4½prozentige Mexikaner nach anfänglicher Plusplusnotiz um 0.70 Prozent erhöht. Pfandbriefe uneinheitlich, Reichsschuldbuchforderungen leicht anziehend, später wieder nachgebend.

Frankfurt a. M., 18. Dez. Nach dem unerwarteten Rückgang im Laufe der Mittagsbörse konnten sich die Kurse im Abendverkehr wieder etwas erholen, da der festere Newyorker Beginn etwas anregte. Die Umsätze waren sehr gering. Aufträge lagen so gut wie nicht vor. Gegen die Berliner Schlußnotierungen ergaben sich verschiedentlich Besserungen um Bruchteile eines Prozentes, der größte Teil der Kurse blieb aber unverändert. Die Rentenmärkte lagen still, von Ausländern bestand für Rumänen etwas Nachfrage. Der französische Franken notierte 16,477.

Warenmärkte

Berliner Produktenbörse vom 18. Dez. Weizen, märk. 246 bis 248, Dez. 268, März 274—278,25, Mai 281,50. Roggen, märk. 152,50—154,50, Dez. 172,75—171,25, März 182,50—182,25, Mai 189. Braugerste 201—218, Ind.- und Futtergerste 190—194, Hafer, märk. 140—146, März 166,75—166,50, Weizenmehl 28,75—36,75, Roggenmehl 23,60—26,75, Weizenkleie 9,75—10,25, Roggenkleie 9—9,50, Viktoriaerbsen 24—31, Kleine Speiseerbsen 23—25, Futtererbsen 19—21, Peluschken 20—21, Ackerbohnen 17—18, Wicken 18—21, Rapskuchen 9,20—9,90, Leinkuchen 15,20—15,50, Trockenschnitzel 5,50—5,90, Soyaextractionsschrot 12,80—13, Speisekartoffeln, weiße 1—1.20, rote und Odenwälder blaue 1,20 bis 1.40, dito gelbfleischig 1,40—1,70.

Berliner Metallbörse vom 18. Dez. Elektrolytkupfer 96, Raffinadekupfer, loco 88—90, Standardkupfer, loco 83—85, Standard-Blei per Dezember 27—28, Original-Hütten-Aluminium 170, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 174, Banka-, Straits-, Australzinn in Verkäuferswahl 110, Reinnickel 350, Antimon-Regulus 55—57, Silber in Barren ca. 1000 fein per kg 43,50—45,50, Gold Freiverkehr per 10 Gramm 28—28,20, Platin Freiverkehr per 1 Gramm 3—5.

Mannheimer Produktenbörse vom 18. Dez. Weizen, inl. 26,50 bis 27,75, dito ausl. 35—36, Roggen, inl. 17,50—18,25, Hafer, inl. 15—16, Braugerste 22—24 (Ausstichware über Notiz), Futtergerste 19—20, Soyaschrot 14,25, Biertreber, mit Sack 10,50—11, Trockenschnitzel 5,75—6, Wiesenheu (loses) 5,80—6,40, Luzernkleeheu 6,20—6,60, Stroh Preßstroh Roggen-Weizen 3,20—3,60, dito Hafer-Gerste 3—3,40, Stroh, geb., Roggen-Weizen 3—3,40, dito Hafer-Gerste 2,60—3, Weizenmehl Spezial 0, mit Sack, Südd. Großmühlenpreis ab Mühle 41,50, Roggenmehl, mit Sack 27,50—28,50, Weizenkleie (feine) mit Sack 9,25, Leinsaat 30.

Tendenz: Obwohl die Forderungen für deutschen Weizen um eine Kleinigkeit erhöht sind, nahm der Markt einen sehr ruhigen Verlauf, da der Konsum in seiner Passivität verharrt.

Allgäuer Butter- und Käsebörse. Kempten, 17. Dez. Molkereibutter 122—128 (119—125), Marktlage noch fest. Qualitätszuschlag nach Statistik der Vorwoche im Durchschnitt 8,0 Pfg. Weichkäse mit 20 Prozent Fettgehalt, grüne Ware: 27—30 (27—30), Marklage unverändert. Allgäuer Emmentaler mit 45 Prozent Fettgehalt: 80—102 (80—102), Marktlage unverändert. — Die Preise sind Erzeugerverkaufspreise ab Lokal oder ab Station des Erzeugers ohne Verpackung für 1 Pfund.

Großhandelspreise (Mark) vom Karlsruher Wochengroßmarkt am 18. Dez. Kartoffeln, gelbe Industrie 1 Ztr. 3—3.50 (11. Dez. 3—3,50), Rosenkohl 18 (18—20), Blumenkohl ital. Stück 0.30—0.60 (0.20—0.40), Rotkraut 1 Ztr. 3—6 (5), Weißkraut 3—4 (3—5), Wirsing 5—6 (3—6), Spinat 12 (10—12), Rüben gelbe 3—4 (3—4), Bodenkohlraben 3—4 (2—3), Schwarzwurzel inl. 20—25 (20—25), dito holl. 28—30 (25—30), Kopfsalat franz. Stück 0.20 (0.13—0.16), Endiviensalat 0.08—0.06 (0.04—0.06), Meerrettich 1 Ztr. 25—30 (25—40), Zwiebeln 3,50 bis 4 (2,50—4), Tafeläpfel inl. 29—35 (—), dito franz. 26—31 (25—30), dito kalif. 35—50 (—), dito österr. 30—32 (28—32), Kochäpfel franz. 20—25 (—), Spalierbirnen kalif. 60 (—), Tafelbirnen 35 (30—35), Kochbirnen 25—30 (23—27), Nüsse inl. 38 (—), dito rumän. 45—50 (45), dito jugosl. 36—40 (37—40), Trauben span. 60 (60), Bananen westind. 45 (45—50).

Etwas bessere Nachfrage am badischen Rundholz.

In den badischen Staatsforsten wurden im November etwa 22 000 Festmeter Nadelstammholz verkauft. Erzielt wurden für Fichten und Tannen 52—71 Prozent der Landesgrundpreise, zumeist aber von 60 Prozent aufwärts. Die Nachfrage war stetiger, wenn auch die Käufer immer noch zurückhielten. Buchen wurden etwas reichlicher verkauft. Im Staatswald wurden im Vorverkauf meist 70—75 Prozent der Landesgrundpreise erlöst. Letzte größere Vorverkäufe in Schwellenholz (insgesamt rund 6000 Festmeter) ergaben ebenda für Buche I. 15.50—18.40, II 14—16.10, Eiche I 23.80—26.75, II 20—22.75, Forle I. 18—20.60, II. 15.75—17 M. per Festmeter, je nach Forstamt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Stefan Gartner
Wurstfabrik / Karlsruhe
Telefon 206 und 207
empfiehlt für den Weihnachtsabend
Ia. heiße Schinken
in der Brühe
den Festbraten
sowie
Ia. Bein-, Nuß-, Lachs- und Vorderschinken, ff. Aufschnitt, Salami und Göttinger Ia. Gänse-, Trüffel- und Sardellenleberwurst
Delikateß-Körbe
von Mk. 5.— an aufwärts.
Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

GLORIA
Heute und folgende Tage:
Da wackelt die Wand, denn da g'bt's was zu lachen!
Was nützt mi—i—ch ein schönes Mädchen
3 Tage Mittelarrest
HUMORESKE KRIEGSZEIT
wer einmal lachen will
EINE TÖNENDE MILITÄR AUS DER VOR
Darum komme von Herzen
Großes tönendes Beiprogramm!
3½, 5, 7 und 9 Uhr

Für wenig Geld
haltbare
Ski-Kleidung
Damen-Ski-Anzug Mk. 36.50
Herren-Ski-Anzug Mk. 34.50
Kinder-Ski-Anzug Haferl, marineblau, 5 Jahre 11.50 Steigerung 1.25
Ski Esche 12.50 Hickory 24.50
Es gibt noch billigere Ski-Anzüge, die Stoffe sind dann aber nicht reißfest bezw. farbecht u. deshalb ungeeignet.
Ski-Stiefel Fettrindleder, handzwiegenäht, Paar 28.-
Wintersport-Preisliste kostenlos!
Freundlieb SPORTHAUS
Beamten-Ratenkauf-Abkommen angeschlossen.

Brillen-Klouda
Kaiserstraße 128, 1 Treppe
Mitglied des Männervereins St. Stefan. Lieferant sämtlicher Krankenkassen! Lager in Brillen und Zwickern sowie Barometern, Operngläsern usw
Optische Reparaturwerkstätte
Reparaturen werden rasch und gut unter billigster Berechnung ausgeführt.
Kein Laden, daher billig

Harmonium
8 Register Mk. 390.-
13 „ mit Aeolsharfe Mk. 580.-
H. Maurer
Kaiserstr. 176, Ecke Hirschstr.

Kaffee Bauer
Heute Freitag, 16 Uhr, nachm.
I. Elite-Konzert der Kapelle Osenegg
Einlage:
Ungarische Rhapsodie, Chants russes } für Cello Popper Laio.
Solist: Karl Schellenberg.
20.30 Uhr abends:
Operetten- und Schlager-Abend

Chaiselongue von 29 50 an
Bett-Chaiselongue 80.- bis 140.-
Schöne Sessel 29.50 45.- 110.-
Mod. Coutchen 95.- bis 190.-
Sofas in jeder Ausführung u. Preislage
Diwan-, Stepp- und Wolldecken
im Preis bedeutend herabgesetzt.
M. Kachur Kaiserstr. 19

Marke Herz
Paar 16.50
Der neue Schuh zum Feste
von **TIETZ**
Das ist der Billigste u. Beste!

Ludwig Klein Leopoldstr. 2a
Lebensmittel u. Feinkost / Telefon 4634
empfiehlt
frisch geschossene **Hasen** ganz und zerlegt
ganz im Fell . . . . . Pfd. 85 ₰
abgezogen u. ausgenommen „ 90 ₰
Rücken und Schlegel . . . „ 1 ℳ
Ragout . . . . . „ 70 ₰
sowie
Reh u. Fasanen
Weihnachtsgänse ganz und zerlegt
Junge Poularden
Junge Enten, Hähnchen, Hühner etc.
Obst und Gemüse-Konserven
Weine, Schaumweine, Liköre
Geschenkkörbe in großer Auswahl!

Weihnachtskrippen
Einzelfiguren in verschied. Größen
Maria Danzeisen
Inh. **E. Merkle Wwe.**
Devotionalien- und Schreibwarenhandlung
Ludwig-Wilhelmstraße 3.

Bankhaus STRAUS & Co.
KARLSRUHE I. B.
Fernsprech-Anschlüsse
Stadtverkehr Nr. 4430 bis 4435 — Fernverkehr Nr. 4901 bis 4903 — Devisenabteilung Nr. 4439

Sämtliche **Farben, Lacke** auch Ausführung der Anstriche aller Art, vorteilhaft im
Farbenhaus HANSA
Waldstr. 15 beim Colosseum

Weihnachts-Verkauf
Chaiselongues, Chaiselongue-Decken, Klubsessel, Bettvorlagen, Wandbehänge, Sofakissen, Fußschemel
in großer Auswahl billigst bei
A. Sutter, Körnerstr. 15

Kauft bei unseren Inserenten!

Badisches Landestheater
Freitag, 19. Dez.: * F 11 (Freitagmiete). Th.-Gem. 3. S.-Gr. 1. Hälfte und 801—900. **Das Lamm des Armen** Tragikomödie von Stefan Zweig. Regie: Baumbach. Mitwirkende: Bertram, Ermarth, Dahlen, Gemmeke, Graf, Hierl, Höcker, Hofpach, O. Kienscherf, Kloeble, Kuhne, Mehner, Prüter, Schulze, v. d. Trenck, Grimm, Luther, H. Kienscherf, Müller H., Seibert. Anfang 20 Uhr. Ende 22.30 Uhr. Preise A (0.70—5.00 RM.).
Sa., 20. 12., nachmittags: Der große Christoph; abends: Die Nibelungen 3. Abteilung. So., 21. 12., nachmittags: Der große Christoph; abends: Carmen. Im Konzerthaus: Meine Schwester und ich. Mo., 22. 12.: Die Nibelungen 3. Abteilung.

Ziehung garantiert nächste Woche
Weihnachts-Geld-Lotterie
zugunst. der Wiederherstellung der **Kilianskirche Heilbronn-N**
Ziehung 23. Dezember
2892 Gew. u. 1 Prämie
Höchst- u. Hauptgew. **15000 6000 5000 1000**
Losspreis 1.— RM. Porto u. Liste 30 Pf. extra empfiehlt
Eberhard Fetzer
Karlsruhe i. B.
Kreuzstraße 28.
Postscheckkonto 19876
sowie die bekannten Verkaufsstellen

Artillerie-Bund St. Barbara
Karlsruhe i. B.
In Folge unvorhergesehener Verhältnisse findet unsere Weihnachtsfeier nicht wie bereits bekanntgegeben, am Sonntag, 21. Dezember d. J. sondern am
Samstag, den 27. Dezember d. J.
in der Glashalle bei der Festhalle statt.
Nachmittags 4 Uhr beginnt die Feier mit der Kinderbescherung und um 8 Uhr abends für die Erwachsenen mit anschließ. dem Tanz. Wir ersuchen um vollzählige Beteiligung. Für ein umfangreiches Unterhaltungs-Programm ist Sorge getragen
Der Vorstand: Schröder.

Piano- u. Rundfunkhaus Schoch
Hauptgesch.: Rüppurrerstr. 82 Karlsruhe Verkaufst.: Hebelstr. 1
Einwandfreien Empfang mit unserem Qualitätsdetektor zu 9.50 kompl.
Telefunken Siemens A.E.G. :-: Lumophon u. andere
nur bestbewährte Markenfabrikate, günstige Zahlungsbedingungen.
Reparatur- und Ladestelle. — Einzelteile für Bastler.

Resi Lichtspiele Tel. 5111 Waldstr. 30
Der große Erfolg 7. Woche
nur bis einschl. Dienstag
„Ein hervorragendes Programm!"
so lautet das Urteil über:
Auf Tigerjagd in Indien
Tonbeiprogramm u. a. **Micky** in der Türkei
4.00 6.15 8.45 — 3.00 4.30 6.30 8.45
Jugendliche, Erwerbslose Kleinrentner 4 Uhr ½ Preis
Beachten Sie unsere Weihnachtsanzeige, denn sie enthält eine große Ueberraschung auf dem Tonfilmgebiet

Neubauten - Stösserstr. Nr. 10-18
in schöner, freier Weststadtlage, mit guter Straßenbahnverbindung, sind
1, 2, 3 u. 4 Zim.-Wohnungen
je mit Badezimmer und Zubehör, sowie
zwei Ladenlokale
per 1. Februar, 1. März oder 1. April 1931 preiswert zu vermieten (ohne Bauzuschuß). Wohnungen können auch Sonntag zwischen 11—12 Uhr in Begleitung besichtigt werden.
Anfragen erbeten an:
Baugelände Seldeneck Verwertungsges. m. b. H.
Hardtstraße Nr. 37 — Telephon Nr. 1834.

Pa-Li Palast-Lichtspiele Herrenstr. 11 Telephon 2502
Spielzeiten: Wochentags 4, 6.15 und 8.30 Uhr Sonntags 3, 5, 7 und 9 Uhr
2. Woche — Des großen Erfolges wegen bis einschl. Dienstag verlängert!
Olga Tschechowa • H. A. v. Schlettow
Helen Steels • Michael Tschechow
ein Ensemble hervorragend. Künstler in dem Großtonfilm
„Troika"
Gesangseinlagen der berühmtesten russischen Chöre
Im Beiprogramm: Das Naturtonfilmgemälde
Grüß mir die Heimat, Schönheiten deutscher Lande

Von Selbstgeber RM. 1000.-
per sofort gesucht gegen gute Sicherheit und angem. Verzinsung.
Ang. u. Nr. 1368 an die Filiale Kaiserstraße 126.

Möbel, gebraucht
Waschkommode, weiß, Bettstellen, weiß, Schrank, eintür., weiß, Schrank, 2tür., nußb. lack., 1 Sofa 30 ℳ, 2 Lederstühle 12.50 ℳ per Stück.
J. Baader
Möbelvertrieb,
Waldhornstraße 21.

Zuckerkranke
Kein Hungern mehr nötig. Größte Erfolge Kostenl. Auskunft u. Tatsachenberichte durch **Ph. Hergert, Wiesbaden,** Rückertstr. 210

Tafelbestecke
Qualitätsware mit stärkster 90 Gr. Silberauflage 25 Jahre Garantie, preisgünstig an Private. Katal. kostenfrei
Fr. Boreitz, Bestekfab.
Pforzheim U i. Bad.

Hoher Preisnachlaß bis Weihnachten!
Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen, Tische, Stühle
Erich Rudolff, Karlsruhe
Steinstraße 23 — Sonntag geöffnet.

Hoher Preisnachlaß bis Weihnachten!
Flurgarderoben Rauch-, Näh-, Clubsessel
Erich Rudolff, Karlsruhe
Steinstraße 23 — Sonntag geöffnet